



# Stadt Neubrandenburg

Tagesordnungspunkt

5

öffentlich

nicht öffentlich

Sitzungsdatum: 09.02.12

Drucksachen-Nr.: V/618

Beschluss-Nr.: 386/26/12

Beschlussdatum: 01.03.12

Gegenstand: Haushaltssicherungskonzept  
der Stadt Neubrandenburg 2012 bis 2017

Einreicher: Oberbürgermeister

Beschlussfassung durch:  Oberbürgermeister

Hauptausschuss

Betriebsausschuss

Jugendhilfeausschuss

Stadtvertretung

## Beratung im:

<input checked="" type="checkbox"/>	12.01.12	Hauptausschuss	<input checked="" type="checkbox"/>	16.01.12	Stadtentwicklungsausschuss
<input checked="" type="checkbox"/>	26.01.12	Hauptausschuss	<input checked="" type="checkbox"/>	17.01.12	Kulturausschuss
<input checked="" type="checkbox"/>	18.01.12	Finanzausschuss	<input checked="" type="checkbox"/>	18.01.12	Schul- und Sportausschuss
<input type="checkbox"/>		Rechnungsprüfungsausschuss	<input checked="" type="checkbox"/>	19.01.12	Sozialausschuss
<input checked="" type="checkbox"/>	17.01.12	Betriebsausschuss	<input type="checkbox"/>		Umweltausschuss
<input checked="" type="checkbox"/>			<input type="checkbox"/>		

Neubrandenburg, 21.12.12

Dr. Paul Krüger  
Oberbürgermeister

**Beschlussvorschlag:**

1. Auf der Grundlage der §§ 22 Abs. 3 Pkt. 8 und 43 Abs. 8 der Kommunalverfassung M-V wird durch die Stadtvertretung der Stadt Neubrandenburg das Haushaltssicherungskonzept der Stadt Neubrandenburg 2012 bis 2017 beschlossen.
2. Der Oberbürgermeister wird ermächtigt, sich im Zuge der Diskussion zur Haushaltssatzung 2012 ergebende Änderungen nach Beschlussfassung im Haushaltssicherungskonzept 2012 bis 2017 einzuarbeiten.

**Finanzielle Auswirkungen:**

Siehe Haushaltssicherungskonzept der Stadt Neubrandenburg 2012 bis 2017.

**Begründung:**

Der Innenminister des Landes M-V hat mit Erlass vom 01.12.11 die Beschlussfassung der Stadtvertretung vom 06.04.11 zum Haushaltssicherungskonzept 2011 bis 2016 beanstandet und gefordert, dass die Stadtvertretung über ein (neues) Haushaltssicherungskonzept spätestens bis zum 29.02.12 zu beschließen hat. Das neue Haushaltssicherungskonzept hat die Vorgaben des § 43 Abs. 7 KV M-V zu erfüllen und die Erreichung des Haushaltsausgleichs gemäß § 16 Abs. 1 und 2 GemHVO-Doppik belastbar aufzuzeigen.

Die Haushaltssatzung 2012 bildet die Basis für die erwarteten Einsparungen der Maßnahmen im Haushaltssicherungskonzept 2012 bis 2017. Durch den zweiten Beschlusspunkt soll die Übereinstimmung zwischen den Daten der Haushaltssatzung 2012 und dem Haushaltssicherungskonzept 2012 bis 2017 gewährleistet werden. Die mit der Beschlussfassung über die Haushaltssatzung 2012 ggf. geänderten Daten werden, soweit sie Auswirkungen auf die Darstellungen im Haushaltssicherungskonzept 2012 bis 2017 haben, eingearbeitet.

Weitere Erläuterungen sind dem Haushaltssicherungskonzept zu entnehmen.

Soweit in dieser Vorlage Bezeichnungen in männlicher und weiblicher Sprachform verwendet werden, gelten diese Bezeichnungen auch in der Sprachform des jeweils anderen Geschlechts.



# Haushaltssicherungskonzept der Stadt Neubrandenburg

2012 bis 2017



## **Haushaltssicherungskonzept der Stadt Neubrandenburg 2012 bis 2017**

	<b>Seite</b>
<b>0. Vorbemerkungen</b>	<b>1</b>
<b>1. Ausgangslage</b>	<b>2</b>
1.1 Haushaltssituation	2
1.2 Analytische Betrachtung zur Ermittlung der Ursachen der defizitären Haushaltslage	3
1.2.1 Einwohnerentwicklung	3
1.2.2 Entwicklung der allgemeinen Zuweisungen und Steuern	3
1.2.3 Personalaufwendungen	6
1.2.4 Aufwendungen und Erträge der sozialen Sicherung	7
1.2.5 Freiwillige Leistungen	8
1.3 Konsolidierungsbedarf	12
<b>2. Prüfung von Einsparungspotenzialen</b>	<b>13</b>
2.1 Prüfung der Erhöhung von Erträgen	13
2.2 Prüfung der Senkung von Aufwendungen	13
2.3 Möglichkeiten der Vermögensaktivierung	14
2.4 Sicherung einer aufgabengerechten Finanzausstattung	15
<b>3. Sachstandsbericht zu den Maßnahmen des Haushaltssicherungskonzeptes 2011 – 2016</b>	<b>16</b>
3.1 Sachstandsbericht	16
3.2 Abrechnung der Maßnahmen mit wesentlichen Einsparpotenzialen	30
<b>4. Haushaltssicherung im Zeitraum bis 2017</b>	<b>31</b>
4.1 Allgemeine Maßnahmen	31
4.2 Maßnahmen der Fachbereiche	33
4.3 Zusammenfassung über die Auswirkungen der finanziellen Verbesserung der Einzelmaßnahmen bis 2017	49
4.3.1 Auswirkungen auf den Ergebnishaushalt	49
4.3.2 Auswirkungen auf den Saldo der ordentlichen und außerordentlichen Ein- und Auszahlungen des Finanzhaushaltes	50

5. **Haushaltsausgleich**

**51**

6. **Anlage 1**

Personalkonzept der Stadt Neubrandenburg 2012 – 2017

7. **Anlage 2**

Konzept zur Sicherung der finanziellen Leistungsfähigkeit (KSfL) des Eigenbetriebes Immobilienmanagement der Stadt Neubrandenburg 2012 bis 2017

## Haushaltssicherungskonzept der Stadt Neubrandenburg 2012 bis 2017

### 0. Vorbemerkungen

Der Stadt Neubrandenburg ist es trotz aller Anstrengungen auch mit dem Haushaltsplan 2012 nicht möglich, den Haushaltsausgleich im laufenden Haushaltsjahr und den Folgejahren darzustellen. Die Aufgabenerfüllung sowie die Ausgabeverpflichtungen der Stadt sind nicht mehr gewährleistet.

Gemäß § 43 Abs. 6 KV M-V ist der Haushalt in jedem Haushaltsjahr auszugleichen. Kann der Haushaltsausgleich nicht erreicht werden, verpflichtet § 43 Abs. 7 KV M-V die Stadt zur Erstellung eines Haushaltssicherungskonzeptes. In diesem sind die Ursachen für den unausgeglichenen Haushalt zu beschreiben und Maßnahmen darzustellen, durch die der Haushaltsausgleich wieder erreicht wird. Dazu ist der Zeitraum für die Wiedererlangung des Haushaltsausgleiches anzugeben.

Der Innenminister des Landes M-V hat mit Erlass vom 01.12.2011 die Beschlussfassung der Stadtvertretung vom 06.04.2011 zum Haushaltssicherungskonzept 2011 bis 2016 beanstandet und gefordert, dass die Stadtvertretung über ein (neues) Haushaltssicherungskonzept spätestens bis zum 29.02.2012 zu beschließen hat, das die Vorgaben des § 43 Abs. 7 KV M-V erfüllt.

Das Haushaltssicherungskonzept zeigt zunächst die aktuelle Haushaltslage der Stadt Neubrandenburg auf. Hierbei werden die Hauptursachen der seit Jahren weggefallenen Leistungsfähigkeit erläutert und aufgezeigt, weshalb auch nach Umsetzung der Kreisstrukturreform derzeit ein Haushaltsausgleich nicht darstellbar ist. Im Weiteren enthält das Haushaltssicherungskonzept eigene Konsolidierungsmaßnahmen sowie eine Fortschreibung des Personalkonzeptes der Stadt Neubrandenburg und des Konzeptes zur Sicherung der finanziellen Leistungsfähigkeit des Eigenbetriebes Immobilienmanagement.

Im Ergebnis der Haushaltsdiskussion wurde eine deutliche Reduzierung des Jahresfehlbetrages erreicht. Gleichwohl ist festzustellen, dass es der Stadt Neubrandenburg aus eigener Kraft, ohne Konsolidierungshilfen nicht möglich sein wird, den gesetzlichen Haushaltsausgleich in einem absehbaren Zeitraum wieder zu erreichen.

**1. Ausgangslage**  
**1.1 Haushaltssituation**

Die Stadt Neubrandenburg führt ihre Haushaltswirtschaft seit dem 01.01.2008 nach den Regeln der doppelten Buchführung für Gemeinden (Doppik). Auf Grund der Systemumstellung, die mit einer grundlegenden Änderung in der Darstellung der Planzahlen verbunden ist, lassen sich die Daten der Vorjahre grundsätzlich nicht mit den Planzahlen ab 2008 vergleichen. Der Ergebnishaushalt bildet nunmehr den tatsächlichen Ressourcenverbrauch eines Haushaltsjahres ab. Durch den inhaltlichen Unterschied zwischen den im kameralen Haushalt ausgewiesenen Einnahmen und Ausgaben und den im Ergebnishaushalt dargestellten Erträgen und Aufwendungen sowie durch die periodengerechte Zuordnung aller Aufwendungen und Erträge sind die Jahresergebnisse seit 2008 nicht mit den Fehlbedarfen bis 2007 vergleichbar.

Auf den Übergang zur Doppik und damit verbundene veränderte Darstellungen im Haushalt waren bisher Ergebnisverschlechterungen i. H. v. insgesamt rd. 7,2 Mio. EUR zurückzuführen. Dazu zählen insbesondere

- Abschreibungen für das gesamte Anlagevermögen,
- Rückstellungen,
- Tilgungen (sind zu erwirtschaften – in der Kameralistik erfolgte eine Zuführung des Vermögenshaushaltes an den Verwaltungshaushalt),
- die Verlustdeckung SIM (Abschreibungen Straßen und selbstgenutzte Hochbauten),
- der städtische Anteil an der Krankenhausfinanzierung (in der Kameralistik im Vermögenshaushalt zu veranschlagen),
- die Trägervergütung Städtebauförderungsmaßnahmen und
- eine strengere Abgrenzung zwischen Instandsetzung und Investition.

Die Haushaltspläne weisen für die Jahre 2008 bis 2012 folgende Ergebnisse aus:

Ergebnishaushalt	Ansatz 2008 in TEUR	Ansatz 2009 in TEUR	Ansatz 2010 in TEUR	Ansatz 2011 in TEUR	Ansatz 2012 in TEUR
Summe der laufenden Erträge aus Verwaltungstätigkeit	145.898,9	142.586,9	142.691,4	153.115,5	98.023,4
Summe der laufenden Aufwendungen aus Verwaltungstätigkeit	156.866,1	158.973,3	162.814,3	168.189,9	101.549,1
Laufendes Ergebnis aus Verwaltungstätigkeit	-10.967,2	-16.386,4	-20.122,9	-15.074,4	-3.525,7
Finanzergebnis	-8.105,2	-10.671,8	-5.255,3	-10.043,4	-1.520,2
Ordentliches Ergebnis	-19.072,3	-27.058,2	-25.378,2	-25.117,8	-5.045,9
Jahresergebnis (Jahresfehlbetrag)	-19.072,3	-27.058,2	-25.378,2	-25.117,8	-5.045,9
Finanzhaushalt					
Finanzmittelfehlbetrag	-15.763,0	-20.059,9	-25.378,2	-15.154,1	-3.326,0

Auf Grund der Umsetzung der Kreisstrukturreform und der damit verbundenen Übertragung von Aufgaben und Personal von der Stadt Neubrandenburg an den Landkreis Mecklenburgische Seenplatte sowie Veränderungen in der Verteilung der allgemeinen Finanzaufweisungen sind die Planansätze 2011 und 2012 ohne detaillierte Betrachtung nicht vergleichbar.

Da der Übergang zur Doppik trotz langer und intensiver Vorbereitungszeit mit sehr vielen Schwierigkeiten verbunden war, deren Lösung nicht zuletzt durch fehlende rechtliche Detailregelungen die Fertigstellung der Eröffnungsbilanzen der Stadt Neubrandenburg zum 01.01.2008 immer wieder verzögerte, lag zur Erstellung des Planentwurfes 2012 noch kein geprüfter doppischer Jahresabschluss vor. Gleichwohl wurden die vorläufigen Ergebnis- und Finanzrechnungen der Jahre 2008 bis 2010 insbesondere auf die Ursachen der Plan-Ist-Abweichungen analysiert und unter Beachtung der allgemeinen Planungsgrundsätze gemäß § 8 GemHVO-Doppik bei der Planung 2012 berücksichtigt.

## **1.2 Analytische Betrachtung zur Ermittlung der Ursachen der defizitären Haushaltslage**

### **1.2.1 Einwohnerentwicklung**

Die Stadt Neubrandenburg ist mit 65.282 (Stand am 31.12.2010) Einwohnern die drittgrößte Stadt in M-V. Seit Beginn der „Wende“ ist die Bevölkerung der Stadt Neubrandenburg um ca. 25.000 Einwohner zurückgegangen. Das entspricht einem Bevölkerungsverlust von rd. 27,5 %. Der Bevölkerungsrückgang ist fast ausschließlich auf Abwanderung zurückzuführen. Die Abwanderung betrifft zum überwiegenden Teil Personen im arbeitsfähigen Alter. Dies verstärkt den demografischen Wandel weiter. Im Jahr 2010 war gegenüber dem Vorjahr ein leichter Anstieg zu verzeichnen, der sich jedoch leider im Jahr 2011 nicht fortgesetzt hat.

Die Entwicklung der Einwohnerzahlen wirkt sich auf fast alle Bereiche direkt oder indirekt aus. Insbesondere auf die zur Verfügung stehenden allgemeinen Deckungsmittel wirkt sich der Bevölkerungsrückgang negativ aus. Auf eine Detailanalyse zu den Auswirkungen der demografischen Entwicklung soll an dieser Stelle verzichtet werden. Hierzu wird auf das Integrierte Stadtentwicklungskonzept für die Stadt Neubrandenburg verwiesen.

### **1.2.2 Entwicklung der allgemeinen Zuweisungen und Steuern**

Durch die Anhebung der Hebesätze für die Grundsteuer B auf 480 % und der Gewerbesteuer auf 395 % mit der Haushaltssatzung 2010 wurde der seit 2007 rückläufigen Entwicklung der Steuererträge entgegengewirkt. Darüber hinaus haben sich die tatsächlichen Gewerbesteuererträge, die insbesondere aus einem seit 2009 steigenden positiven Saldo aus Gewerbesteuernachzahlungen und -rückzahlungen resultieren, erhöht. Diese Entwicklung wurde bei der Veranschlagung der Gewerbesteuererträge 2012 berücksichtigt.

Nachdem 2010 der Gemeindeanteil an der Einkommensteuer gegenüber dem Vorjahr zurückgegangen war, ist nunmehr wieder ein Anstieg zu verzeichnen (siehe nachfolgende Tabelle). Der Orientierungserlass des Innenministeriums für die Haushaltsplanung 2012 enthält diesbezüglich jedoch noch keine konkreten Daten. Der Planansatz 2012 berücksichtigt die tatsächliche Entwicklung der Vorjahre.

Ertragsarten	RE 2003 in TEUR	RE 2004 in TEUR	RE 2005 in TEUR	RE 2006 in TEUR	RE 2007 in TEUR	HH 2008 in TEUR	HH 2009 in TEUR	HH 2010 in TEUR	HH 2011 in TEUR	HH 2012 in TEUR
Grundsteuer A	19,7	18,7	32,8	19,9	21,9	20,0	20,6	25,0	34,0	29,0
Grundsteuer B	8.952,0	7.250,5	6.978,9	6.852,2	6.921,6	7.100,0	7.100,0	8.297,0	8.250,0	8.250,0
Gewerbesteuer (brutto)	10.336,8	15.242,0	19.123,1	17.889,4	17.060,0	16.600,0	14.500,0	15.620,0	17.500,0	22.053,4
<b>Realsteuern insgesamt</b>	<b>17.288,8</b>	<b>22.511,2</b>	<b>26.134,8</b>	<b>24.761,5</b>	<b>24.003,5</b>	<b>23.720,0</b>	<b>21.620,6</b>	<b>23.942,0</b>	<b>25.784,0</b>	<b>30.332,4</b>
Vergnügungssteuer	337,4	293,1	208,2	231,5	245,3	229,0	229,0	227,0	337,0	327,0
Hundsteuer	187,0	165,2	166,4	208,9	200,0	210,0	210,0	210,0	220,0	255,0
Zweitwohnungssteuer	0,0	0,0	45,7	48,5	33,3	40,0	22,0	25,0	32,0	28,0
Gemeindeanteil an der Umsatzsteuer	3.328,2	3.334,4	3.396,3	3.553,4	4.010,6	4.229,6	4.124,2	3.903,2	3.976,9	4.197,8
Gemeindeanteil an der Einkommensteuer	7.871,3	8.601,9	7.970,1	8.021,1	10.462,7	10.377,4	11.207,2	10.562,6	12.050,2	15.930,6
<b>Steuern insgesamt</b>	<b>29.012,7</b>	<b>32.905,8</b>	<b>37.921,5</b>	<b>36.824,9</b>	<b>38.955,4</b>	<b>38.806,0</b>	<b>37.413,0</b>	<b>38.869,8</b>	<b>42.400,1</b>	<b>51.070,8</b>

im Realsteuervergleich 2010 hat Neubrandenburg im Vergleich der kreisfreien Städte in M-V mit 600 EUR je Einwohner die höchste Steuereinnahmekraft insgesamt.

	EW am 30.06.10	Realsteuer-Istaufkommen			Gewogene Durchschnittsbesätze			Realsteueraufbringungskraft		Steuereinnahmekraft	
		Grundsteuer A in TEUR	Grundsteuer B in TEUR	Gewerbesteuer in TEUR	Grundsteuer A in %	Grundsteuer B in %	Gewerbesteuer in %	in TEUR	in EUR/EW	in TEUR	in EUR/EW
HGW	54.182	20	4.273	9.653	230	430	395	12.127	224	25.157	464
NB	65.167	29	8.159	17.264	280	480	395	21.388	328	39.112	600
HRO	201.646	75	20.190	60.535	300	450	450	63.051	313	109.580	543
SN	95.058	41	11.733	21.295	300	500	420	26.206	276	53.342	561
HST	57.625	22	5.207	12.450	300	420	420	14.828	257	26.954	468
JHWIS	44.320	28	3.982	11.271	300	400	380	13.935	314	22.786	514
<b>kreisfreie Städte insges.</b>	<b>517.996</b>	<b>215</b>	<b>53.544</b>	<b>132.468</b>	<b>289</b>	<b>455</b>	<b>424</b>	<b>151.535</b>	<b>293</b>	<b>276.941</b>	<b>535</b>

Im Haushalt 2012 erreichen die Realsteuern einen Anteil von rd. 29,3 % und die Steuern insgesamt einen Anteil von rd. 49,4 % an den Gesamterträgen. Der Anstieg des Anteils der Realsteuern bzw. der Steuern insgesamt an den Gesamterträgen gegenüber dem Vorjahr ist die Folge des Rückgangs der Gesamterträge durch den im Zuge der Kreisstrukturreform erfolgten Aufgabenübergang zum Landkreis MSP. Es besteht nach wie vor eine hohe Abhängigkeit der Stadt Neubrandenburg von allgemeinen Zuweisungen und Zweckzuweisungen.

Das novellierte Finanzausgleichsgesetz (FAG) 2012 gewährleistet nach wie vor keine aufgabengerechte, angemessene Finanzausstattung für die Stadt Neubrandenburg. Die Landesregierung hält nach wie vor am Gleichmäßigkeitsgrundsatz fest. Mit dem FAG 2012 wurde der kommunale Finanzausgleich an die neue Struktur nach Kreisgebietsreform und die damit verbundene Aufgabenneuordnung angepasst. Ein Festhalten am 3-Säulen-System für die Schlüsselzuweisungen erscheint nicht mehr sachgerecht. Eine grundsätzliche Umstellung auf Zuweisungen für kreisliche Aufgaben und Gemeindeaufgaben wäre nach der Kreisgebietsreform sachgerechter, setzt allerdings eine präzise und nachvollziehbare Feststellung des notwendigen Finanzbedarfs für diese Aufgaben voraus. Es ist nicht nachvollziehbar, auf welcher Grundlage die Aufteilung der Teilschlüsselmassen erfolgte. Bei der Änderung der Verteilung der Zuweisungen für die Wahrnehmung der Aufgaben des übertragenen Wirkungskreises gemäß § 14 FAG wurde lediglich das Verhältnis der bisherigen Mittelverteilung an die Ämter und amtsfreien Gemeinden einerseits und an die Landkreise andererseits zur Aufteilung der Zuweisungen der von der Einkreisung betroffenen Städte in kreisliche und gemeindliche Aufgaben zugrunde gelegt. Das tatsächliche Verhältnis des Finanzbedarfes für diese Aufgaben wurde auch hier nicht bestimmt. Insofern muss die sachgerechte Verteilung dieser Mittel in Frage gestellt werden. Darüber hinaus ist auch die Höhe der Absenkung der Steuerkraftmesszahlen der großen kreisangehörigen Gemeinden für die Berechnung der Kreisumlage unzureichend begründet und nicht nachvollziehbar.

Allgemeine Schlüsselzuweisungen erhält die Stadt Neubrandenburg 2012 rd. 9,1 Mio. EUR und damit rd. 10,1 Mio. EUR weniger als im Vorjahr.

Im Vergleich der großen kreisangehörigen (ehemals kreisfreien) Städte in M-V erhält die Stadt Neubrandenburg die niedrigsten Schlüsselzuweisungen.

	2008			2009			2010			2011			2012		
	Insgesamt (EUR)	Einwohner 31.12.2008 (Personen)	EUR je EW 2008	Insgesamt (EUR)	Einwohner 31.12.2009 (Personen)	EUR je EW 2009	Insgesamt (EUR)	Einwohner 31.12.2010 (Personen)	EUR je EW 2010	Insgesamt (EUR)	Einwohner 31.12.2011 (Personen)	EUR je EW 2011	Insgesamt (EUR)	Einwohner 31.12.2012 (Personen)	EUR je EW 2012
HGW	23.081.000	53.434	431,05	22.651.000	53.845	420,36	21.506.700	54.131	397,21	20.238.300	54.362	372,31	12.992.900	54.610	237,92
NB	23.951.000	67.517	354,74	22.924.000	66.726	343,51	23.071.200	66.879	350,21	19.155.700	66.137	294,08	9.140.700	65.282	140,02
HST	27.856.000	58.288	477,89	26.896.000	58.027	465,51	34.891.400	57.868	603,16	22.285.100	57.776	385,36	13.201.400	57.670	228,91
HWIS	15.819.000	45.182	350,12	17.437.000	45.012	387,39	16.292.700	44.730	364,25	19.770.100	44.470	444,57	11.581.400	44.397	260,86
Durchschnitt ehemals kreisfreier Städte			403,67			404,70			388,48			374,08			216,93

Quellen: für die Jahre bis 2009 - Stat. Bericht zu den Gemeindefinanzien (Vierjahresstatistik) in Mecklenburg-Vorpommern des Statistischen Amtes MV

2010 - Auszahlungserlass des Innenministeriums

2011/2012 - Orientierungserlass des Innenministeriums

Zuweisungen für die Wahrnehmung der bei der Stadt Neubrandenburg verbliebenen, gesetzlich übertragenen Aufgaben 2012 betragen rd. 4,3 Mio. EUR, das sind gegenüber dem Vorjahr rd. 5,1 Mio. EUR weniger Zuweisungen.

Damit verliert die Stadt Neubrandenburg 2012 insgesamt rd. 15,2 Mio. EUR gegenüber dem Vorjahr.

### 1.2.3 Personalaufwendungen

Die Stadt Neubrandenburg hat den Personalbestand und die Personalaufwendungen kontinuierlich reduziert, im Haushaltsplan 2012 betragen die Personalaufwendungen insgesamt rd. 21,2 Mio. EUR und damit rd. 19,5 % der Gesamtaufwendungen. Gegenüber dem Vorjahr sinken die Personalaufwendungen 2012 damit um rd. 9,7 Mio. EUR. Dies ist insbesondere durch den Übergang von Personal an den Landkreis MSP im Rahmen des LNOG begründet.

Die Personalaufwendungen bilden nach den Aufwendungen für die zu zahlende Kreisumlage den zweitgrößten Block im Ergebnishaushalt. Deshalb stehen die Personalaufwendungen weiter im Fokus der Haushaltskonsolidierung. Aber dem Stellen- und Personalabbau als Instrument der Haushaltssicherung sind Grenzen gesetzt. Nähere Ausführungen sind dem als Anlage 1 beigefügten Personalkonzept der Stadt Neubrandenburg 2012 bis 2017 zu entnehmen.

#### 1.2.4 Aufwendungen und Erträge der sozialen Sicherung

Mit Ausnahme der Aufwendungen für

- die Förderung von Kindern in Tageseinrichtungen und Tagespflege als Wohnsitzgemeinde und
- das Obdachlosenheim

sind alle Leistungen des Jugend- und Sozialbereiches als pflichtige Aufgaben im Rahmen der Kreistrukturreform an den Landkreis MSP übergegangen. Für die in der Zuständigkeit der Stadt Neubrandenburg verbliebenen Leistungen der sozialen Sicherung sind im Haushaltsplan 2012 insgesamt rd. 6,7 Mio. EUR veranschlagt. Das entspricht einem Rückgang gegenüber dem Vorjahr um rd. 63,4 Mio. EUR. Gleichzeitig fallen die im Vorjahr mit diesen Leistungen unmittelbar verbundenen Erträge i. H. v. rd. 26,1 Mio. EUR vollständig weg.

Obwohl der Landkreis MSP als örtlicher Träger der Jugendhilfe die Gesamtverantwortung für die Erfüllung der Aufgaben nach dem SGB VIII trägt, in dem u. a. auch Jugend- und Schulsozialarbeit geregelt ist, hat er eine Richtlinie beschlossen, nach der er die Personalkostenzuschüsse für Schulsozialarbeit an Schulen in Trägerschaft der Stadt Neubrandenburg nur anteilig finanzieren will. Von den aufzuwendenden 50 % Komplementärmitteln zu den Zuweisungen des Europäischen Sozialfonds trägt der Landkreis nur 10 %. Die übrigen 40 % sollen durch die Stadt Neubrandenburg finanziert werden. Nach Auffassung der Verwaltung der Stadt Neubrandenburg ist dieser Beschluss auf Grund der nicht beachteten Gesamtverantwortung – insbesondere auch der Finanzverantwortung – des Landkreises für die Aufgabe der Jugendhilfe rechtswidrig. Durch den Änderungsbeschluss der Fraktionen zum Haushalt sind nunmehr im Haushalt 2012 als freiwillige Leistungen der Stadt Neubrandenburg für

- Schulsozialarbeit 15,3 TEUR,
- Jugendsozialarbeit 62,7 TEUR und
- Soziales 96,2 TEUR

neu eingeordnet worden.

Die Stadt Neubrandenburg darf derzeit auf Grund ihrer weggefallenen finanziellen Leistungsfähigkeit eine ergänzende Finanzierung der pflichtigen Aufgaben des Landkreises als neue freiwillige Aufgabe der Stadt Neubrandenburg im eigenen Wirkungskreis nicht vornehmen.

### 1.2.5 Freiwillige Leistungen

Die Stadt Neubrandenburg wendet lt. Haushalt 2012 insgesamt rd. 12,7 Mio. EUR Zuschüsse und damit ca. 12,6 % der Gesamterträge für freiwillige Leistungen auf. Hier ist darauf hinzuweisen, dass es zur Auslegung des Begriffes freiwillige Leistungen unterschiedliche Auffassungen gibt.

Gemäß § 2 Abs 1 KV M-V sind die Gemeinden berechtigt und im Rahmen ihrer Leistungsfähigkeit verpflichtet, Aufgaben im eigenen Wirkungskreis wahrzunehmen. Da die finanzielle Leistungsfähigkeit der Stadt Neubrandenburg seit Jahren weggefallen ist, wurden die freiwilligen Leistungen im Rahmen der Diskussionen zu den Haushaltsplänen und Haushaltssicherungskonzepten regelmäßig auf mögliche, im Rahmen der Selbstverwaltung zu verantwortende Kürzungen diskutiert. Interkommunale Vergleiche für einzelne freiwillige Leistungen wurden u. a. im Rahmen der Kienbaum-Untersuchung vorgenommen. Im Ergebnis sind die Empfehlungen zur Reduzierung, soweit kommunalpolitisch vertretbar, im Rahmen der Haushaltskonsolidierung umgesetzt worden.

Gleichwohl erscheint der derzeit im Haushalt veranschlagte Umfang der freiwilligen Leistungen für eine Stadt mit 65.282 Einwohnern (per 31.12.2010) noch relativ hoch. Gegenwärtig liegen der Stadt jedoch auch keine vergleichbaren Daten anderer Städte in M-V vor. Hier ist auch zu berücksichtigen, dass die Stadt Neubrandenburg eine oberzentrale Funktion in der Region und bereits seit 2008 einen doppischen Haushalt hat und die übrigen großen kreisangehörigen Städte in M-V erst 2011 zur Doppik umgestiegen sind bzw. 2012 umsteigen.

Gemäß Erlass des Innenministeriums zur Haushaltssatzung 2011 ist die Stadt auf Grund der fehlenden finanziellen Leistungsfähigkeit gehalten, Angebote im freiwilligen Bereich auf ein Niveau zu beschränken, welches eine Stadt in vergleichbarer Größe dauerhaft finanzieren kann. Außerdem ist sicherzustellen, dass die Stadt Neubrandenburg bereits für das Haushaltsjahr 2012 eine Prioritätensetzung vornimmt.

Die Entwicklung der Zuschüsse für freiwillige Leistungen ist der nachfolgenden Tabelle (geordnet nach Bereichen) zu entnehmen. Im Rahmen der Haushaltsdiskussion ist die Stadtvertretung aufgefordert, eine Prioritätensetzung für diese Leistungen vorzunehmen.

Nr.	Produktbezeichnung	Jahresergebnis	Jahresergebnis	Jahresergebnis	Begründung
		Plan 2012 EHH Zeile 32	Plan 2011 EHH Zeile 32	Plan 2010 EHH Zeile 32	
		EUR	EUR	EUR	
2.6.1.01	Theater und Orchester GmbH	-1.957.600	-1.942.000	-2.275.000	Die Fortführung der Theatergesellschaft allein durch den Kreis (kreisumlagenfinanzierte Theatergesellschaft) ist nicht durchsetzbar. Die Stadt ist auch kulturelles Oberzentrum der Region Mecklenburgische Seenplatte. Die Stadt verfügt über die entsprechenden Spielstätten dafür (Konzertkirche, Schauspielhaus), die ein Alleinstellungsmerkmal der Stadt und Region darstellen. Die Stadtvertretung hat mit Beschluss vom 01.03.2012 der Neufassung des Gesellschaftsvertrages zugestimmt, nach dem die Stadt Neubrandenburg einen Geschäftsanteil von 50 % hält und einen jährlichen Zuschuss von 50 % zahlt.
5.4.7.02	Flughafen Neubrandenburg-Trollenhagen GmbH	-124.200	-156.300	-156.300	Im Zusammenhang mit der Schließung des Militärflugplatzes Neubrandenburg-Trollenhagen ist die Perspektive der Flughafen-gesellschaft zu überdenken. Derzeit bestehen vertragliche Verpflichtungen gegenüber der Bundeswehr und den vornehmlich gewerblichen Nutzern des Flughafens. Der Flughafen wird als wichtige Infrastruktureinrichtung für eine zügige Erreichbarkeit von Stadt und Region gesehen, u. a. auch als wichtiger Faktor für das Großgewerbegebiet (GGG) Trollenhagen.
5.7.3.02	Allgem. Einr. Und Unternehmen (Zentrum für Lebensmitteltechnologie Mecklenburg-Vorpommern GmbH, Technologie, Innovations und Gründerzentrum Neubrandenburg GmbH)	-173.000	-281.000	-214.000	Die TIG und ZLT GmbH sind wichtige Wirtschafts- und Technologiefördereinrichtungen der Stadt. Hinsichtlich der Nutzung der zweckgebunden errichteten Gebäude bestehen derzeit befristete Zweckbindungen. Über ein künftiges Zusammenwirken mit Einrichtungen des Landkreises sind Gespräche begonnen worden.
5.7.3.04	Veranstaltungszentrum Neubrandenburg GmbH	-1.536.900	-1.536.900	-1.554.900	Die VZN GmbH bewirtschaftet die wichtigsten Veranstaltungshäuser der Stadt (Konzertkirche, Jahn-Sport-Forum, Stadthalle, Zentrum Latücht etc.). Ohne diese ist das kulturelle und sportliche Leben der Stadt als Oberzentrum der Region Mecklenburgische Seenplatte kaum möglich bzw. vorstellbar.

Nr.	Produktbezeichnung	Jahresergebnis	Jahresergebnis	Jahresergebnis	Begründung
		Plan 2012 DfH Ziel 12	Plan 2011 DfH Ziel 11	Plan 2010 DfH Ziel 10	
		EUR	EUR	EUR	
1.1.1.01.569300	Aufwendungen für Repräsentationen	-27.000	-30.000	-30.000	u. a. Absicherung von städtischen Veranstaltungen (Bürgerempfang, 3. Oktober, Pogromnacht)
1.1.1.01.524101	Städtepartnerschaft	-18.000	-20.600	-24.600	Auf der Grundlage von Entscheidungen der Stadtvertretung liegen Städtepartnerschaftsverträge vor.
1.1.1.01.569900	sonstige allgem. sächliche Aufwendungen - u.a. Gratulationen anlässlich Jubiläen	-3.000	-3.800	-4.300	politische Entscheidung; es erfolgt eine Reduzierung des Sachaufwandes gegenüber dem Vorjahr
1.1.1.01.541900	Zuschüsse zur Förderung von Veranstaltungen	-2.000	-3.000	-5.000	Zuwendungen an Vereine und Einrichtungen für Veranstaltungen im Interesse der Stadt
1.1.1.01.569100	Fraktionszuwendungen	-140.000	-120.000	-135.000	Beschluss der Stadtvertretung 805/46/04 - Beschlussfassung über die Höhe jährlich mit dem Haushalt
1.1.2.01.541100	Eigenanteil Projekt Gesundheitsmanagement	-4.000	-4.000	-4.000	Durch das Gesundheitsmanagement soll das Leistungspotenzial der Mitarbeiter optimal genutzt und gefordert werden. Insbesondere soll dadurch dem überdurchschnittlich hohen Krankheitsstand der Stadt Neubrandenburg entgegengewirkt werden.
5.1.1.07	Stadtentwicklung	-271.000	-343.300	-477.300	erforderliche Struktureinheit zur Konzipierung der Stadtentwicklung, zur Organisation und Koordination des Stadumbaus sowie zur Projektentwicklung/-steuerung von regional wie gesamtstädtisch bedeutsamen Maßnahmen der sozialen und technischen Infrastruktur sowohl der öffentlichen Hand als auch der Privatwirtschaft
5.7.1.01	Wirtschaftsförderung	-709.300	-753.000	-829.300	notwendiges Instrument zur Arbeitsplatzschaffung und Arbeitsplatzsicherung und damit zur Sicherung und Verbesserung der Steuereinnahmen der Stadt
1.2.2.02.562400	Softwarepflegevertrag Bürgerinformationssystem (Intranet/Internet)	-43.100	-63.700	-35.700	BIS ist Bürgern u.a. eine wichtige Informationsquelle. Ein Wegfall hätte zur Folge, dass notwendige Informationen auf herkömmliche Weise einzuholen wären und damit zusätzliches Personal gebunden würde.
2.5.2.01	Regionalmuseum (enthält 2010 auch Kunstsammlung)	-677.100	-729.000	-1.406.200	Bewahrer der Zeugnisse der kulturellen Vergangenheit von Stadt und Region (histor. u. visuelles Gedächtnis), dienen Orientierung,

Nr.	Produktbezeichnung	Jahresergebnis	Jahresergebnis	Jahresergebnis	Begründung
		Plan 2012 001 Jahr 22	Plan 2011 001 Jahr 21	Plan 2010 001 Jahr 22	
		000	000	000	
2.5.2.03	Kunstsammlung	-534.200	-602.400	0	Bildung, Entwicklung von polit. Verständnis und ästhet. Geschmack, mögliche Folgen: Verfall der Musealien und Kunstwerke, kann noch touristische Angebote in Stadt. Wegfall von Bildungsmöglichkeiten
2.6.3.01	Kostenbeteiligung an der Musikschule	-84.300	-523.300	-218.900	Einflussnahme auf Musikschulangebot, Musikschule Neubrandenburg zeichnet sich durch hohe Qualität im landesweiten Vergleich aus, Wegfall von kulturellen Angeboten in der Stadt
2.7.2.01	Regionalbibliothek	-1.220.900	-1.194.900	-1.185.200	Zentrum für schul., berufl., allgem. Bildung als Medienzentrum, Zugang für alle sozialen Schichten, effiz. Vermittlung von Les-, Informations- u. Medienkompetenz, wertvolle Altbestände u. spezialisierte Sammlungen (kulturelles Erbe)
2.8.1.01	Kulturförderung (Medienbildung, Literatur, Städtische Events, Theater, Musik, Tanz, Soziokultur)	-726.300	-852.600	-930.200	Film- u. Medienbildung: für alle Altersgruppen u. Schichten, mehrfach ausgezeichnetes Programmkinangebot, europ. Festival DokumentART, Vertrag mit Land über Fallada-Nachlass im Archiv des LZ e. V., wertvolles Brigitte-Reimann-Archiv - 2013 - B.-Reimann-Jahr, kulturelles Erbe. Fritz-Reuter-Gesellschaft ist literarische Gesellschaft, wirkt bundesweit, betreibt tourismuswirksam Neues Tor mit Informationen zu Stadt u. Historie, Uwe-Johnson-Tage mit Nordkurier, Johnson-Preis ist Indikator für Verleihung des Deutschen Buchpreises Events: Bücherfrühling, Jazzfrühling, Kirchenmusik, Niederdt. Bühne in Reuter-Stadt wichtig, Förderung besonderer Sonderkonzerte in Konzertkirche (publikumswirksam, andere Zielgruppen als Konzertgänger usw.) Internat. Jugendorchestertreffen ist Imagegeber für Kulturstadt NB, Tanzausbildung von ca. 450 Kindern, soziokulturelle Projekte - Arche N u. Bürgertreff Datzberg
2.8.1.02	Annalise-Wagner-Stiftung	-18.700	-19.000	-18.000	Erfüllung des Testaments von A. Wagner, A-Wagner-Preis ist begehrter Literaturpreis

Nr.	Produktbezeichnung	Jahresergebnis	Jahresergebnis	Jahresergebnis	Begründung
		Plan 2012 EHH Zeile 32	Plan 2011 EHH Zeile 32	Plan 2010 EHH Zeile 32	
		EUR	EUR	EUR	
3.3.1.01	Förderungen (z. B. Mehrgenerationshaus, Beratungsstellen)	-118.900	-90.200	-74.000	Aufwand für ggf. unabweisbare Leistungen der kommunalen Daseinsvorsorge im sozialen Bereich
4.2.1.01	Förderung des Sports	-3.704.000	-3.892.600	-3.478.100	Aufrechterhaltung des Trainings- u. Wettkampfbetriebes in den Sportvereinen der Stadt insbes. für Kinder u. Jugendliche, Gewährleistung der Tätigkeit von Übungsleitern u. Leistungsförderung (D-Kader)
5.1.1.01	Stadtmarketing	-538.800	-469.300	-414.600	Vorhalten von Angeboten u. Maßnahmen zur Sicherung von Lebens- u. Standortqualität der Stadt, Erscheinungsbild, Image, tourist. Produkte, Vier-Tore-Fest, Weihnachtsmarkt
5.7.3.01	Wochenmarkt	0	0	0	kostenrechnendes Produkt
	Mitgliedsbeiträge ohne Teilhaushalt 5 - Kreisaufgaben (siehe Band 1 zum Haushaltsplan 2012, Punkt VII. Übersicht über Mitgliedschaften der Stadt in Verbänden und Vereinen) und bereinigt um Mitgliedsbeiträge, die bereits in den o. g. Produkten enthalten sind	-22.482	-32.866	-26.989	insbesondere: Kommunales Studieninstitut M/V (12.300 EUR - Mitgliedschaft führt zu Einsparungen bei Seminarteilnahmen); Kommunaler Arbeitgeberverband (7.500 EUR); Zweckverband Elektronische Verwaltung in M-V (5.900 EUR)
<b>Freiwillige Leistungen gesamt</b>		<b>-12.654.782</b>	<b>-13.663.766</b>	<b>-13.497.589</b>	

### 1.3 Konsolidierungsbedarf

Der gegenwärtige Konsolidierungsbedarf für den Ergebnishaushalt ergibt sich aus den bis zur Erreichung eines Jahresüberschusses auf neue Rechnung vorzutragenden Jahresfehlbeträgen. Der Konsolidierungsbedarf für den Finanzhaushalt ergibt sich aus der Höhe des in Anspruch genommenen Kredites zur Sicherung der Zahlungsfähigkeit bis zum Zeitpunkt, zu dem der Saldo der ordentlichen Ein- und Auszahlungen zur Deckung der planmäßigen Tilgung von Investitionskrediten ausreicht.

## 2. Prüfung von Einsparpotenzialen

Hier soll insbesondere auf solche Handlungsfelder eingegangen werden, die bisher noch nicht Gegenstand von Haushaltssicherungsmaßnahmen waren bzw. sind.

### 2.1 Prüfung der Erhöhung von Erträgen

Lt. Realsteuervergleich 2010 sind für die kreisfreien Städte in M-V folgende gewogene Durchschnittshebesätze zu verzeichnen gewesen:

Grundsteuer A:	289 v. H.
Grundsteuer B:	455 v. H.
Gewerbsteuer:	424 v. H.

Die Stadt Neubrandenburg hatte mit der Haushaltssatzung 2010 den Hebesatz für die Grundsteuer B von 410 auf 480 v. H. und für die Gewerbsteuer von 375 auf 395 v. H. erhöht. Der Hebesatz für die Grundsteuer A blieb unverändert auf 280 v. H. bestehen.

Das Innenministerium M-V schreibt im Erlass vom 01.12.2011 zur Haushaltssatzung 2011: „Insbesondere bei den gemeindlichen Steuern werden noch erhebliche Einnahmepotenziale gesehen. Sofern der Haushaltsausgleich nicht durch andere Maßnahmen erreicht werden kann, ist die Stadt Neubrandenburg aufgrund ihrer entfallenen dauernden Leistungsfähigkeit gehalten, ggf. auch Hebesätze für die Gemeindesteuern festzusetzen, die über dem Durchschnitt der anderen großen kreisangehörigen bzw. kreisfreien Städte liegen.“ Im Rahmen der Haushaltsdiskussion wurde auch über die Notwendigkeit und Vertretbarkeit der weiteren Erhöhung der Hebesätze für die Realsteuern insbesondere unter Berücksichtigung deren Auswirkungen auf die Schlüsselzuweisungen und die Kreisumlage beraten. Im Ergebnis wurde eine Anhebung des Hebesatzes für die Gewerbsteuer von 395 % auf 420 % beschlossen. Mit diesem Hebesatz erreicht die Stadt Neubrandenburg annähernd das Durchschnittsniveau von derzeit 424 % der kreisfreien und großen kreisangehörigen Städte.

Gebührensatzungen und Entgeltordnungen werden regelmäßig auf ihren Anpassungsbedarf geprüft und somit Möglichkeiten der Erhöhung von Erträgen genutzt.

Geprüft wurde nochmals die Erhebung einer Umlage der Beiträge für die Wasser- und Bodenverbände von den Grundstückseigentümern. Da nur ein geringer Teil der Beiträge umlagefähig ist und der hierfür zu erbringende Verwaltungsaufwand unverhältnismäßig hoch wäre, wird weiterhin auf die Erhebung einer Umlage verzichtet.

### 2.2 Prüfung der Senkung von Aufwendungen

Die größten Aufwendungen lt. Haushalt 2012 verursachen folgende Produktbereiche:

- Allgemeine Finanzwirtschaft mit rd. 28,5 Mio. EUR,

- Innere Verwaltung mit rd. 12,1 Mio. EUR,
- Sicherheit und Ordnung mit rd. 11,4 Mio. EUR und
- Theater, Musikpflege, Musikschule mit rd. 10,8 Mio. EUR.

Den Produktbereich Allgemeine Finanzwirtschaft belasten neben den Zinsaufwendungen nach dem Verlust der Kreisfreiheit nunmehr die Zahlungen der Kreisumlage.

Die Aufwendungen des Produktbereiches Innere Verwaltung sind fast ausschließlich Personalaufwendungen. Insofern wird auf das Personalkonzept verwiesen.

Den größten Anteil an den Aufwendungen im Produktbereich Sicherheit und Ordnung verursacht das Produkt Brandschutz. Hier wurden bereits mehrfach Optimierungsmöglichkeiten für den Einsatzdienst der Berufsfeuerwehr unter Einbeziehung der Freiwilligen Feuerwehr geprüft. Die Stadtvertretung Neubrandenburg hat sich mit dem Beschluss vom 15.03.07 über die Umsetzung des Feuerwehrbedarfsplanes für die Beibehaltung des gegenwärtigen Sicherheitsniveaus und der derzeitigen Struktur des abwehrenden Brandschutzes bekannt. Das Logistikkonzept (Maßnahme-Nr. 2007/3/1) ist zwischenzeitlich umgesetzt. Die Prüfung, mögliche Synergieeffekte beim abwehrenden Brandschutz durch das Zusammenwirken der Berufsfeuerwehr der Stadt Neubrandenburg und der Freiwilligen Feuerwehren der umliegenden Gemeinden (Maßnahme Nr. 2011/3/2) zu erschließen, führte zu keinem Erfolg.

Den Aufwendungen im Produktbereich Theater, Musikpflege, Musikschule stehen rd. 8,6 Mio. Erträge gegenüber.

Für die Wahrnehmung der pflichtigen Aufgaben wird gegenwärtig fast nur noch ausschließlich ein Mindeststandard wahrgenommen. Unter Berücksichtigung der nicht besetzten Stellen und des hohen Krankenstandes besteht bereits seit geraumer Zeit akuter Personalbedarf. Dies hat sich in einigen Bereichen durch die zu lösenden operativen Probleme im Rahmen der Umsetzung des LNOG verschärft. Im Übrigen wird auf das Personalkonzept verwiesen.

Bezüglich der freiwilligen Leistungen wird auf die Ausführungen unter Punkt 1.2.5 und die Maßnahme-Nr. 2012/A/1 verwiesen

### 2.3 Möglichkeiten der Vermögensaktivierung

Vermögensaktivierungen erfolgen vorrangig mit dem Ziel, diese Mittel wieder als Eigenmittel für zwingend notwendige Investitionsmaßnahmen einzusetzen. Ziel dieser Investitionsmaßnahmen ist immer auch eine Reduzierung der laufenden Aufwendungen, insbesondere der Betriebskosten. So werden beispielsweise die Gewinnausschüttungen der Neubrandenburger Stadtwerke GmbH 2010 und 2011 unter Einsatz der Kapitalrücklage als Eigenanteile für das Projekt Medien- und Veranstaltungszentrum zum Einsatz kommen.

#### 2.4 Sicherung einer aufgabengerechten Finanzausstattung

Die Finanzlage der Stadt Neubrandenburg hat sich durch die vorgenommene Neuverteilung der allgemeinen Finanzaufweisungen im Rahmen der FAG-Änderung 2012 nach Umsetzung des LNOG nur wenig verbessert. So sind beispielweise die vorgenommenen Verschiebungen unter den Teilschlüsselmassen nicht nachvollziehbar. Es wird weiter am Gleichmäßigkeitsgrundsatz festgehalten. Auch das FAG 2012 sichert keine aufgabengerechte Finanzausstattung. Im Übrigen wird auf die Ausführungen im Punkt 1.2.2 verwiesen.

3. Umsetzungsstand der Maßnahmen des Haushaltssicherungskonzeptes 2011 bis 2016  
 3.1 Sachstandsbericht

Maßnahme-Nr.	Maßnahme	Umsetzungsstand
Allgemeine Maßnahmen		
2010/A/1	Umsetzung des Projektes Medien- und Veranstaltungszentrum	<p>Zurzeit läuft das Baugenehmigungsverfahren, die Ausführungsplanung ist beantragt. Der Antrag auf Förderung über EFRE ist gestellt, die Antragsbearbeitung und baufachliche Prüfung läuft. Die Mietverträge zu den Gemeinbedarfs- und Folgeeinrichtungen werden verhandelt. Der Mietvertrag zur Einmietung der Volkshochschule wurde bereits geschlossen.</p> <p>Unter der Maßgabe, dass der Zuwendungsbescheid bis zum Jahresende ausgereicht wird, kann der Baubeginn Anfang des Jahres 2012 erfolgen.</p> <p>Die Haushaltssicherungsmaßnahme wird weitergeführt.</p>
2010/A/4	Einflussnahme auf eine sachgerechte Änderung des FAG 2012	<p>Alle Versuche des Städte- und Gemeindetages M-V, eine sachgerechte Finanzverteilung zu erreichen, scheiterten bisher. Die Landesregierung hält nach wie vor am Gleichmäßigkeitsgrundsatz fest. Mit dem FAG 2012 wurde der kommunale Finanzausgleich an die neue Struktur nach Kreisgebietsreform und die damit verbundenen Aufgabenneuordnungen angepasst.</p> <p>Die Stadt Neubrandenburg hat nach Vorlage des FAG-Entwurfs 2012 insbesondere</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• die nicht nachvollziehbare Aufteilung der Teilschlüsselmassen,</li> <li>• die nicht sachgerechte Änderung der Verteilung der Zuweisungen für die Wahrnehmung der Aufgaben des übertragenen Wirkungskreises und</li> <li>• nicht nachvollziehbare Höhe der Absenkung der Steuerkraftmesszahlen der großen kreisangehörigen Gemeinden für die Berechnung der Kreisumlage</li> </ul> <p>kritisiert.</p> <p>Nach dem Orientierungserlass 2012 erhält die Stadt Neubrandenburg rd. 10,1 Mio. EUR geringere Schlüsselzuweisungen und rd. 5,1 Mio. EUR geringere Zuweisungen für Aufgaben des übertragenen Wirkungskreises.</p>

Maßnahme-Nr.	Maßnahme	Umsetzungsstand
		Die Haushaltssicherungsmaßnahme wird nicht weitergeführt.
Büro OB		
2006/0/1	Reduzierung der Personalaufwendungen im OB Bereich	Durch Umsetzung der HSK-Maßnahmen zur Reduzierung der Personalaufwendungen werden die Personalaufwendungen des OB-Bereiches im Planentwurf 2012 um rd. 51,3 TEUR gemindert (siehe Anlage des Personalkonzeptes).  Die Haushaltssicherungsmaßnahme wird weitergeführt.
Beteiligungsmanagement		
2011/BM/1 (alt 2009/1/3)	Übertragung von errichtetem Ver- und Entsorgungsinfrastrukturvermögen an die Neubrandenburger Stadtwerke GmbH (neu.sw)	Einer Übertragung steht grundsätzlich nichts entgegen, nachdem eine Freistellungserklärung zur Vermögensübertragung durch den Fördermittelgeber vorliegt. Ein Vereinbarungsentwurf befindet sich gegenwärtig in Abstimmung mit neu.sw.  Die Haushaltssicherungsmaßnahme wird unter federführender Verantwortung des FB 2 weitergeführt.
2011/BM/2 (alt 2009/1/5)	Prüfung der Veräußerung von wirtschaftlichen Unternehmen und Beteiligungen	Eine Erörterung zur Gesellschafter- und Finanzierungsstruktur FNT, TIG und ZLT ist erst nach Bildung des neuen Landkreises möglich.  Die Haushaltssicherungsmaßnahme wird weitergeführt.
2011/BM/3 (alt 2010/0/1)	Umstellung des Zuschusses an die Theater und Orchester GmbH auf ein leistungsangebotsorientiertes Modell	Ein Modell wurde 2009/2010 entwickelt und im Kreis der Kerngesellschafter sowie des Landkreises Müritz inhaltlich abgestimmt. Die Mitgesellschafter versagten jedoch dessen Einführung in die Praxis. Durch die kreislichen Gesellschafter wurde dann ein im Grundsatz Kreisumlage finanziertes Modell favorisiert. Nach dem am 13.12.11 durch den Kreistag MSP und am 15.12.11 durch die Stadtvertretung Neubrandenburg gefassten Grundsatzbeschluss ist nunmehr davon auszugehen, dass die Stadt Neubrandenburg einen Anteil von 50 % halten wird und sich mit einem dementsprechenden Zuschuss an der Finanzierung der Theater und Orchester GmbH beteiligt. Eine endgültige Einigung zur künftigen Gesellschafter- und Finanzierungsstruktur ist damit jedoch noch nicht herbeigeführt. Die Verhandlung des Gesellschaftsvertrages steht noch aus.  Die Haushaltssicherungsmaßnahme wird fortgeführt.

Maßnahme-Nr.	Maßnahme	Umsetzungsstand
2011/BM/4 (alt 2010/0/2)	Erhöhung des Anteils an der Flughafen Neubrandenburg-Trollenhagen GmbH seitens der Neubrandenburger Stadtwerke GmbH	Auf Grund der zwischenzeitlichen Entscheidung über die Schließung des Bundeswehrstandortes Trollenhagen besteht grundsätzlicher Klärungsbedarf über die Zukunft des Flughafens. Hierzu bedarf es auch weiterer Abstimmungen mit dem Landkreis MSP.  Die Haushaltssicherungsmaßnahme wird im Rahmen der Maßnahme-Nr. 2011/BM/2 fortgeführt.
2011/BM/5	Übertragung der Stadtwirtschaft Neubrandenburg GmbH (SWN) an die Neubrandenburger Stadtwerke GmbH (neu.sw)	Eine mögliche Veräußerung der Anteile an neu.sw ist grundsätzlich geprüft und umsetzbar. Alternativ wird eine Übertragung an die OWD geprüft und mit den Partnern diskutiert.  Die Haushaltssicherungsmaßnahme wird fortgeführt.
2011/BM/6	Übertragung des Pflegeheimes an die Neubrandenburger Wohnungsgesellschaft mbH (NEUWOGES)	Die Stadtvertretung hat am 03.11.11 die Umwandlung des städtischen Pflegeheimes in eine gemeinnützige GmbH und die Veräußerung eines Geschäftsanteils von 94 % an die NEUWOGES beschlossen. Der Beschluss befindet sich in Umsetzung. Der Beitrag – zweckgebundene Einzahlungen für investive Zwecke – beläuft sich auf 1.017 TEUR, davon 800 TEUR in 2011 und 217 TEUR in 2012. 56 TEUR wurden im Zuge von Grundstückszuordnungen bereits eingenommen.  Die Haushaltssicherungsmaßnahme ist umgesetzt.
2011/BM/7	Gewinnausschüttung der Ostmecklenburgisch-Vorpommerschen Verwertungs- und Deponie GmbH (OWD)	Eine von Neubrandenburg angeregte Ausschüttung aus dem Jahresergebnis 2010 in 2011 fand nicht die Zustimmung der Mehrheitsgesellschafter. Das Eigenkapital der Gesellschaft übersteigt mittlerweile 19 Mio. EUR.  Die Haushaltssicherungsmaßnahme wird weitergeführt.
2011/BM/8	Vereinbarung zur Grundstücksnutzung Fernwärmeanlagen mit der Neubrandenburger Stadtwerke GmbH (neu.sw)	Der Entwurf eines Gestattungsvertrages mit Wirkung ab 2012 und einer Pauschalregelung für Vorjahre befindet sich in Abstimmung mit neu.sw. Das Entgelt von mindestens 200 TEUR jährlich soll den Zuschussbedarf von SIM für den Bereich Straße/Grün reduzieren.  Die Haushaltssicherungsmaßnahme wird im Rahmen der Maßnahme 2010/9/1 im SIM weitergeführt.
2011/BM 9	Unternehmenskonzept für die SJZ Hinterste	Bislang konnte eine Projektförderung ab 2012 durch den Landkreis (Übergang ab

Maßnahme-Nr.	Maßnahme	Umsetzungsstand
	Mühle gGmbH (SJZ)	04.09.2011) nicht gebunden werden. Die Finanzierung der Aufgaben und der Gesellschaft ist damit nicht mehr gesichert. Mit dem Landkreis sind weitere Verhandlungen zu führen. Alternativ wird an einem Unternehmenskonzept gearbeitet, das einen Fortbestand der Gesellschaft und eine Fortführung eines Teils der Aufgaben ermöglicht.  Die Haushaltssicherungsmaßnahme wird weitergeführt.
2011/BM/10	Künftiges Gewinnausschüttungspotenzial der Neubrandenburger Wohnungsgesellschaft mbH (NEUWOGES)	Die mittelfristige Planung der NEUWOGES sieht ab 2016 eine Gewinnausschüttung in Höhe von 1 % des Eigenkapitals vor. Dies entspricht nach jetzigem Stand ein Ausschüttungspotenzial i. H. v. rd. 1.500 TEUR (netto rd. 1.260 TEUR) in 2016 für 2015. Grundlage bildet die Erwirtschaftung einer Eigenkapitalverzinsung von mind. 2 % jährlich (im Mittel) durch die Gesellschaft. Dieses ist mit der Gesellschaft verbindlich zu vereinbaren.  Die Haushaltssicherungsmaßnahme wird weitergeführt.
Fachbereich 1		
2006/1/1	Reduzierung der Personalaufwendungen im Fachbereich 1	Durch Umsetzung der HSK-Maßnahmen zur Reduzierung der Personalaufwendungen werden die Personalaufwendungen des FB 1 im Planentwurf 2012 um rd.158,8 TEUR gemindert (siehe Anlage des Personalkonzeptes).  Die Haushaltssicherungsmaßnahme wird weitergeführt.
2006/1/4	Verbesserung des Zins- und Liquiditätsmanagements	Im Rahmen des Projektes des Ostdeutschen Sparkassenverbandes „Kommunale Verschuldungsdiagnose“, an dem die Stadt Neubrandenburg teilgenommen hat, erfolgte eine ganzheitliche Analyse des Kredit- und Derivateportfolios der Stadt Neubrandenburg. Im Ergebnis wurde der Stadt Neubrandenburg ein sehr gut strukturiertes Portfolio bescheinigt.  Bei Investitionskrediten werden Umschuldungen und Neuaufnahmen aus dem Kommunalen Aufbaufonds aufgenommen. Dieses Landesprogramm bietet zinsgünstige Kredite, die deutlich unter den Konditionen auf dem freien Kapitalmarkt liegen. Daher liegt der derzeitige Schwerpunkt des Zins- und Liquiditätsmanagements im Bereich der Kredite zur Sicherung der Zahlungsfähigkeit.  Da die NEUWOGES gegenwärtig über freie Liquiditätsmittel verfügt, wird ein Rahmen-

Maßnahme-Nr.	Maßnahme	Umsetzungsstand
		<p>vertrag mit der NEUWOGES zum Liquiditätsaustausch vorbereitet. Darüber hinaus werden Möglichkeiten der Optimierung durch Nutzung von Zinssicherungsinstrumenten für die Kredite zur Sicherung der Zahlungsfähigkeit geprüft.</p> <p>Die Haushaltssicherungsmaßnahme wird weitergeführt.</p>
2007/1/2	Einführung der elektronischen Archivierung der Kassenbelege	<p>Diese HSK-Maßnahme steht im Zusammenhang mit einem einheitlichen Dokumentenmanagementsystem (DMS) der Stadt Neubrandenburg. Die vollständige Archivierung der Belege kann nur in Teilschritten erfolgen. Mit der Einführung des DMS wurden in einem ersten Schritt die Eingangsrechnungen erfasst. Im weiteren Ablauf werden diese Dokumente in das Buchungssystem übergeben und daraus die Auszahlung generiert. Dazu wird der „Dezentrale Erfassungsclient“ aktiviert. Außerdem sollen Möglichkeiten geschaffen werden, die erteilten Abbuchungsaufträge für Steuerkonten einzuscannen und einer Person zuzuordnen. Ab dem 01.12.2011 wird mit dieser Dateneingabe begonnen.</p> <p>Die Haushaltssicherungsmaßnahme wird weitergeführt.</p>
2007/1/3	Schaffung einer Schnittstelle für die Fachsoftware Vollstreckung und mps	<p>Anfang des Jahres wurde festgelegt, dass die Übernahme von Zahlungsflüssen solange zurückgestellt wird, bis eine einsatzfähige Schnittstelle vorhanden ist, die gewährleistet, dass Bußgeldbescheide auf elektronischem Weg aus dem Programm MPS-NF an das Programm Vollkomm C/S übergeben werden. In der Gesamtheit ist die automatische Verbuchung von Zahlungsflüssen in MPS-NF und eine Durchreichung an Vollkomm C/S vorgesehen.</p> <p>Die ersten Gespräche zur Einführung einer Schnittstelle Bußgeldverfahren MPS-NF sind durchgeführt worden. Nach Fertigstellung des Jahresabschlusses 2008 soll die Schnittstelle aus dem Bußgeldverfahren in MPS-NF umgesetzt werden.</p> <p>Die Haushaltssicherungsmaßnahme wird weitergeführt.</p>
2009/1/2	Automatische Verbuchung der Kontoumsätze	<p>Probleme wie z. B. noch fehlende Schnittstellen, Personalengpässe, Mehrarbeiten auf Grund der Kreisgebietsreform führten dazu, dass die Umsetzung dieser Maßnahme zurückgestellt werden musste. Nach Schaffung der Schnittstelle Bußgeld wird eine erneute Testung der automatischen Verbuchung der Kontoumsätze durchgeführt.</p>

Maßnahme-Nr.	Maßnahme	Umsetzungsstand																								
		Die Haushaltssicherungsmaßnahme wird weitergeführt.																								
2010/1/1	Erhöhung der Hebesätze für die Grundsteuer B und die Gewerbesteuer	<p>Eine Hebesatzsatzung ist vorbereitet und in die Beratungsfolge verwiesen. Zukünftig können damit Entscheidungen zur Erhöhung von Hebesätzen für die Realsteuern unabhängig von der Haushaltssatzung und ohne Genehmigungsverfahren getroffen werden.</p> <p>Im Rahmen der Diskussion zum Haushalt 2012 und zum Haushaltssicherungskonzept sind Entscheidungen über weitere Erhöhungen der Hebesätze zu prüfen. Im Erlass zum Haushalt 2011 weist das Innenministerium darauf hin, dass die Stadt Neubrandenburg auf Grund ihrer entfallenen dauernden Leistungsfähigkeit gehalten ist, auch Hebesätze für die Gemeindesteuern festzusetzen, die über dem Durchschnitt der anderen großen kreisangehörigen und kreisfreien Städte liegen, sofern der Haushaltsausgleich nicht durch andere Maßnahmen erreicht werden kann.</p> <p>Hebesätze 2011 im Vergleich:</p> <table border="1"> <thead> <tr> <th></th> <th>Grundsteuer A</th> <th>Grundsteuer B</th> <th>Gewerbesteuer</th> </tr> </thead> <tbody> <tr> <td>Rostock</td> <td>300</td> <td>450</td> <td>450</td> </tr> <tr> <td>Stralsund</td> <td>300</td> <td>500</td> <td>420</td> </tr> <tr> <td>Schwerin</td> <td>300</td> <td>550</td> <td>420</td> </tr> <tr> <td>Greifswald</td> <td>230</td> <td>430</td> <td>395</td> </tr> <tr> <td>Neubrandenburg</td> <td>280</td> <td>480</td> <td>395</td> </tr> </tbody> </table> <p>Im Ergebnis umfangreicher Diskussionen zu Möglichkeiten der weiteren Senkung des strukturellen Defizits ist mit dem 1. Änderungsblatt zur Hebesatzsatzung (DS-Nr. V/600) nunmehr eine Erhöhung des Hebesatzes für die Gewerbesteuer von 395 % auf 420 % vorgesehen. Mit diesem Hebesatz erreicht die Stadt Neubrandenburg annähernd das Durchschnittsniveau von derzeit 424 % der kreisfreien und großen kreisangehörigen Städte. Die hieraus erwarteten Mehrerträge aus Steuern ab 2012 von rd. 853,4 TEUR und aus der fiktiven Berechnung der Schlüsselzuweisungen ab 2014 sind mit dem 3. Änderungsblatt zur Drucksache V/595 im Planentwurf 2012 eingearbeitet und sollen die Weiterführung bestehender freiwilliger Leistungen gewährleisten.</p> <p>Die Haushaltssicherungsmaßnahme wird nicht weitergeführt</p>		Grundsteuer A	Grundsteuer B	Gewerbesteuer	Rostock	300	450	450	Stralsund	300	500	420	Schwerin	300	550	420	Greifswald	230	430	395	Neubrandenburg	280	480	395
	Grundsteuer A	Grundsteuer B	Gewerbesteuer																							
Rostock	300	450	450																							
Stralsund	300	500	420																							
Schwerin	300	550	420																							
Greifswald	230	430	395																							
Neubrandenburg	280	480	395																							
2011/1/1	Anpassung der Hundesteuersatzung	Die Änderungssatzung wurde am 03.11.11 beschlossen und tritt somit am 01.01.12 in																								

Maßnahme-Nr.	Maßnahme	Umsetzungsstand										
		<p>Kraft. Damit werden jährliche Mehrerträge i. H. v. rd. 42,7 TEUR (Basis Veranlagung 2011) erwartet.</p> <p>Die Haushaltssicherungsmaßnahme ist umgesetzt.</p>										
2011/1/2	Überprüfung der Eingruppierungen und Bewertungen für die nach Aufgaben- und Personalübergang an den neuen Landkreis bei der Stadt Neubrandenburg verbleibenden Beschäftigten und Beamten	<p>Im Jahr 2011 wurden bisher insgesamt 38 Stellen bewertet. Davon entfallen 17 auf verbleibende Stellen der Stadtverwaltung.</p> <table border="1"> <thead> <tr> <th>Verwaltungseinheit</th> <th>Anzahl bewerteter Stellen</th> </tr> </thead> <tbody> <tr> <td>Stadtverwaltung</td> <td>17</td> </tr> <tr> <td>SIM</td> <td>5</td> </tr> <tr> <td>Übergehende Stellen LK</td> <td>16</td> </tr> <tr> <td>Gesamt</td> <td>38</td> </tr> </tbody> </table> <p>Die in der Stadtverwaltung verbliebenen Fachbereiche wurden nach dem 04.09.11 gebeten, Stellen anzuzeigen, die aufgrund von Veränderungen durch die Kreisstrukturreform von möglichen Aufgabenneuzuordnungen betroffen sind. Nach gegenwärtigem Arbeitsstand sind Stellenbewertungen von insgesamt 27 Stellen einer Überprüfung zu unterziehen. Darüber hinaus werden sich im Zuge des notwendigen weiteren Personalabbaus Veränderungen von Aufgabeninhalten einzelner bzw. mehrerer Stellen ergeben, die zum derzeitigen Zeitpunkt noch nicht genau definiert werden können. Im Ergebnis müssen ggf. weitere Stellenbeschreibungen angepasst und Bewertungen überprüft werden.</p> <p>Die Haushaltssicherungsmaßnahme wird weitergeführt.</p>	Verwaltungseinheit	Anzahl bewerteter Stellen	Stadtverwaltung	17	SIM	5	Übergehende Stellen LK	16	Gesamt	38
Verwaltungseinheit	Anzahl bewerteter Stellen											
Stadtverwaltung	17											
SIM	5											
Übergehende Stellen LK	16											
Gesamt	38											
<b>Fachbereich 2</b>												
2006/2/1	Reduzierung der Personalaufwendungen im Fachbereich 2	<p>Durch Umsetzung der HSK-Maßnahmen zur Reduzierung der Personalaufwendungen werden die Personalaufwendungen des FB 2 im Planentwurf 2012 um rd. 86,9 TEUR gemindert (siehe Anlage des Personalkonzeptes).</p> <p>Die Haushaltssicherungsmaßnahme wird weitergeführt.</p>										
2007/2/3	Überprüfung der Schnittstellen zwischen der Kernverwaltung, SIM und den Sanierungsträgern	<p>Die Organisationsuntersuchung zur Überprüfung der Geschäftsprozesse und Aufgabenverteilung zur Durchführung von städtebaulichen Sanierungsmaßnahmen sowie zur Entwicklung der städtebaulichen Sondervermögen wurde abgeschlossen. Im Ergebnis sind Handlungsempfehlungen erarbeitet worden. Die hieraus festgelegten Maßnahmen</p>										

Maßnahme-Nr.	Maßnahme	Umsetzungsstand
		sollen zu einer effektiveren Projektsteuerung bei der Planung, Durchführung und Abrechnung der städtebaulichen Sanierungsmaßnahmen beitragen. Im Rahmen der Haushaltsplanung 2012 wurden erste Maßnahmen bereits erfolgreich umgesetzt. Die Haushaltspläne für die städtebaulichen Sondervermögen konnten termingerecht für die Einbringung in die Gremien fertig gestellt werden.  Die Haushaltssicherungsmaßnahme ist umgesetzt.
2011/2/1 (alt 2009/4/2)	Prüfung der Möglichkeiten der Senkung des Nettoaufwandes der Stadt als Wohnsitzgemeinde für die Förderung von Kindern in Tageseinrichtungen und Tagespflege	Hauptursache der überdurchschnittlichen finanziellen Belastung der Stadt ist der überdurchschnittliche Versorgungsgrad. Ein durchgeführter interkommunaler Vergleich einzelner Kostenbestandteile ergab keine möglichen Ansatzpunkte zur Kostensenkung. Die Haushaltssicherungsmaßnahme wird mit veränderter Ausrichtung im FB 1 weitergeführt.
Fachbereich 3		
2006/3/1	Reduzierung der Personalaufwendungen im Fachbereich 3	Durch Umsetzung der HSK-Maßnahmen zur Reduzierung der Personalaufwendungen werden die Personalaufwendungen des FB 3 im Planentwurf 2012 um rd. 94,5 TEUR gemindert (siehe Anlage des Personalkonzeptes).  Die Haushaltssicherungsmaßnahme wird weitergeführt.
2007/3/1	Umsetzung des Logistikkonzeptes für die Berufsfeuerwehr	Mit der Umstellung des Container- und Gitterboxsystems auf ein Anhängersystem für Sondertechnik zum 01.06.11 wurde die Einsparung der Funktion Sonderfahrzeugmaschinist (3 Stellen) ermöglicht und das Logistikkonzept umgesetzt. Den zusätzlichen Beschaffungskosten in Höhe von ca. 245 TEUR stehen ab 2011 jährliche Personalkosteneinsparungen in Höhe von rd. 110 TEUR gegenüber.  Die Haushaltssicherungsmaßnahme ist umgesetzt.
2008/3/3	Prüfung der Möglichkeiten für die Bereitstellung der Dienste der Kfz-Zulassungs- und der Führerscheinstelle für umliegende Landkreise und Gemeinden	Dieser Vorschlag wurde bislang durch die Vertreter der Kreise abgelehnt. Derzeit werden mit Vertretern des Landkreises MSP weitere Gespräche zur Einrichtung des Services durch die Stadt NB für die Bürger des Landkreises geführt.  Die Haushaltssicherungsmaßnahme wird mit veränderter Ausrichtung weitergeführt.
2010/3/2	Prüfung der Reduzierung der Öffnungszeiten des Bürgerbüros	Im Hinblick auf das Ziel, bürgerfreundliche Öffnungszeiten vorzuhalten, werden im Bürgerbüro derzeit keine Änderungen der Sprechzeiten vorgenommen. Die Sprechzeiten im

Maßnahme-Nr.	Maßnahme	Umsetzungsstand
		<p>Pass- und Meldebereich, in der Kfz-Zulassung und in der Führerscheinstelle werden angeglichen. Zur besseren Auslastung der vorhandenen Kapazitäten sind das Bürgerbüro und der Bereich Pass- und Meldewesen zeitnah zusammenzulegen. Hierzu wird eine neue Haushaltssicherungsmaßnahme entwickelt.</p> <p>Die Haushaltssicherungsmaßnahme wird nicht weitergeführt.</p>
2011/3/1 (alt 2008/2/3)	Überarbeitung des Konzeptes zur Vermeidung bzw. Minderung von Wohnungslosigkeit sowie Neuausrichtung des Vertrages zur Wahrnehmung der Aufgaben der ambulanten Wohnungsnotfallhilfe	<p>Die Vereinbarung mit dem ASB zur Wahrnehmung der ambulanten Wohnungsnotfallhilfe endete vertragsgemäß am 31.12.11. Mit der Kreisgebietsreform ist die Stadt lediglich für die Bearbeitung der Obdachlosenangelegenheiten im Rahmen der pflichtgemäßen Gefahrenabwehr (Unterbringung unfreiwillig Obdachloser) zuständig. Dazu wurde mit dem ASB eine Anschlussvereinbarung abgeschlossen. Unter Berücksichtigung der tatsächlichen Belegungszahlen wird die bisher vorgehaltene Bettenzahl im Laufe des Jahres 2012 von 64 auf 46 reduziert. Die Aufwendungen reduzieren sich damit von 470 TEUR auf 340 TEUR für das Jahr 2012.</p> <p>Die Haushaltssicherungsmaßnahme wird weitergeführt.</p>
2011/3/2	Prüfung der Nachtabsenkung der Dienststärke der Berufsfeuerwehr	<p>Eine Prüfung mit den Umlandgemeinden, ob Synergieeffekte beim abwehrenden Brandschutz mit den Freiwilligen Feuerwehren der Gemeinden möglich sind, führte zu keinem Erfolg. Es wird keine Möglichkeit gesehen, die Maßnahme mit Hilfe der Umlandgemeinden umzusetzen. Auch die beiden Feuerwehren der Stadt sind nicht in der Lage, den erforderlichen Erreichungsgrad sicherzustellen.</p> <p>Die Haushaltssicherungsmaßnahme wird nicht weitergeführt.</p>
Fachbereich 4		
2006/4/1	Reduzierung der Personalaufwendungen im Fachbereich 4	<p>Die Aufgaben und das Personal des FB 4 ist mit Ausnahme des Personals, welches sich bereits in der ATZ-Freistellungsphase befindet, an den Landkreis MSP übergegangen.</p> <p>Die Haushaltssicherungsmaßnahme wird nicht weitergeführt.</p>
2009/4/2	Prüfung der Möglichkeiten der Senkung des Nettoaufwandes der Stadt für die Förderung von Kindern in Tageseinrichtungen und Tagespflege	<p>Die Abrechnung von Verpflegungskosten aus dem Bildungs- und Teilhabepaket auf der Grundlage des Vorranges SGB II, SGB XII und BKGG ist erfolgt. Das Ergebnis weist eine finanzielle Entlastung für die Stadt Neubrandenburg in ihrer bisherigen Rolle als örtlicher Träger der öffentlichen Jugendhilfe aus. Diese beträgt für den Zeitraum bis zum</p>

Maßnahme-Nr.	Maßnahme	Umsetzungsstand
		<p>03.09.11 insgesamt 186.956,81 EUR. Mit Wirkung zum 04.09.11 ist der Landkreis MSP örtlicher Träger der öffentlichen Jugendhilfe. Die Stadt Neubrandenburg nimmt ab 04.09.11 nur noch die Aufgaben als Gemeinde des gewöhnlichen Aufenthaltes (Wohnsitzgemeinde) wahr. Hierzu wird auf die HSK-Maßnahme-Nr. 2011/2/1 verwiesen.</p> <p>Die Haushaltssicherungsmaßnahme wird nicht weitergeführt.</p>
2010/4/1	Prüfung von Möglichkeiten zur Verringerung der Belastung des städtischen Haushaltes aus den Leistungen für Hilfen zur Erziehung	<p>Die bisher vorgestellten Daten der integrierten Berichterstattung MV aus 2008 und 2009 zeigen im Leistungsbereich der Hilfen zur Erziehung keine Ansatzmöglichkeiten für Einsparungen auf. Die öffentliche Bekanntmachung des Berichtes steht noch aus.</p> <p>Die Haushaltssicherungsmaßnahme wird nicht weitergeführt.</p>
2011/4/1 (alt 2010/3/1)	Neuausrichtung der Suchtberatung	<p>Die Beratungsstelle im Haus der Begegnung wird bereits mit dem 01.01.12 auf 3,0 VZÄ Beraterstellen reduziert.</p> <p>Damit ist der Beratungsstellenstatus und die notwendige Förderung des Landes im Minimum erreicht. Die entsprechenden Planungsunterlagen für das Jahr 2012 belegen dieses Herangehen.</p> <p>Mit der Kreisgebietsreform ist diese Aufgabe an den Landkreis übergegangen.</p> <p>Die Haushaltssicherungsmaßnahme wird nicht weitergeführt.</p>
Fachbereich 8		
2010/8/1	Optimierung der Leistungen der Regionalbibliothek unter Nutzung von Kooperationsmöglichkeiten	<p>Im Zusammenhang mit der Kreisgebietsreform soll eine Optimierung von Leistungen der Regionalbibliothek durch die Schaffung von Verbundlösungen erreicht werden.</p> <p>Die Verständigung zu den Projekten Netzwerk „Bibliotheksoftware Mecklenburgische Seenplatte“, „Digitale Bibliothek“ (onleihe) und Datenbank „Munzinger Online“ mit den Städten Demmin, Malchin, Neustrelitz und Waren ist erfolgt.</p> <p>Die Einrichtung des notwendigen zentralen Servers, mit dem die Angebote durch alle angeschlossenen Bibliotheken genutzt werden könnten, ist über ein Förderprogramm zu realisieren.</p> <p>Die Online-Datenbank „Wissensmanagement für Städte und Gemeinden“ Lexsoft/Lexonline steht bisher nur in der Stadtverwaltung Neubrandenburg (NB) zur Verfügung.</p>

Maßnahme-Nr.	Maßnahme	Umsetzungsstand
		Die Haushaltssicherungsmaßnahme wird weitergeführt.
2010/8/2	Anpassung der Entgeltordnung der Städtischen Museen	Die Entgeltordnung für die Städtischen Museen wurde zuletzt 2008 angepasst. Für besonders kostenintensive Ausstellungen werden Entgeltfestlegungen flexibler vorgenommen. In Vorbereitung der Inbetriebnahme der Ausstellungen des Regionalmuseums im Franziskanerkloster erfolgt eine weitere Anpassung der Entgeltordnung der Städtischen Museen. Diese soll zum 01.01.13 in Kraft treten.  Die Haushaltssicherungsmaßnahme wird weitergeführt.
2010/8/4	Reduzierung der Personalaufwendungen im Fachbereich 8	Durch Umsetzung der HSK-Maßnahmen zur Reduzierung der Personalaufwendungen werden die Personalaufwendungen des FB 8 im Planentwurf 2012 um rd. 81,8 TEUR gemindert (siehe Anlage des Personalkonzeptes).  Die Haushaltssicherungsmaßnahme wird weitergeführt.
2011/8/1	Reduzierung der Zuwendungen für freiwillige Leistungen im Bereich Kultur auf ein der finanziellen Leistungsfähigkeit der Stadt entsprechend angemessenes Maß	Im Hinblick auf die Vorschläge des LRH sind die Zuwendungen an Vereine und Verbände für freiwillige Leistungen im Bereich Kultur einer kritischen Prüfung mit dem Ziel einer vertretbaren weiteren Reduzierung zu unterziehen. An der Umsetzung wird weiter gearbeitet. Für das Jahr 2012 sind alle Vereine und Träger kultureller Leistungen aufgefordert, sofern Leistungen realisiert werden, die in der Wirkung über die Stadt NB hinaus reichen, einen entsprechenden Antrag beim Landkreis Mecklenburgische Seenplatte (MSP), Amt für Tourismus und Regionalentwicklung, SG Kunst und Museen, zu stellen. Erste Gespräche mit der Sachgebietsleiterin Kunst und Museen im Landkreis MSP sind erfolgt.  Die Haushaltssicherungsmaßnahme wird in die neue HSK-Maßnahme 2012/A/1 – Reduzierung des Umfangs der freiwilligen Leistungen integriert.
2011/8/2	Anpassung der Förderrichtlinie zur Sportstättennutzung	Entsprechend Landkreisneuordnungsgesetz (LNOG) sind 10 Sporthallen an den Landkreis MSP übergegangen. Zwischen der Stadt Neubrandenburg und dem Landkreis MSP wurde vereinbart, dass SIM im Auftrage des Landkreises vorerst bis zum 31.07.12 die Vergabe der Sportstätten und deren Bewirtschaftung gegen Kostenerstattung vornimmt.

Maßnahme-Nr.	Maßnahme	Umsetzungsstand
		Die Haushaltssicherungsmaßnahme wird weitergeführt.
2011/8/3	Senkung der Aufwendungen für die Sportstättenförderung durch eine Optimierung der Sportstättenauslastung	Nach Umsetzung des LNOG ist eine Anpassung des Sportstättenentwicklungskonzeptes erforderlich. Zur Steuerung einer höchstmöglichen Auslastung der kostengünstigen Sportstätten der Stadt unter Beachtung der Bedingungen für die jeweilige Sportart ist ein Kriterienvergabekatalog zu erarbeiten.  Die Haushaltssicherungsmaßnahme wird mit neuer Ausrichtung weitergeführt.
2011/8/4	Erwirkung einer Förderung überregional bedeutsamer Sammlungen der Regionalbibliothek durch das Land M-V	Um die kulturhistorisch bedeutsamen Sammlungen der Regionalbibliothek als unverzichtbaren Bestandteil der Bibliotheksstruktur des Landes M-V und für die Region weiterhin vorhalten zu können, ist eine Förderung des Landes zu erwirken. Entsprechende Anträge sind gemeinsam mit dem Landkreis MSP zu stellen. Bisher liegt für die Erarbeitung einer Bibliothekskonzeption des Landes lediglich die Beauftragung einer Umfeldanalyse vor. In die Dokumente zur Aufgabenstellung für ein Landesbibliothekskonzept ist die Notwendigkeit kontinuierlicher Förderung überregional bedeutsamer Sammlungen aufzunehmen.  Die Haushaltssicherungsmaßnahme wird weitergeführt.
2011/8/5	Erwirkung einer Förderung der Annalise-Wagner-Stiftung durch den neuen Landkreis	Die Annalise-Wagner-Stiftung wurde bisher nicht in die Liste der zu fördernden Projekte durch den Landkreis MSP aufgenommen. Dazu sind weitere Gespräche notwendig. Weiterhin wird die Möglichkeit einer Absenkung der finanziellen Beteiligung durch die Stadt Neubrandenburg geprüft (zweijährlicher Turnus der Auslobung des Annalise-Wagner-Preises).  Die Haushaltssicherungsmaßnahme wird mit einer anderen Ausrichtung weitergeführt.
2011/8/6	Anpassung der Gebührenordnung des Stadtarchivs	Bei der nächsten Änderung der Verwaltungsgebührensatzung werden die Gebühren für die Inanspruchnahme der Leistungen des Stadtarchivs angepasst. Ein interkommunaler Vergleich der aktuellen Archivgebührensatzungen der kreisfreien bzw. ehemals kreisfreien Städte M-V wird zugrunde gelegt. Vorschläge für neue bzw. erweiterte Gebühren für die Leistungen wurden erarbeitet.  Die Haushaltssicherungsmaßnahme wird weitergeführt.
2011/8/7	Erwirkung einer Förderung der Museen	Eine Vorlage zur Empfehlung der Förderung kultureller Leuchttürme im zukünftigen

Maßnahme-Nr.	Maßnahme	Umsetzungsstand								
	durch die umliegenden Landkreise	<p>Landkreis wurde durch die Arbeitsgruppe Kultur und Kunst des Kooperationsstabes für die Bildung des Landkreises MSP eingebracht und am 11.08.11 vom Kooperationsstab bestätigt. Neben der Regionalbibliothek sollen auch die Museen wegen ihrer herausragenden überregionalen Bedeutung aus einem zu bildenden Sonderfonds für Projekte der kreislichen Entwicklung für eine jährliche Förderung vorgesehen werden. Die Bildung des Sonderfonds steht unter dem Vorbehalt eines entsprechenden Kreistagsbeschlusses.</p> <p>Im Planentwurf des Ergebnishaushaltes 2012 der Stadt Neubrandenburg sind die empfohlenen Fördersummen als Erträge eingestellt.</p> <table border="0" data-bbox="947 613 1440 749"> <thead> <tr> <th>Produkt</th> <th>Summe</th> </tr> </thead> <tbody> <tr> <td>Regionalmuseum</td> <td>90.000 EUR</td> </tr> <tr> <td>Kunstsammlung</td> <td>75.000 EUR</td> </tr> <tr> <td>Regionalbibliothek</td> <td>140.000 EUR</td> </tr> </tbody> </table> <p>Die Haushaltssicherungsmaßnahme ist umgesetzt.</p>	Produkt	Summe	Regionalmuseum	90.000 EUR	Kunstsammlung	75.000 EUR	Regionalbibliothek	140.000 EUR
Produkt	Summe									
Regionalmuseum	90.000 EUR									
Kunstsammlung	75.000 EUR									
Regionalbibliothek	140.000 EUR									
2011/8/8	Optimierung der Depot- und Sammlungsstruktur der Museen	<p>Der Freizug der bisherigen Standorte für Museumshintergrund Poststraße und Bienenweg erfolgte zum Jahresende 2010 mit Fertigstellung des Telegrafenamtes und des Zollhauses. Mit Jahresabschluss 2011 und unter Berücksichtigung aller mit den Immobilien zusammenhängenden Kosten können Aussagen über Veränderungen der Mietkosten im Vergleich zwischen dem neuen Standort und den frei gezogenen Standorten erfolgen. Die Maßnahme wird mit Vorlage des Ergebnisses zum Abschluss gebracht.</p> <p>Die Haushaltssicherungsmaßnahme wird nicht weitergeführt.</p>								
2011/8/9	Prüfung einer Automatisierung der Verbuchungsplätze in der Regionalbibliothek	<p>Moderne RFID-Technologie in der Regionalbibliothek wird mit der Realisierung des Vorhabens Umbau des Hauses der Kultur und Bildung (HKB) eingeführt. Die Planungen werden aufgrund eines kontinuierlichen Kontaktes zu den führenden Technologie-Anbietern laufend angepasst.</p> <p>Die Investitionen in Höhe von 211 TEUR werden im Haushalt 2012 als Verpflichtungsermächtigung für 2013 eingestellt.</p> <p>Die Haushaltssicherungsmaßnahme wird weitergeführt.</p>								

Maßnahme-Nr.	Maßnahme	Umsetzungsstand
2011/8/10 (alt 2009/4/1)	Zusammenführung wertvoller literarischer Sammlungen und kulturhistorischer Archivgüter	Die Aufnahme, Digitalisierung und Bewertung der Sammlungen läuft planmäßig – begonnen wurde mit einer Teilsammlung des Regionalmuseums. Die AG „Sammlungen“ im Städtischen Kulturbetrieb arbeitet an der Aufgabenbeschreibung zur Entwicklung eines Verbundkataloges für die Bibliotheken der Kultureinrichtungen und anderer Einrichtungen der Stadt sowie für die Bestandsnachweise des Stadtarchivs und der Musealen des Regionalmuseums. Der Verbundkatalog bzw. ein sammlungsübergreifendes Rechercheportal ist Voraussetzung für die Hebung der erwarteten Synergien nach Realisierung des Umbaus des HKB.  Die Haushaltssicherungsmaßnahme wird weitergeführt.
SIM		
2010/9/1	Senkung des Zuschusses für den Bereich Straße/Grün	Um die Optimierungspotentiale bei der Bewirtschaftung von Straßen und Grünflächen weiter auszuschöpfen, wurden im Berichtszeitraum im Rahmen der Beschlussfolge des Wirtschaftsplanes 2011 im Betriebsausschuss Reinigungs- und Pflegestandards kritisch geprüft. Der geplante Leistungsumfang schöpft Standardabsenkungen nahezu aus und deckt lediglich das Mindestmaß der Anforderungen an Verkehrssicherheit und öffentliche Ordnung. Weitere Absenkungen sind nicht mehr vertretbar. Für das Haushaltsjahr 2012 wird im Zusammenhang mit der Umsetzung der HSK-Maßnahme-Nr. 2011/BM/8 mit einem um TEUR 200 verringertem Zuschussbedarf im Vergleich zum mittelfristigen Planansatz gerechnet. Weitere Absenkungen des Zuschussbedarfes sind nur über konsequente Nichtbewirtschaftung von Flächen oder Entgelterhebung von Dritten möglich.  Die Haushaltssicherungsmaßnahme wird weitergeführt.
2010/9/2	Senkung der Mietaufwendungen für die Verwaltung	In Umsetzung des Konzeptes zur Sicherung der finanziellen Leistungsfähigkeit wurden Mietentgelte und Umlagen gemäß der Planvorgabe vereinnahmt. Die voraussichtlichen Bewirtschaftungsaufwendungen entsprechen den Planvorgaben, da angestrebte Rationalisierungspotentiale ausgeschöpft werden konnten.  Die Haushaltssicherungsmaßnahme wird weitergeführt.

3.2 Abrechnung der Maßnahmen mit wesentlichen Einsparpotenzialen  
(Maßnahmen mit einem Einsparpotenzial über 50 TEUR)

Maßnahmen	Soll-Einsparung lt. HSK gegen- über Haushalt 2011 in TEUR	Ist-Einsparung lt. Haushaltsplan 2012 in TEUR	Bemerkung
Personalkostenmaßnahmen ohne FB 4 (2006/0/1; 2006/1/1; 2006/2/1; 2006/3/1; 2010/8/4) – Senkung Personalaufwendun- gen	486,6	473,2	
2009/1/3 – Übertragung von errichtetem Ver- und Entsorgungsinfrastrukturvermö- gen an die neu.sw	147,0	0,0	Verzögerung in der Umsetzung zunächst durch die lange Prü- fung des Wirtschaftsministeriums hinsichtlich der Unschädlich- keit erhaltener Fördermittel und nunmehr durch Prüfung sei- tens neu.sw
2011/BM/2 – Prüfung der Veräußerung von wirtschaftlichen Unternehmen und Beteili- gungen	128,0	0,0	Eine Erörterung möglicher Anteilsübertragungen auf den Land- kreis MSP war vor Bildung des Landkreises nicht zielführend.
2011/BM/3 – Umstellung des Zuschusses an die Theater und Orchester GmbH auf ein leistungsangebotsorientiertes Modell	67,0	0,0	Eine Einigung zur künftigen Gesellschafter- und Finanzierungs- struktur ist noch nicht herbeigeführt.
2010/02 – Erhöhung des Anteils an der FNT seitens der neu.sw	73,0	0,0	Auf Grund der zwischenzeitlichen Entscheidung über die Schließung des Bundeswehrstandortes Trollenhagen besteht grundsätzlicher Klärungsbedarf über die Zukunft des Flugha- fens.
2011/BM/8 – Vereinbarung zur Grund- stücksnutzung Fernwärmeanlagen mit neu.sw	200,0	200,0	

#### 4. Haushaltssicherung im Zeitraum bis 2017

##### 4.1. Allgemeine Maßnahmen

Maßnahme-Nr.	Maßnahme	Erläuterung
2010/A/1	Umsetzung des Projektes Medien- und Veranstaltungszentrum	Auf der Grundlage der Genehmigung des Innenministeriums vom 09.12.10 und nach Beschlussfassung der Stadtvertretung über die überarbeitete Entwurfsplanung zur Sanierung des HKB und dessen Umbau zum Medien- und Veranstaltungszentrum (MVZ) erfolgt die Umsetzung des Projektes mit dem Ziel der räumlichen Zusammenführung städtischer und stadtnaher Einrichtungen einschließlich der Zusammenführung wertvoller literarischer Sammlungen und kulturhistorischer Archivgüter, um weitere Synergien zu heben. Unter der Maßgabe, dass der Zuwendungsbescheid bis Ende 2011 vorliegt, kann der Baubeginn Anfang des Jahres 2012 erfolgen. Die in Umsetzung des Projektes erwarteten Einsparungen sind Bestandteil des Personalentwicklungskonzeptes des Fachbereiches 8 und werden in der Folge bei der weiteren Planung des Teilhaushaltes 8 zu berücksichtigen sein.
2012/A/1	Reduzierung des Umfangs der freiwilligen Leistungen	<p>Im Planentwurf 2012 sind freiwillige Leistungen mit einem ausgewiesenen Zuschussbedarf von insgesamt rd. 12,7 Mio. EUR definiert.</p> <p>Da es bisher weder eine Untersetzung des Begriffes freiwillige Leistungen gibt noch das Niveau der Angebote im freiwilligen Bereich genauer definiert ist, welches eine Stadt in vergleichbarer Größe dauerhaft finanzieren kann, soll folgendes Ziel angestrebt werden:</p> <ol style="list-style-type: none"><li>1. Die Stadtverwaltung überprüft die freiwilligen Leistungen hinsichtlich ihrer vertraglichen Bindungen und daraus resultierenden finanziellen und zeitlichen Verpflichtungen.</li><li>2. Die Stadtverwaltung prüft die Leistungen auf mögliches Einsparpotenzial, ohne die Leistung grundsätzlich in Frage zu stellen.</li><li>3. Die Stadtverwaltung unterbreitet der Stadtvertretung auf der Basis der vorgenannten Überprüfung sowie der vorhandenen Planungen und Konzepte der Stadt Entscheidungsvorschläge zur zukünftigen Finanzierung freiwilliger Leistungen.</li><li>4. Für zukünftig erwünschte, bisher aber nicht vertraglich gebundene freiwillige Leistungen sind vertragliche Vereinbarungen zur Sicherung der Leistungen zu treffen.</li></ol> <p>Mögliche Einsparungen sind noch zu ermitteln.</p>

Maßnahme-Nr.	Maßnahme	Erläuterung
2012/A/2	Reduzierung der Ausschüsse der Stadtvertretung Neubrandenburg	<p>Im Rahmen der Umsetzung des LNOG hat die Stadt Neubrandenburg Aufgaben und das dafür zuständige Personal mit Wirkung zum 04.09.11 an den Landkreis Mecklenburgische Seenplatte (MSP) übertragen. Während mit dem gesetzlichen Aufgabenübergang im Bereich der Jugendhilfe mit Wirkung vom 04.09.11 kein Jugendhilfeausschuss nach § 70 SGB VIII bei der Stadt Neubrandenburg mehr besteht, gibt es die ständigen Ausschüsse gemäß § 8 Abs. 1 der Hauptsatzung der Stadt Neubrandenburg derzeit noch, (Sozialausschuss, Umweltausschuss und Schul- und Sportausschuss).</p> <p>Unter Berücksichtigung des Überganges von Aufgaben auf den Landkreis werden die Ausschussstrukturen durch die Stadtvertretung überprüft und neu festgelegt.</p> <p>Mögliche Einsparungen sind noch zu ermitteln.</p>
Fraktionen Nr. 1	Veräußerung von Grundstücken aus städtebaulichen Sondervermögen an die NEUWOGES	<p>Mit der NEUWOGES verfügt die Stadt über eine leistungsfähige Immobiliengesellschaft. Diese ist in der Lage, bisher nicht veräußerte und durch die Stadt kurzfristig nicht veräußerbare Grundstücksbestände zeitnah aus den städtebaulichen Sondervermögen Wolgaster Straße (ca. 17.000 qm Grundstücksfläche, ca. 500 TEUR Wert), Altstadt (z. B. Bereich Poststraße, ca. 3.500 qm, ca. 750 TEUR Wert) und Nordstadt zu übernehmen und zu entwickeln. Mit den erzielten Verkaufserlösen können Kredite der Sondervermögen schneller zurückgeführt (Wolgaster Straße) und Zinsen erspart bzw. die Eigenmittelausstattung der Sondervermögen verbessert werden. Über das jeweilige Sanierungs- bzw. Entwicklungsrecht hat die Stadt weiterhin ausreichend Einwirkungsmöglichkeiten.</p>
Fraktionen Nr. 2	Zusammenlegung von Bereichen der Verwaltung hier: Beteiligungsmanagement mit Recht und Vergaben	<p>Eine wesentliche Aufgabe des Bereiches Recht und Vergaben ist die Würdigung von Rechtssachverhalten, die im Zusammenhang mit den städtischen Beteiligungen stehen. Es gibt eine Reihe von Beispielen, wie eng die Verflechtungen zwischen beiden Bereichen sind, zuletzt bei Sachverhalten um die NEUWOGES. Durch die Zusammenlegung beider Bereiche können eine Reihe von Synergien erschlossen werden, unter anderem die Einsparung einer Stelle A 13 (00.10.00.012). Darüber hinaus kann Doppelzuständigkeit und doppelte Sachbearbeitung abgebaut und die Verwaltungsabläufe unter der Führung des Bereiches Recht und Vergaben effizienter gestaltet werden.</p>
Fraktionen Nr. 3	Umorganisation des Sitzungsdienstes	<p>Es erfolgt eine Umorganisation des Sitzungsdienstes der Stadtvertretung. Ziel ist die papierlose Bereitstellung und Verteilung der Unterlagen und Informationen mittels eines digitalen Sitzungsdienstes. Teilweise gibt es hierfür mit dem Ratsinformationssystem bereits Grundlagen.</p>

Maßnahme-Nr.	Maßnahme	Erläuterung
		<p>Kosten des Dienstes wie bisher betragen für den Sitzungsdienst gesamt 288,7 TEUR und für den Postversand und Druck 38,3 TEUR.</p> <p>Einsparungen ergeben sich durch Wegfall der Druck-, Vervielfältigungs-, Verteilungs-, Transport- und Entsorgungskosten für Sitzungsunterlagen.</p> <p>Die Kosten für Anschaffungen der Geräte und technischen Umsetzung sind zu ermitteln. Es sind Kriterien für einen solchen digitalen Dienst zu erstellen.</p> <p>Eine Umsetzung in Schritten ist vorzunehmen. Es wird empfohlen, sich an das Modellbeispiel der Stadt Düren anzulehnen.</p>
Fraktionen Nr. 4	Überprüfung der Mitgliedschaft der Stadt in Vereinen und Verbänden	<p>Die Mitgliedschaft der Stadt in Vereinen und Verbänden wird auf mögliches Einsparpotenzial überprüft. Die Prüfungsergebnisse sind der Stadtvertretung jährlich mit der Haushaltsplanung vorzulegen.</p> <p>Mögliche Einsparungen sind noch zu beziffern.</p>

#### 4.2. Maßnahmen der Fachbereiche

Maßnahme-Nr.	Maßnahme	Erläuterung
<b>Büro OB</b>		
2006/0/1	Optimierung der Aufgaben- und Verwaltungsstruktur des OB Bereiches zur Reduzierung der Personal – und Verwaltungsaufwendungen	<p>Durch Umsetzung der im Personalkonzept Punkt 3.3.1 enthaltenen Einsparvorgaben zur Stellenausstattung und Maßnahmen sollen weitere Reduzierungen der Personalaufwendungen erreicht werden. Die Konsolidierung ist durch eine gezielte Personalentwicklung im Rahmen der Fortschreibung des Personalentwicklungskonzeptes des OB-Bereiches zu begleiten. Sie soll sicherstellen, dass die Verwaltungsaufgaben trotz Personalabbaus dauerhaft in guter Qualität erfüllt werden können.</p> <p>Aus der Umsetzung dieser Maßnahmen werden über die bereits in der mittelfristigen Planung berücksichtigten Einsparungen aus kw-Vermerken nachfolgende Einsparungen der Personalaufwendungen erwartet. Darüber hinaus werden auch Einsparungen für den Sachaufwand erwartet, deren Höhe jedoch insbesondere von einer möglichen Reduzierung der Mietaufwendungen abhängig ist.</p>

Maßnahme-Nr.	Maßnahme	Erläuterung												
		<table border="1" data-bbox="952 279 1888 471"> <thead> <tr> <th data-bbox="952 279 1301 362">Einsparungen in TEUR (Basis Planentwurf 2012)</th> <th data-bbox="1301 279 1420 362">2013</th> <th data-bbox="1420 279 1538 362">2014</th> <th data-bbox="1538 279 1657 362">2015</th> <th data-bbox="1657 279 1776 362">2016</th> <th data-bbox="1776 279 1888 362">2017</th> </tr> </thead> <tbody> <tr> <td data-bbox="952 362 1301 471">Teilhaushalt 1 - Senkung der Personalauf- wendungen</td> <td data-bbox="1301 362 1420 471">22,0</td> <td data-bbox="1420 362 1538 471">66,0</td> <td data-bbox="1538 362 1657 471">66,0</td> <td data-bbox="1657 362 1776 471">66,0</td> <td data-bbox="1776 362 1888 471">66,0</td> </tr> </tbody> </table> <p data-bbox="952 511 1989 711">Die Aufgaben- und Verwaltungsstruktur des Fachbereiches ist mit der Zielsetzung der Vergrößerung der Leistungsspannen im Bereich neu auszurichten. Vor dem Hintergrund des Aufgabenüberganges an den Landkreis MSP (LNOG) tritt die Absenkung von Fallzahlen bei den verbliebenen Querschnittsaufgaben ein und der Anteil schwierigerer Aufgaben sinkt. Damit ist eine Verdichtung höherwertiger Aufgaben auf weniger Stellen/Planstellen möglich.</p> <p data-bbox="952 718 1825 749">An dieser Entwicklung sind die Sach- und Personalkosten auszurichten.</p> <p data-bbox="952 755 1825 787">Die Prüfergebnisse sind der Stadtvertretung bis zum 30.9.2012 vorzulegen.</p>	Einsparungen in TEUR (Basis Planentwurf 2012)	2013	2014	2015	2016	2017	Teilhaushalt 1 - Senkung der Personalauf- wendungen	22,0	66,0	66,0	66,0	66,0
Einsparungen in TEUR (Basis Planentwurf 2012)	2013	2014	2015	2016	2017									
Teilhaushalt 1 - Senkung der Personalauf- wendungen	22,0	66,0	66,0	66,0	66,0									
Beteiligungsmanagement														
2011/BM/2	Prüfung der Veräußerung von wirtschaftlichen Unternehmen und Beteiligungen	<p data-bbox="952 898 1989 1133">Für die wirtschaftlichen Unternehmen, deren Gegenstand insbesondere auf die regionale Wirtschaftsförderung ausgerichtet ist, sind die Gesellschafter- und Finanzierungsstrukturen nach Umsetzung der Kreisgebietsreform mit dem Landkreis MSP zu erörtern. Seitens des Landkreises MSP wurde bereits Interesse an der Übertragung von Anteilen an der TIG Technologie-, Innovations- und Gründerzentrum Neubrandenburg GmbH (TIG) und an der Zentrum für Lebensmitteltechnologie Mecklenburg-Vorpommern GmbH (ZLT) angezeigt.</p> <p data-bbox="952 1172 1989 1306">Bezüglich der Flughafen Neubrandenburg-Trollenhagen GmbH (FNT) besteht auf Grund der zwischenzeitlichen Entscheidung über die Schließung des Bundeswehrstandortes Trollenhagen grundsätzlicher Klärungsbedarf über die Zukunft des Flughafens. Hierzu bedarf es auch weiterer Abstimmungen mit dem Landkreis MSP.</p> <p data-bbox="952 1345 1503 1376">Mögliche Einsparungen sind noch zu ermitteln.</p>												

Maßnahme-Nr.	Maßnahme	Erläuterung
2011/BM/3	Umstellung des Zuschusses an die Theater und Orchester GmbH auf ein leistungsangebotsorientiertes Modell	<p>Nach dem am 13.12.11 durch den Kreistag MSP und am 15.12.11 durch die Stadtvertretung Neubrandenburg gefassten Grundsatzbeschluss ist nunmehr davon auszugehen, dass die Stadt Neubrandenburg einen Anteil von 50 % an der Theater und Orchester GmbH (TOG) halten wird und sich mit einem dementsprechenden Zuschuss an der Finanzierung der Gesellschaft beteiligt. Die Stadtvertretung hat mit Beschluss vom 01.03.12 dem neuen Gesellschaftsvertrag zugestimmt. Danach trägt die Stadt Neubrandenburg nunmehr entsprechend der neuen Höhe des Gesellschaftsanteils 50 % des jährlichen Zuschussbedarfes.</p> <p>Mögliche Einsparungen sind noch zu ermitteln.</p>
2011/BM/5	Übertragung der Stadtwirtschaft Neubrandenburg GmbH (SWN) an die Neubrandenburger Stadtwerke GmbH (neu.sw)	<p>Eine mögliche Veräußerung der Anteile an neu.sw ist grundsätzlich geprüft und umsetzbar. Alternativ wird eine Übertragung an die OVD geprüft und mit den Partnern diskutiert.</p> <p>Aus der Veräußerung der Gesellschaft wird ein Nettoverkaufserlös i. H. v. mindestens 2,5 Mio. EUR erwartet. Ein mit der Veräußerung verbundener Entfall der direkten Gewinnausschüttung ist bei der Entscheidung zu berücksichtigen. Von den 40 % der Anteile der Stadt Neubrandenburg an der SWN sind 38 % in einen BgA „Verkehrsanlagen“ beim Städtischen Immobilienmanagement eingelegt. Diesbezügliche steuerliche Auswirkungen im Falle einer Veräußerung der Anteile sind ebenfalls zu berücksichtigen.</p>
2011/BM/7	Gewinnausschüttung der Ostmecklenburgisch-Vorpommerschen Verwertungs- und Deponie GmbH (OVD)	<p>Die OVD erzielt im Rahmen ihrer wirtschaftlichen Tätigkeit Überschüsse, die zur Risikovorsorge als Kapitalrücklage thesauriert werden. Die Stadt Neubrandenburg hat bereits mehrfach die übrigen Gesellschafter darauf hingewiesen, dass gemäß § 75 Abs. 1 KV M-V Unternehmen einen Ertrag für den Haushalt abwerfen sollen. Auch ein diesbezügliches Schreiben an die Rechtsaufsichtsbehörde blieb ohne Erfolg. Mit dem Jahresabschluss für das Geschäftsjahr 2010 wurde der Jahresüberschuss i. H. v. rd. 1,0 Mio. EUR erneut auf neue Rechnung vorgetragen, obwohl die Gesellschaft bereits über eine Kapitalrücklage i. H. v. rd. 18,4 Mio. EUR verfügte. Diese ist zur Risikovorsorge mehr als auskömmlich.</p> <p>Als Zielsetzung wird angestrebt, eine jährliche Ausschüttung von rd. 159,8 TEUR zur</p>

Maßnahme-Nr.	Maßnahme	Erläuterung														
		<p>Haushaltskonsolidierung beginnend ab 2012 verfügbar zu machen. Da die Stadt Neubrandenburg nicht mehr Abfallentsorgungsträger ist, entfällt die Rückführung anteiliger Beträge aus einer Gewinnausschüttung in den Gebührenhaushalt und beim derzeitigen Anteil der Stadt Neubrandenburg von 17,9 % am Stammkapital der Gesellschaft und einer erwarteten Ausschüttung von 1,0 Mio. EUR ergibt sich ein Ausschüttungsbetrag von 159,8 TEUR netto.</p> <table border="1" data-bbox="952 490 1973 691"> <thead> <tr> <th data-bbox="952 490 1267 613">Einsparungen in TEUR (Basis Planentwurf 2012)</th> <th data-bbox="1267 490 1386 613">2012</th> <th data-bbox="1386 490 1505 613">2013</th> <th data-bbox="1505 490 1624 613">2014</th> <th data-bbox="1624 490 1742 613">2015</th> <th data-bbox="1742 490 1861 613">2016</th> <th data-bbox="1861 490 1973 613">2017</th> </tr> </thead> <tbody> <tr> <td data-bbox="952 613 1267 691">5.7.3.02 - Gewinnausschüttung</td> <td data-bbox="1267 613 1386 691">159,8</td> <td data-bbox="1386 613 1505 691">159,8</td> <td data-bbox="1505 613 1624 691">159,8</td> <td data-bbox="1624 613 1742 691">159,8</td> <td data-bbox="1742 613 1861 691">159,8</td> <td data-bbox="1861 613 1973 691">159,8</td> </tr> </tbody> </table>	Einsparungen in TEUR (Basis Planentwurf 2012)	2012	2013	2014	2015	2016	2017	5.7.3.02 - Gewinnausschüttung	159,8	159,8	159,8	159,8	159,8	159,8
Einsparungen in TEUR (Basis Planentwurf 2012)	2012	2013	2014	2015	2016	2017										
5.7.3.02 - Gewinnausschüttung	159,8	159,8	159,8	159,8	159,8	159,8										
2011/BM/9	Unternehmenskonzept für die SJZ Hinterste Mühle gGmbH (SJZ)	<p>Bislang konnte eine Projektförderung ab 2012 durch den Landkreis (Übergang ab 03.09.11) nicht gebunden werden. Hier handelt es sich insbesondere um Leistungen zur Erfüllung der Aufgaben nach dem SGB VIII, für die der Landkreis MSP als örtlicher Träger der Jugendhilfe die Gesamtverantwortung trägt. Die Finanzierung der Aufgaben und der Gesellschaft ist damit nicht mehr gesichert. Mit dem Landkreis sind weitere Verhandlungen zu führen. Alternativ wird an einem Unternehmenskonzept gearbeitet, das einen Fortbestand der Gesellschaft und eine Fortführung eines Teils der Aufgaben ermöglicht.</p> <p>Der Stadtvertretung wird ein Konzept zur Fortführung der Tätigkeit der SJZ zur Entscheidung vorgelegt.</p>														
2011/BM/10	Künftiges Gewinnausschüttungspotenzial der Neubrandenburger Wohnungsgesellschaft mbH (NEUWOGES)	<p>Die NEUWOGES verzeichnet unter anderem im Ergebnis der Umsetzung eines Sanierungskonzeptes seit 2006 ausgeglichene Jahresergebnisse. Die diesbezügliche Vereinbarung mit Gläubigerbanken schließt eine Gewinnabführung bis 2015 aus. Gleichzeitig zeichnet sich für die Zeit nach 2015 ein neuerlicher Bedarf zur Reduzierung des Wohnungsbestandes (ISEK) ab.</p> <p>Mit der NEUWOGES werden grundsätzliche Möglichkeiten und Rahmenbedingungen für</p>														

Maßnahme-Nr.	Maßnahme	Erläuterung														
		<p>eine regelmäßige Ergebnisabführung ab 2016 gemäß § 75 Abs. 1 KV M-V mit einer Zielorientierung auf eine mindestens abzuführende Eigenkapitalrendite von ca. 1 % geprüft. Die Höhe der zu erwartenden Gewinnabführung ab 2016 beträgt dann mindestens 1.500 TEUR brutto (1.275 TEUR netto).</p> <table border="1" data-bbox="958 420 1984 624"> <thead> <tr> <th data-bbox="958 420 1272 545">Einsparungen in TEUR (Basis Planentwurf 2012)</th> <th data-bbox="1281 420 1391 545">2012</th> <th data-bbox="1400 420 1509 545">2013</th> <th data-bbox="1518 420 1628 545">2014</th> <th data-bbox="1637 420 1747 545">2015</th> <th data-bbox="1756 420 1865 545">2016</th> <th data-bbox="1874 420 1984 545">2017</th> </tr> </thead> <tbody> <tr> <td data-bbox="958 551 1272 624">6.2.6.01 - Gewinnausschüttung</td> <td data-bbox="1281 551 1391 624">0,0</td> <td data-bbox="1400 551 1509 624">0,0</td> <td data-bbox="1518 551 1628 624">0,0</td> <td data-bbox="1637 551 1747 624">0,0</td> <td data-bbox="1756 551 1865 624">1.275,0</td> <td data-bbox="1874 551 1984 624">1.275,0</td> </tr> </tbody> </table>	Einsparungen in TEUR (Basis Planentwurf 2012)	2012	2013	2014	2015	2016	2017	6.2.6.01 - Gewinnausschüttung	0,0	0,0	0,0	0,0	1.275,0	1.275,0
Einsparungen in TEUR (Basis Planentwurf 2012)	2012	2013	2014	2015	2016	2017										
6.2.6.01 - Gewinnausschüttung	0,0	0,0	0,0	0,0	1.275,0	1.275,0										
2012/BM/1	Reduzierung des Zuschusses an die Veranstaltungszentrum Neubrandenburg GmbH (VZN)	<p>Durch eine Aufgabenkritik, die Überprüfung der Grundlagen der Objektbewirtschaftung (Eigentums- und Vertragsverhältnisse der Objekte, Aufgabenzuordnung innerhalb der städtischen Unternehmen, technische Lösungen der Ver- und Entsorgung usw.) sowie die Überprüfung der Mietkalkulationen und -verträge sind die Aufwendungen der VZN zu senken bzw. ihre Erträge zu steigern. Dies hat in Zusammenarbeit von Stadtverwaltung, Führungsgesellschaft NEUWOGES und VZN zu erfolgen. Die Ergebnisse der Überprüfung sind der Stadtvertretung vorzulegen. Die Zuschüsse an die VZN sollen als Mindestziel wie folgt gesenkt werden:</p> <table border="1" data-bbox="958 1006 1984 1179"> <thead> <tr> <th data-bbox="958 1006 1272 1132">Einsparungen in TEUR (Basis Planentwurf 2012)</th> <th data-bbox="1281 1006 1391 1132">2012</th> <th data-bbox="1400 1006 1509 1132">2013</th> <th data-bbox="1518 1006 1628 1132">2014</th> <th data-bbox="1637 1006 1747 1132">2015</th> <th data-bbox="1756 1006 1865 1132">2016</th> <th data-bbox="1874 1006 1984 1132">2017</th> </tr> </thead> <tbody> <tr> <td data-bbox="958 1138 1272 1179">5.7.3.04 - Zuschuss VZN</td> <td data-bbox="1281 1138 1391 1179">0,0</td> <td data-bbox="1400 1138 1509 1179">125,0</td> <td data-bbox="1518 1138 1628 1179">125,0</td> <td data-bbox="1637 1138 1747 1179">125,0</td> <td data-bbox="1756 1138 1865 1179">125,0</td> <td data-bbox="1874 1138 1984 1179">125,0</td> </tr> </tbody> </table>	Einsparungen in TEUR (Basis Planentwurf 2012)	2012	2013	2014	2015	2016	2017	5.7.3.04 - Zuschuss VZN	0,0	125,0	125,0	125,0	125,0	125,0
Einsparungen in TEUR (Basis Planentwurf 2012)	2012	2013	2014	2015	2016	2017										
5.7.3.04 - Zuschuss VZN	0,0	125,0	125,0	125,0	125,0	125,0										

Maßnahme-Nr.	Maßnahme	Erläuterung												
<b>Fachbereich 1</b>														
2006/1/1	Optimierung der Aufgaben- und Verwaltungsstruktur des Fachbereiches 1 zur Reduzierung der Personal- und Verwaltungsaufwendungen	<p>Durch Umsetzung der im Personalkonzept Punkt 3.3.1 enthaltenen Einsparvorgaben zur Stellenausstattung und Maßnahmen sollen weitere Reduzierungen der Personalaufwendungen erreicht werden. Die Konsolidierung ist durch eine gezielte Personalentwicklung im Rahmen der Fortschreibung des Personalentwicklungskonzeptes des FB 1 zu begleiten. Sie soll sicherstellen, dass die Verwaltungsaufgaben trotz Personalabbaus dauerhaft in guter Qualität erfüllt werden können.</p> <p>Aus der Umsetzung dieser Maßnahmen werden über die bereits in der mittelfristigen Planung berücksichtigten Einsparungen aus kw-Vermerken nachfolgende Einsparungen der Personalaufwendungen erwartet. Darüber hinaus werden auch Einsparungen für den Sachaufwand erwartet, deren Höhe jedoch insbesondere von einer möglichen Reduzierung der Mietaufwendungen abhängig ist.</p> <table border="1" data-bbox="954 733 1895 921"> <thead> <tr> <th>Einsparungen in TEUR (Basis Planentwurf 2012)</th> <th>2013</th> <th>2014</th> <th>2015</th> <th>2016</th> <th>2017</th> </tr> </thead> <tbody> <tr> <td>Teilhaushalt 2 - Senkung der Personalaufwendungen</td> <td>88,0</td> <td>176,1</td> <td>241,6</td> <td>241,6</td> <td>241,6</td> </tr> </tbody> </table> <p>Die Aufgaben- und Verwaltungsstruktur des Fachbereiches ist mit der Zielsetzung der Vergrößerung der Leistungsspannen im Bereich neu auszurichten. Vor dem Hintergrund des Aufgabenüberganges an den Landkreis MSP (LNOG) tritt die Absenkung von Fallzahlen bei den verbliebenen Querschnittsaufgaben ein und der Anteil schwierigerer Aufgaben sinkt. Damit ist eine Verdichtung höherwertiger Aufgaben auf weniger Stellen/Planstellen möglich. An dieser Entwicklung sind die Sach- und Personalkosten auszurichten. Die Prüfergebnisse sind der Stadtvertretung bis zum 30.9.2012 vorzulegen.</p>	Einsparungen in TEUR (Basis Planentwurf 2012)	2013	2014	2015	2016	2017	Teilhaushalt 2 - Senkung der Personalaufwendungen	88,0	176,1	241,6	241,6	241,6
Einsparungen in TEUR (Basis Planentwurf 2012)	2013	2014	2015	2016	2017									
Teilhaushalt 2 - Senkung der Personalaufwendungen	88,0	176,1	241,6	241,6	241,6									
2006/1/4	Verbesserung des Zins- und Liquiditätsmanagements	Durch die weitere Verbesserung des Zins- und Liquiditätsmanagements ist die Zinsbelastung zu minimieren. Die Optimierungsmöglichkeiten konzentrieren sich derzeit auf den Bereich der Kredite zur Sicherung der Zahlungsfähigkeit. Hierzu werden aktuell alterna-												

Maßnahme-Nr.	Maßnahme	Erläuterung
		<p>tive Möglichkeiten zur Steuerung des Zinsänderungsrisikos geprüft. Darüber hinaus soll zur Einführung eines Cashmanagements der Stadt Neubrandenburg mit den Eigengesellschaften und Eigenbetrieben in einem ersten Schritt eine Rahmenvereinbarung mit der NEUWOGES zum Liquiditätstausch abgeschlossen werden.</p> <p>Mögliche Einsparungen sind noch zu ermitteln.</p>
2007/1/2	Einführung der elektronischen Archivierung der Kassenbelege	<p>Nach der nunmehr geplanten Einführung eines dezentralen Erfassungsclients und elektronischen Signaturpads wird die Erstellung automatisierter Auszahlungsanordnungen ermöglicht. Im Ergebnis der Umsetzung wird eine Stellenreduzierung von 0,6 VzÄ erwartet.</p> <p>Die Einsparung wird unter der Maßnahme 2006/1/1 nachgewiesen.</p>
2007/1/3	Schaffung einer Schnittstelle für die Fachsoftware Vollstreckung und mps	<p>Nach Einführung der Schnittstelle vom Bußgeldverfahren zu MPS-NF erfolgt die Weiterleitung der offenen Forderungen aus MPS-NF auf elektronischem Weg an die Fachsoftware der Vollstreckung. Im Ergebnis der Umsetzung wird eine Stellenreduzierung von 0,2 VzÄ erwartet.</p> <p>Die Einsparung wird unter der Maßnahme 2006/1/1 nachgewiesen.</p>
2009/1/2	Automatische Verbuchung der Kontoumsätze	<p>Die Einführung notwendiger Voraussetzungen für eine automatische Verbuchung der Kontoumsätze ist fortzuführen. Nach Schaffung der Schnittstelle vom Bußgeldverfahren zu MPS-NF wird ein erneuter Testlauf stattfinden. Nach erfolgreicher Umsetzung wird ein Einsparpotenzial von mindestens 1,0 VzÄ erwartet.</p> <p>Die Einsparung wird unter der Maßnahme 2006/1/1 nachgewiesen.</p>
2011/1/2	Überprüfung der Eingruppierungen und Bewertungen für die nach Aufgaben- und Personalübergang an den neuen Landkreis bei der Stadt Neubrandenburg verbleibenden Beschäftigten und Beamten	<p>Alle Stellen, die nach Kreisstrukturreform unmittelbar bzw. mittelbar von möglichen Aufgabenneuordnungen betroffen sind, werden einer Überprüfung und Bewertung unterzogen. Nach derzeitigem Arbeitsstand betrifft dies 27 Stellen.</p> <p>Mögliche Einsparungen sind im Ergebnis der Prüfung zu ermitteln.</p>
2012/1/1 (alt 2011/2/1)	Prüfung der Möglichkeiten der Senkung der Aufwendungen der Stadt als Wohnsitzgemeinde für die Förderung von Kindern in	<p>Die Stadt Neubrandenburg hat gemäß § 20 KiföG M-V mindestens 50 % des nach Abzug der Förderanteile des Landes und des örtlichen Trägers der öffentlichen Jugendhilfe verbleibenden Finanzierungsbedarfes des in Anspruch genommenen Platzes als Wohn-</p>

Maßnahme-Nr.	Maßnahme	Erläuterung														
	Tageseinrichtungen und Tagespflege	<p>sitzgemeinde für die Förderung von Kindern in Tageseinrichtungen und Tagespflege zu zahlen. Die Einflussmöglichkeiten der Stadt Neubrandenburg beschränken sich auf das durch den Landkreis MSP als örtlicher Träger der Jugendhilfe gemäß § 16 KiföG M-V herzustellende Einvernehmen zu den mit den Einrichtungsträgern abzuschließenden Vereinbarungen über Leistung, Entgelt und Qualitätsentwicklung. Der Landkreis MSP teilte der Stadt Neubrandenburg mit, dass er keine Neuverhandlung der für 2011 bestehenden Vereinbarungen vorgesehen hat. Da die Einrichtungsträger gemäß § 16 Abs. 1 KiföG M-V verpflichtet sind, die Einnahmen und Ausgaben der zuletzt abgerechneten Wirtschaftsperiode nachvollziehbar, transparent sowie durch Nachweise belegt vorzulegen, hat die Stadt Neubrandenburg zunächst um Übergabe der Abrechnungen für das Jahr 2010 gebeten. Nur nach Prüfung dieser Abrechnungen und unter Berücksichtigung der Planungen der Einrichtungsträger für 2012 ist eine sachgerechte Entscheidung bezüglich der Fortführung oder der Neuverhandlung der Leistungsvereinbarungen möglich. Gegenwärtig bestehen dazu noch unterschiedliche Auffassungen zwischen dem Landkreis MSP und der Stadt Neubrandenburg.</p> <p>Mögliche Einsparungen sind nach Vorlage der Leistungsvereinbarungen für das jeweilige Folgejahr zu ermitteln.</p>														
2012/1/2	Anpassung des Vertrages zur Anmietung der Telefonanlage nach Umsetzung des LNOG	<p>Der bestehende Vertrag zur Anmietung der Telefonanlage ist nach Umsetzung der Kreisgebietsreform an die geringere Anzahl der Arbeitsplätze der Stadt Neubrandenburg anzupassen. Daraus werden folgende Einsparungen erwartet:</p> <table border="1" data-bbox="952 1011 1982 1176"> <thead> <tr> <th data-bbox="952 1011 1272 1094">Einsparungen in TEUR (Basis Planentwurf 2012)</th> <th data-bbox="1272 1011 1391 1094">2012</th> <th data-bbox="1391 1011 1509 1094">2013</th> <th data-bbox="1509 1011 1628 1094">2014</th> <th data-bbox="1628 1011 1747 1094">2015</th> <th data-bbox="1747 1011 1865 1094">2016</th> <th data-bbox="1865 1011 1982 1094">2017</th> </tr> </thead> <tbody> <tr> <td data-bbox="952 1094 1272 1176">Reduzierung Miete Telefonanlage</td> <td data-bbox="1272 1094 1391 1176">60,0</td> <td data-bbox="1391 1094 1509 1176">120,0</td> <td data-bbox="1509 1094 1628 1176">120,0</td> <td data-bbox="1628 1094 1747 1176">120,0</td> <td data-bbox="1747 1094 1865 1176">120,0</td> <td data-bbox="1865 1094 1982 1176">120,0</td> </tr> </tbody> </table>	Einsparungen in TEUR (Basis Planentwurf 2012)	2012	2013	2014	2015	2016	2017	Reduzierung Miete Telefonanlage	60,0	120,0	120,0	120,0	120,0	120,0
Einsparungen in TEUR (Basis Planentwurf 2012)	2012	2013	2014	2015	2016	2017										
Reduzierung Miete Telefonanlage	60,0	120,0	120,0	120,0	120,0	120,0										

Maßnahme-Nr.	Maßnahme	Erläuterung
<b>Fachbereich 2</b>		
2006/2/1	Optimierung der Aufgaben- und Verwaltungsstruktur des Fachbereiches 2 zur Reduzierung der Personal- und Verwaltungsaufwendungen	<p>Durch Umsetzung der im Personalkonzept Punkt 3.3.1 enthaltenen Einsparvorgaben zur Stellenausstattung und Maßnahmen sollen weitere Reduzierungen der Personalaufwendungen erreicht werden. Die Konsolidierung ist durch eine gezielte Personalentwicklung im Rahmen der Fortschreibung des Personalentwicklungskonzeptes des FB 2 zu begleiten. Sie soll sicherstellen, dass die Verwaltungsaufgaben trotz Personalabbaus dauerhaft in guter Qualität erfüllt werden können.</p> <p>Im FB sind die Soll-Einsparungen bereits durch kw-Vermerke untersetzt und die dementsprechenden Einsparungen der Personalaufwendungen in der mittelfristigen Planung berücksichtigt. Darüber hinaus werden auch Einsparungen für den Sachaufwand erwartet, deren Höhe jedoch insbesondere von einer möglichen Reduzierung der Mietaufwendungen abhängig ist.</p> <p>Die Aufgaben- und Verwaltungsstruktur des Fachbereiches ist mit der Zielsetzung der Vergrößerung der Leistungsspannen im Bereich neu auszurichten. Vor dem Hintergrund des Aufgabenüberganges an den Landkreis MSP (LNOG) tritt die Absenkung von Fallzahlen bei den verbliebenen Querschnittsaufgaben ein und der Anteil schwierigerer Aufgaben sinkt. Damit ist eine Verdichtung höherwertiger Aufgaben auf weniger Stellen/Planstellen möglich. An dieser Entwicklung sind die Sach- und Personalkosten auszurichten.</p> <p>Die Prüfergebnisse sind der Stadtvertretung bis zum 30.9.2012 vorzulegen.</p>
2012/2/1 (alt 2011/BM/1)	Übertragung von errichtetem Ver- und Entsorgungsinfrastrukturvermögen an die Neubrandenburger Stadtwerke GmbH (neu.sw)	Ein Vereinbarungsentwurf zur Veräußerung von Anlagevermögen aus im Rahmen städtebaulicher Erschließungsmaßnahmen errichteten Ver- und Entsorgungsanlagen an neu.sw wird gegenwärtig abgestimmt. Der Verkaufserlös soll zur teilweisen Deckung des ausgleichenden Verlustes im Städtebaulichen Sondervermögen „Wolgaster Straße“ eingesetzt werden. Im Planentwurf 2012 des SSV Wolgaster Straße sind Erträge von 1.863,3 TEUR veranschlagt.
2012/2/2	Reduzierung des Zuschusses für Maßnahmen der Beschäftigungsförderung und	Alle Maßnahmen der Beschäftigungsförderung und Arbeitsgelegenheiten sind unter der Maßgabe der veränderten Rahmenbedingungen nach Umsetzung der Kreisgebietsreform

Maßnahme-Nr.	Maßnahme	Erläuterung														
	Arbeitsgelegenheiten	<p>und der neuen Aufgabenstruktur hinsichtlich weiterer Einsparpotenziale zu prüfen. Daraus werden folgende Mindesteinsparungen erwartet:</p> <table border="1"> <thead> <tr> <th>Einsparungen in TEUR (Basis Planentwurf 2012)</th> <th>2012</th> <th>2013</th> <th>2014</th> <th>2015</th> <th>2016</th> <th>2017</th> </tr> </thead> <tbody> <tr> <td>5.7.1.01- Wirtschaftsförderung</td> <td>25,0</td> <td>60,0</td> <td>60,0</td> <td>60,0</td> <td>60,0</td> <td>60,0</td> </tr> </tbody> </table>	Einsparungen in TEUR (Basis Planentwurf 2012)	2012	2013	2014	2015	2016	2017	5.7.1.01- Wirtschaftsförderung	25,0	60,0	60,0	60,0	60,0	60,0
Einsparungen in TEUR (Basis Planentwurf 2012)	2012	2013	2014	2015	2016	2017										
5.7.1.01- Wirtschaftsförderung	25,0	60,0	60,0	60,0	60,0	60,0										
<b>Fachbereich 3</b>																
2006/3/1	Optimierung der Aufgaben- und Verwaltungsstruktur des Fachbereiches 3 zur Reduzierung der Personal- und Verwaltungsaufwendungen	<p>Durch Umsetzung der im Personalkonzept Punkt 3.3.1 enthaltenen Einsparvorgaben zur Stellenausstattung und Maßnahmen sollen weitere Reduzierungen der Personalaufwendungen erreicht werden. Die Konsolidierung ist durch eine gezielte Personalentwicklung im Rahmen der Fortschreibung des Personalentwicklungskonzeptes des FB 3 zu begleiten. Sie soll sicherstellen, dass die Verwaltungsaufgaben trotz Personalabbaus dauerhaft in guter Qualität erfüllt werden können.</p> <p>Aus der Umsetzung dieser Maßnahmen werden über die bereits in der mittelfristigen Planung berücksichtigten Einsparungen aus kw-Vermerken nachfolgende Einsparungen der Personalaufwendungen erwartet. Darüber hinaus werden auch Einsparungen für den Sachaufwand erwartet, deren Höhe jedoch insbesondere von einer möglichen Reduzierung der Mietaufwendungen abhängig ist.</p> <table border="1"> <thead> <tr> <th>Einsparungen in TEUR (Basis Planentwurf 2012)</th> <th>2013</th> <th>2014</th> <th>2015</th> <th>2016</th> <th>2017</th> </tr> </thead> <tbody> <tr> <td>Teilhaushalt 4 - Senkung der Personalaufwendungen</td> <td>44,0</td> <td>44,0</td> <td>44,0</td> <td>44,0</td> <td>44,0</td> </tr> </tbody> </table> <p>Die Aufgaben- und Verwaltungsstruktur des Fachbereiches ist mit der Zielsetzung der Vergrößerung der Leistungsspannen im Bereich neu auszurichten. Vor dem Hintergrund</p>	Einsparungen in TEUR (Basis Planentwurf 2012)	2013	2014	2015	2016	2017	Teilhaushalt 4 - Senkung der Personalaufwendungen	44,0	44,0	44,0	44,0	44,0		
Einsparungen in TEUR (Basis Planentwurf 2012)	2013	2014	2015	2016	2017											
Teilhaushalt 4 - Senkung der Personalaufwendungen	44,0	44,0	44,0	44,0	44,0											

Maßnahme-Nr.	Maßnahme	Erläuterung												
		<p>des Aufgabenüberganges an den Landkreis MSP (LNOG) tritt die Absenkung von Fallzahlen bei den verbliebenen Querschnittsaufgaben ein und der Anteil schwierigerer Aufgaben sinkt. Damit ist eine Verdichtung höherwertiger Aufgaben auf weniger Stellen/Planstellen möglich. An dieser Entwicklung sind die Sach- und Personalkosten auszurichten.</p> <p>Die Prüfergebnisse sind der Stadtvertretung bis zum 30.9.2012 vorzulegen.</p>												
2008/3/3	Zusammenarbeit der Kfz-Zulassungs- und Fahrerlaubnisbehörden der Stadt Neubrandenburg und des Landkreises MSP	<p>Die Dienste der Kfz-Zulassungs- und Führerscheinstelle der Stadt Neubrandenburg sollen auch für Bewohner des Landkreises MSP außerhalb der Stadt Neubrandenburg bereitgestellt werden. Dazu ist der Abschluss einer Verwaltungsvereinbarung mit dem Landkreis MSP beabsichtigt.</p> <p>Mögliche Einsparungen sind noch zu ermitteln.</p>												
2011/3/1	Überarbeitung des Konzepts zur Vermeidung bzw. Minderung von Wohnungslosigkeit sowie Neuausrichtung des Vertrages zur Wahrnehmung der Aufgaben der ambulanten Wohnungsnotfallhilfe	<p>Die Vereinbarung mit dem ASB zur Wahrnehmung der ambulanten Wohnungsnotfallhilfe endete vertragsgemäß am 31.12.11. Mit der Kreisgebietsreform ist die Stadt lediglich für die Bearbeitung der Obdachlosenangelegenheiten im Rahmen der pflichtgemäßen Gefahrenabwehr (Unterbringung unfreiwillig Obdachloser) zuständig. Dazu wurde mit dem ASB eine Anschlussvereinbarung abgeschlossen. Unter Berücksichtigung der tatsächlichen Belegungszahlen wird die bisher vorgehaltene Bettenzahl im Laufe des Jahres 2012 von 64 auf 46 reduziert. Die Aufwendungen reduzieren sich damit von 470 TEUR auf 340 TEUR für das Jahr 2012. Für die Folgejahre wird eine weitere jährliche Einsparung i. H. v. rd. 70 TEUR erwartet.</p> <table border="1" data-bbox="952 1039 1964 1208"> <thead> <tr> <th data-bbox="952 1039 1267 1125">Einsparungen in TEUR (Basis Planentwurf 2012)</th> <th data-bbox="1267 1039 1406 1125">2013</th> <th data-bbox="1406 1039 1543 1125">2014</th> <th data-bbox="1543 1039 1682 1125">2015</th> <th data-bbox="1682 1039 1818 1125">2016</th> <th data-bbox="1818 1039 1964 1125">2017</th> </tr> </thead> <tbody> <tr> <td data-bbox="952 1125 1267 1208">3.1.5.01 - Senkung der Sachaufwendungen</td> <td data-bbox="1267 1125 1406 1208">70,0</td> <td data-bbox="1406 1125 1543 1208">70,0</td> <td data-bbox="1543 1125 1682 1208">70,0</td> <td data-bbox="1682 1125 1818 1208">70,0</td> <td data-bbox="1818 1125 1964 1208">70,0</td> </tr> </tbody> </table>	Einsparungen in TEUR (Basis Planentwurf 2012)	2013	2014	2015	2016	2017	3.1.5.01 - Senkung der Sachaufwendungen	70,0	70,0	70,0	70,0	70,0
Einsparungen in TEUR (Basis Planentwurf 2012)	2013	2014	2015	2016	2017									
3.1.5.01 - Senkung der Sachaufwendungen	70,0	70,0	70,0	70,0	70,0									
2012/3/1	Zusammenlegung der Bereiche Bürgerbüro und Pass- und Meldewesen	Zur besseren Auslastung der vorhandenen Kapazitäten sollen die Bereiche Bürgerbüro und Pass- und Meldewesen zusammengelegt werden. Dazu wird das vorliegende Konzept aus 2009 aufgegriffen und unter Berücksichtigung der Ergebnisse der derzeitigen Prüfung von Kooperationsmöglichkeiten der Kfz-Zulassung und der Führerscheinstelle												

Maßnahme-Nr.	Maßnahme	Erläuterung
		<p>mit dem Landkreis MSP ein Struktur- und Umsetzungsvorschlag erarbeitet. Ziel ist es, die im Konzept 2009 ausgewiesene Soll-Stellenausstattung von 16,04 VzÄ (Ist 2012: 21,0 VzÄ ohne Infothek/Telefonie, Leitung/Assistenz) unter Berücksichtigung der Aufgabenentwicklung und Aufgabenkritik umzusetzen.</p> <p>Mögliche Einsparungen sind noch zu ermitteln.</p>
Fachbereich 8		
2010/8/1	Optimierung der Leistungen der Regionalbibliothek unter Nutzung von Kooperationsmöglichkeiten	<p>Nach der erfolgten Verständigung mit den Städten Demmin, Malchin, Neustrelitz und Waren zu den Projekten Netzwerk „Bibliotheksoftware Mecklenburgische Seenplatte“, „Digitale Bibliothek“ (onleihe) und Datenbank „Munzinger Online“ soll die Umsetzung der Einrichtung über ein Förderprogramm realisiert werden, um die Angebote durch alle angeschlossenen Bibliotheken nutzen zu können.</p> <p>Mögliche Einsparungen sind noch zu ermitteln.</p>
2010/8/2	Anpassung der Entgeltordnung der Städtischen Museen	<p>In Vorbereitung der Inbetriebnahme der Ausstellungen des Regionalmuseums im Franziskanerkloster erfolgt eine weitere Anpassung der Entgeltordnung der Städtischen Museen. Diese soll zum 01.01.13 in Kraft treten.</p> <p>Mögliche Einsparungen sind noch zu ermitteln.</p>
2010/8/4	Optimierung der Aufgaben- und Verwaltungsstruktur des Fachbereiches 8 zur Reduzierung der Personal- und Verwaltungsaufwendungen	<p>Durch Umsetzung der im Personalkonzept Punkt 3.3.1 enthaltenen Einsparvorgaben zur Stellenausstattung und Maßnahmen sollen weitere Reduzierungen der Personalaufwendungen erreicht werden. Die Konsolidierung ist durch eine gezielte Personalentwicklung im Rahmen der Fortschreibung des Personalentwicklungskonzeptes des FB 8 zu begleiten. Sie soll sicherstellen, dass die Verwaltungsaufgaben trotz Personalabbaus dauerhaft in guter Qualität erfüllt werden können.</p> <p>Aus der Umsetzung dieser Maßnahmen werden über die bereits in der mittelfristigen Planung berücksichtigten Einsparungen aus kw-Vermerken nachfolgende Einsparungen der Personalaufwendungen erwartet. Darüber hinaus werden auch Einsparungen für den Sachaufwand erwartet, deren Höhe jedoch insbesondere von einer möglichen Reduzierung der Mietaufwendungen abhängig ist.</p>

Maßnahme-Nr.	Maßnahme	Erläuterung														
		<table border="1"> <thead> <tr> <th>Einsparungen in TEUR (Basis Planentwurf 2012)</th> <th>2013</th> <th>2014</th> <th>2015</th> <th>2016</th> <th>2017</th> </tr> </thead> <tbody> <tr> <td>Teilhaushalt 8 - Senkung der Personalauf- wendungen</td> <td>0,0</td> <td>31,9</td> <td>31,9</td> <td>31,9</td> <td>117,7</td> </tr> </tbody> </table> <p>Die Aufgaben- und Verwaltungsstruktur des Fachbereiches ist mit der Zielsetzung der Vergrößerung der Leistungsspannen im Bereich neu auszurichten. Vor dem Hintergrund des Aufgabenüberganges an den Landkreis MSP (LNOG) tritt die Absenkung von Fallzahlen bei den verbliebenen Querschnittsaufgaben ein und der Anteil schwierigerer Aufgaben sinkt. Damit ist eine Verdichtung höherwertiger Aufgaben auf weniger Stellen/Planstellen möglich. An dieser Entwicklung sind die Sach- und Personalkosten auszurichten. Die Prüfergebnisse sind der Stadtvertretung bis zum 30.9.2012 vorzulegen.</p>	Einsparungen in TEUR (Basis Planentwurf 2012)	2013	2014	2015	2016	2017	Teilhaushalt 8 - Senkung der Personalauf- wendungen	0,0	31,9	31,9	31,9	117,7		
Einsparungen in TEUR (Basis Planentwurf 2012)	2013	2014	2015	2016	2017											
Teilhaushalt 8 - Senkung der Personalauf- wendungen	0,0	31,9	31,9	31,9	117,7											
2011/8/2	Anpassung der Förderrichtlinie zur Sportstättennutzung	<p>Nach Umsetzung der Kreisgebietsreform ist nunmehr eine Aktualisierung der Förderrichtlinie zur Sportstättennutzung zum 01.07.2012 vorgesehen. Daraus werden folgende Einsparungen erwartet:</p> <table border="1"> <thead> <tr> <th>Einsparungen in TEUR (Basis Planentwurf 2012)</th> <th>2012</th> <th>2013</th> <th>2014</th> <th>2015</th> <th>2016</th> <th>2017</th> </tr> </thead> <tbody> <tr> <td>4.2.1.01 - Förderung des Sports</td> <td>30,0</td> <td>80,0</td> <td>80,0</td> <td>80,0</td> <td>80,0</td> <td>80,0</td> </tr> </tbody> </table>	Einsparungen in TEUR (Basis Planentwurf 2012)	2012	2013	2014	2015	2016	2017	4.2.1.01 - Förderung des Sports	30,0	80,0	80,0	80,0	80,0	80,0
Einsparungen in TEUR (Basis Planentwurf 2012)	2012	2013	2014	2015	2016	2017										
4.2.1.01 - Förderung des Sports	30,0	80,0	80,0	80,0	80,0	80,0										
2011/8/3	Senkung der Aufwendungen für die Sportstättenförderung durch eine Optimierung der Sportstättenauslastung	<p>Nach Umsetzung des LNOG ist eine Anpassung des Sportstättenentwicklungskonzeptes erforderlich. Zur Steuerung einer höchstmöglichen Auslastung der kostengünstigen Sportstätten der Stadt unter Beachtung der Bedingungen für die jeweilige Sportart ist ein Kriterienvergabekatalog zu erarbeiten.</p>														

Maßnahme-Nr.	Maßnahme	Erläuterung
		Mögliche Einsparungen sind noch zu ermitteln.
2011/8/4	Erwirkung der Förderung überregional bedeutsamer Sammlungen der Regionalbibliothek durch das Land M-V	Um die kulturhistorisch bedeutsamen Sammlungen der Regionalbibliothek als unverzichtbaren Bestandteil der Bibliotheksstruktur des Landes M-V und für die Region weiterhin vorhalten zu können, ist eine Förderung des Landes zu erwirken. Entsprechende Anträge sind gemeinsam mit dem Landkreis MSP zu stellen. Bisher liegt für die Erarbeitung einer Bibliothekskonzeption des Landes lediglich die Beauftragung einer Umfeldanalyse vor. In die Dokumente zur Aufgabenstellung für ein Landesbibliothekskonzept ist die Notwendigkeit kontinuierlicher Förderung überregional bedeutsamer Sammlungen aufzunehmen.  Mögliche Einsparungen ergeben sich im Ergebnis der Entscheidung des Landes.
2011/8/5	Prüfung der Möglichkeiten zur Reduzierung des Zuschusses für die Annalise-Wagner-Stiftung	Die Annalise-Wagner-Stiftung wurde bisher nicht in die Liste der zu fördernden Projekte durch den Landkreis MSP aufgenommen. Dazu sind weitere Gespräche notwendig. Weiterhin wird die Möglichkeit einer Absenkung der finanziellen Beteiligung durch die Stadt Neubrandenburg geprüft (zweijährlicher Turnus der Auslobung des Annalise-Wagner-Preises).  Mögliche Einsparungen sind noch zu ermitteln.
2011/8/6	Anpassung der Gebührenordnung des Stadtarchivs	Bei der nächsten Änderung der Verwaltungsgebührensatzung (bereits in Vorbereitung) werden die Gebühren für die Inanspruchnahme der Leistungen des Stadtarchivs angepasst. Ein interkommunaler Vergleich der aktuellen Archivgebührensatzungen der kreisfreien bzw. ehemals kreisfreien Städte M-V wird zugrunde gelegt.  Mögliche Einsparungen sind noch zu ermitteln.
2011/8/9	Prüfung einer Automatisierung der Verbuchungsplätze in der Regionalbibliothek	Mit der Realisierung des Vorhabens Umbau des Hauses der Kultur und Bildung (HKB) wird in der Regionalbibliothek eine moderne RFID-Technologie eingeführt. Die Planungen werden aufgrund eines kontinuierlichen Kontaktes zu den führenden Technologie-Anbietern laufend angepasst. Die Investitionen in Höhe von 211 TEUR werden im Haushalt 2012 als Verpflichtungsermächtigung für 2013 eingestellt. Den Investitionskosten stehen Stelleneinsparungen gegenüber.

Maßnahme-Nr.	Maßnahme	Erläuterung														
		Die Einsparungen werden unter der Maßnahme 2010/8/4 nachgewiesen.														
2011/8/10	Zusammenführung wertvoller literarischer Sammlungen und kulturhistorischer Archivgüter	<p>Zur Aufnahme, Digitalisierung und Bewertung der Sammlungen wurde mit einer Teilsammlung des Regionalmuseums begonnen.</p> <p>Zur Hebung der erwarteten Synergien durch die Zusammenführung von Archiven und Sammlungen der Stadt nach Realisierung des Umbaus des HKB ist zunächst ein Verbundkatalog bzw. ein sammlungsübergreifendes Rechercheportal zu schaffen. Die AG „Sammlungen“ im Städtischen Kulturbetrieb arbeitet an der Aufgabenbeschreibung zur Entwicklung eines Verbundkataloges für die Bibliotheken der Kultureinrichtungen und anderer Einrichtungen der Stadt sowie für die Bestandsnachweise des Stadtarchivs und der Musealen des Regionalmuseums.</p> <p>Mögliche Einsparungen sind noch zu ermitteln.</p>														
2012/8/1	Reduzierung der Sportförderung	<p>In Umsetzung des Beschlusses des Kooperationsstabes 40-2011 vom 11.08.11 zur Sportförderung werden folgende Einsparungen erwartet:</p> <table border="1"> <thead> <tr> <th>Einsparungen in TEUR (Basis Planentwurf 2012)</th> <th>2012</th> <th>2013</th> <th>2014</th> <th>2015</th> <th>2016</th> <th>2017</th> </tr> </thead> <tbody> <tr> <td>4.2.1.01 – Förderung des Sports</td> <td>210,0</td> <td>210,0</td> <td>210,0</td> <td>210,0</td> <td>210,0</td> <td>210,0</td> </tr> </tbody> </table>	Einsparungen in TEUR (Basis Planentwurf 2012)	2012	2013	2014	2015	2016	2017	4.2.1.01 – Förderung des Sports	210,0	210,0	210,0	210,0	210,0	210,0
Einsparungen in TEUR (Basis Planentwurf 2012)	2012	2013	2014	2015	2016	2017										
4.2.1.01 – Förderung des Sports	210,0	210,0	210,0	210,0	210,0	210,0										
SIM																
2010/9/1	Senkung des Zuschusses für den Bereich Straße/Grün	Für das Haushaltsjahr 2012 wird durch den Abschluss eines Gestattungsvertrages mit der Neubrandenburger Stadtwerke GmbH (neu.sw) zur Grundstücksnutzung für Fernwärmanlagen in Umsetzung der HSK-Maßnahme-Nr. 2011/BM/8 ein verringerter Zuschussbedarf i. H. v. mindestens 200 TEUR für den Bereich Straße/Grün erwartet. Der Vertrag befindet sich in der Abstimmung und soll mit Wirkung ab 2012 und einer Pauschalregelung für Vorjahre abgeschlossen werden. Nach Abschluss des Vertrages ist der Planansatz für 2012 ggf. anzupassen.														

Maßnahme-Nr.	Maßnahme	Erläuterung												
		<p>Weitere Absenkungen des Zuschussbedarfes sind nur über konsequente Nichtbewirtschaftung von Flächen oder Entgelterhebung von Dritten möglich.</p> <p>Mögliche Einsparungen sind noch zu ermitteln.</p>												
2010/9/2	Senkung der Mietaufwendungen für die Verwaltung	<p>Nach Auszug der Mitarbeiter des Landkreises MSP aus dem Rathaus, dem Abschluss der Rathaussanierung und dem Freizug des Anbaus wird eine Senkung der Mietaufwendungen für die Verwaltung insbesondere durch eine Reduzierung der Betriebskosten erwartet. Nach derzeitigem Planungsstand wird nach Durchführung der energetischen Sanierung von einer Ersparnis an Fernwärmekosten von ca. 25 % ausgegangen. Dies entspricht unter der Annahme gleichbleibender Fernwärmepreise und der Fertigstellung der Baumaßnahme in 2014 einer jährlichen Einsparung ab 2015 i. H. v. rd. 30 TEUR.</p> <table border="1"> <thead> <tr> <th>Einsparungen in TEUR (Basis Planentwurf 2012)</th> <th>2013</th> <th>2014</th> <th>2015</th> <th>2016</th> <th>2017</th> </tr> </thead> <tbody> <tr> <td>Senkung der Mietaufwendungen in der Verwaltung</td> <td>0,0</td> <td>0,0</td> <td>30,0</td> <td>30,0</td> <td>30,0</td> </tr> </tbody> </table>	Einsparungen in TEUR (Basis Planentwurf 2012)	2013	2014	2015	2016	2017	Senkung der Mietaufwendungen in der Verwaltung	0,0	0,0	30,0	30,0	30,0
Einsparungen in TEUR (Basis Planentwurf 2012)	2013	2014	2015	2016	2017									
Senkung der Mietaufwendungen in der Verwaltung	0,0	0,0	30,0	30,0	30,0									

### 4.3 Zusammenfassung über die Auswirkungen der finanziellen Verbesserung der Einzelmaßnahmen zur Haushaltssicherung bis 2017

#### 4.3.1 Auswirkungen auf den Ergebnishaushalt

(Angaben in TEUR)

Bereich	Veränderung Haushaltsjahr 2012 (Basis Plan 2012)	Veränderung Haushaltsjahr 2013 (Basis Plan 2012)	Veränderung Haushaltsjahr 2014 (Basis Plan 2012)	Veränderung Haushaltsjahr 2015 (Basis Plan 2012)	Veränderung Haushaltsjahr 2016 (Basis Plan 2012)	Veränderung Haushaltsjahr 2017 (Basis Plan 2012)
Allgemeine Maßnahmen insgesamt	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Gesamt Büro OB	0,0	22,0	66,0	66,0	66,0	66,0
Gesamt Beteiligungsmanagement	159,8	284,8	284,8	284,8	1.559,8	1.559,8
Gesamt FB 1	60,0	208,0	296,1	361,6	361,6	361,6
Gesamt FB 2	25,0	60,0	60,0	60,0	60,0	60,0
Gesamt FB 3	0,0	114,0	114,0	114,0	114,0	114,0
Gesamt FB 8	240,0	290,0	321,9	321,9	321,9	407,7
Gesamt SIM	0,0	0,0	0,0	30,0	30,0	30,0
<b>Maßnahmen insgesamt</b>	<b>484,8</b>	<b>978,8</b>	<b>1.142,8</b>	<b>1.238,3</b>	<b>2.513,3</b>	<b>2.599,1</b>
nachrichtlich: Jahresergebnis lt. Haushaltsplan 2012 ohne HSK	-5.045,9	-6.903,3	-2.468,6	-407,1	-407,1	-407,1
Jahresergebnis unter Berücksichtigung HSK	-4.561,1	-5.924,5	-1.325,8	831,2	2.106,2	2.192,0

#### 4.3.2 Auswirkungen auf den Saldo der ordentlichen und außerordentlichen Ein- und Auszahlungen des Finanzhaushaltes

(Angaben in TEUR)

Bereich	Veränderung Haushaltsjahr 2012 (Basis Plan 2012)	Veränderung Haushaltsjahr 2013 (Basis Plan 2012)	Veränderung Haushaltsjahr 2014 (Basis Plan 2012)	Veränderung Haushaltsjahr 2015 (Basis Plan 2012)	Veränderung Haushaltsjahr 2016 (Basis Plan 2012)	Veränderung Haushaltsjahr 2017 (Basis Plan 2012)
Allgemeine Maßnahmen insgesamt	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Gesamt Büro OB	0,0	22,0	66,0	66,0	66,0	66,0
Gesamt Beteiligungsmanagement	159,8	284,8	284,8	284,8	1.559,8	1.559,8
Gesamt FB 1	60,0	208,0	296,1	361,6	361,6	361,6
Gesamt FB 2	25,0	60,0	60,0	60,0	60,0	60,0
Gesamt FB 3	0,0	114,0	114,0	114,0	114,0	114,0
Gesamt FB 8	240,0	290,0	321,9	321,9	321,9	407,7
Gesamt SIM	0,0	0,0	0,0	30,0	30,0	30,0
<b>Maßnahmen insgesamt</b>	<b>484,8</b>	<b>978,8</b>	<b>1.142,8</b>	<b>1.238,3</b>	<b>2.513,3</b>	<b>2.599,1</b>
nachrichtlich: Saldo der ordentlichen und außerordentlichen Ein- und Auszahlungen lt. Haushaltsplan 2012 ohne HSK	-2.009,8	-4.631,9	-299,0	1.605,9	1.605,9	1.605,9
Saldo der ordentlichen und außerordentlichen Ein- und Auszahlungen lt. Haushaltsplan 2012 unter Berücksichtigung HSK	-1.525,0	-3.653,1	843,8	2.844,2	4.119,2	4.205,0

## 5. Haushaltsausgleich

Durch die Umsetzung der in diesem Haushaltssicherungskonzept ausgewiesenen Maßnahmen kann erstmals im Jahr 2015 ein Jahresüberschuss in Höhe von rd. 1,1 Mio. EUR erreicht werden.

Im Finanzhaushalt wird erstmals 2015 ein positiver Saldo der ordentlichen und außerordentlichen Ein- und Auszahlungen im Haushaltsplan 2012 ausgewiesen. Allerdings reicht dieser nicht aus, um die planmäßige Tilgung von Investitionskrediten zu erwirtschaften. Erst danach kann damit begonnen werden, den Kredit zur Sicherung der Zahlungsfähigkeit abzutragen. Auch mit Umsetzung der Haushaltssicherungsmaßnahmen wird der Kredit zur Sicherung der Zahlungsfähigkeit bis dahin auf ca. 95,0 Mio. EUR ansteigen.

## Personalkonzept der Stadt Neubrandenburg 2012 bis 2017

### Inhaltsverzeichnis

1	Ausgangslage	2
1.1	Verwaltungsstruktur	2
1.2	Entwicklung Stellen und Personalaufwand der Verwaltung	3
1.3	Personalbestand der Verwaltung	5
1.3.1	Personalbestand	5
1.3.2	Altersstruktur	5
1.3.3	Krankenstand	6
1.3.4	Ausbildung	7
1.4	Personalaufwand der Verwaltung	8
1.4.1	Personalaufwand nach Fachbereichen 2012 im Vergleich zum Vorjahr	8
1.4.2	Interkommunaler Vergleich der Personalausgaben	9
2	Abrechnung der Maßnahmen aus dem Personalkonzept 2011 – 2016	11
3	Maßnahmen der Verwaltung 2012 – 2017	13
3.1	Maßnahmen und Einsparpotenzial der Verwaltung	13
3.2	Maßnahmen der Fachbereiche	16
3.2.1	OB-Bereich	16
3.2.2	FB 1 Innere Verwaltung	16
3.2.3	FB 2 Stadtplanung, Wirtschaft und Bauordnung	17
3.2.4	FB 3 Sicherheit und Ordnung	17
3.2.5	FB 8 Schule, Kultur, Sport	17

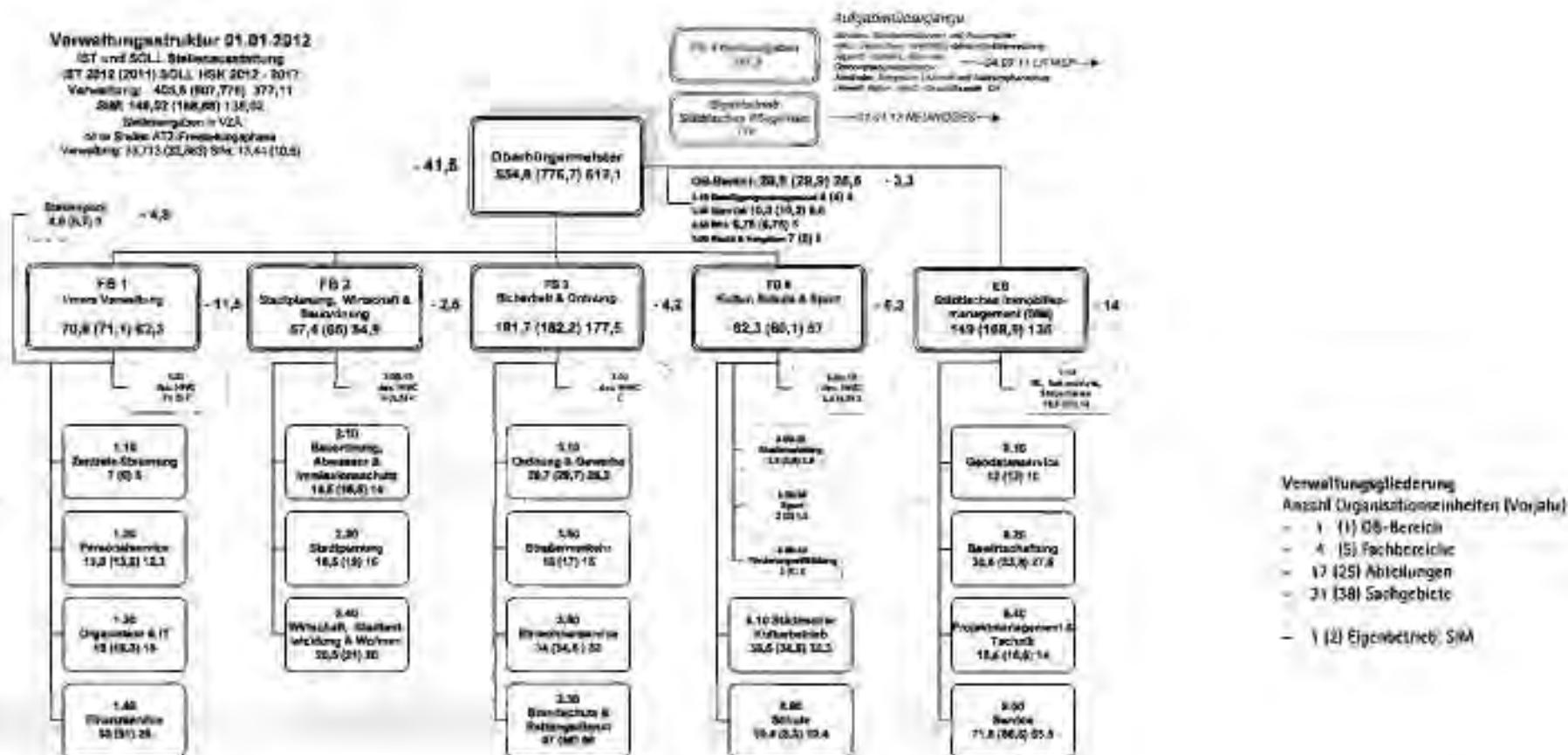
### Anlagenverzeichnis

Anlage 1	Stellen, Besetzung und Altersabgänge nach Fachbereichen, freie und freiwerdende Stellen
Anlage 2	Abrechnung der HSK-Maßnahmen aus dem Personalkonzept 2011 – 2016
Anlage 3	Einsparpotenzial aus Stellenabbau 2012 – 2017
Anlage 4	Fortschreibung der SOLL-Stellenausstattung der Fachbereiche

# Personalkonzept der Stadt Neubrandenburg 2012 bis 2017

## 1 Ausgangslage

### 1.1 Verwaltungsstruktur



## 1.2 Entwicklung Stellen und Personalaufwand der Verwaltung

Die Stadt Neubrandenburg hat weiter kontinuierlich an der Einsparung des Personalaufwandes durch Reduzierung ihres Stellen- und Aufgabenbestandes gearbeitet. Gegenüber dem Basisjahr wurden der Personalaufwand um 56,2 % und der Stellenbestand um 62,4 % gesenkt. Der Stellenplan 2012 weist 439,3 VZÄ aus. Darin enthalten sind 33,7 VZÄ Ersatzstellen für Personal in der ATZ-Freistellungsphase. Insgesamt tragen 50,5 VZÄ einen kw - Vermerk. In Umsetzung der kw - Vermerke können 42,4 VZÄ bis zum 31.12.2016 abgebaut werden. Weitere 17,8 VZÄ sind per 01.01.2012 nicht besetzt. Da von internen Nachbesetzungen auszugehen ist, liegt hier ein weiteres Einsparpotenzial an Stellen. Es wird eine SOLL-Stellenausstattung von 377,1 VZÄ angestrebt (siehe Punkt 3).

Die Entwicklung der Stellen und des Personalaufwandes stellt sich wie folgt dar:

Jahr	Einwohner		Personalaufwand (RE/Plan)			Stellen (Stellenplan)			Kennzahlen		
	31.12. d. J.	Veränderungen zum Vorjahr	Personalaufwand	Veränderungen zum Vorjahr	INDEX 2003 = 100 %	Stellen	Veränderungen zum Vorjahr	INDEX 2003 = 100 %	Personalaufwand je Bew.	Personalaufwand je Stelle	Stellen je 1.000 Einw.
	EW	EW	EUR	EUR	%	VZÄ	VZÄ	%	EUR/EW	EUR/VZÄ	VZÄ/EW
2003	69.157	-1.084	43.980	-1.517	100,0	1169,2	-44,4	100,0	636	37.615	16,9
2004	68.451	-706	42.799	-1.181	97,3	1087,9	-81,3	93,0	625	39.341	15,9
2005	68.188	-263	32.367	-0.432	73,6	807,7	-280,2	69,1	475	40.073	11,8
2006	67.517	-671	30.301	-2.066	68,9	752,3	-55,4	64,3	449	40.278	11,1
2007	66.735	-782	29.323	-978	66,7	725,3	-27,0	62,0	439	40.429	10,9
2008	65.879	-856	30.580	1.257	69,5	695,3	-29,0	59,6	464	43.918	10,6
2009	65.137	-742	32.011	1.431	72,8	688,0	-8,3	58,8	491	46.525	10,6
2010	65.282	145	28.350	-3.661	64,5	649,9	-38,2	55,6	434	43.625	10,0
2011	65.028	-254	28.821	471	65,5	640,6	-9,3	54,8	443	44.991	9,9
2012	65.028	0	19.281	-9.540	43,8	439,3	-201,3	37,6	297	43.889	6,8
<b>Nachrichtlich mit Eigenbetrieb SIM</b>											
2012	65.028	0	26.462	-10.119	60,2	601,8	-218,2	51,6	407	43.973	8,3

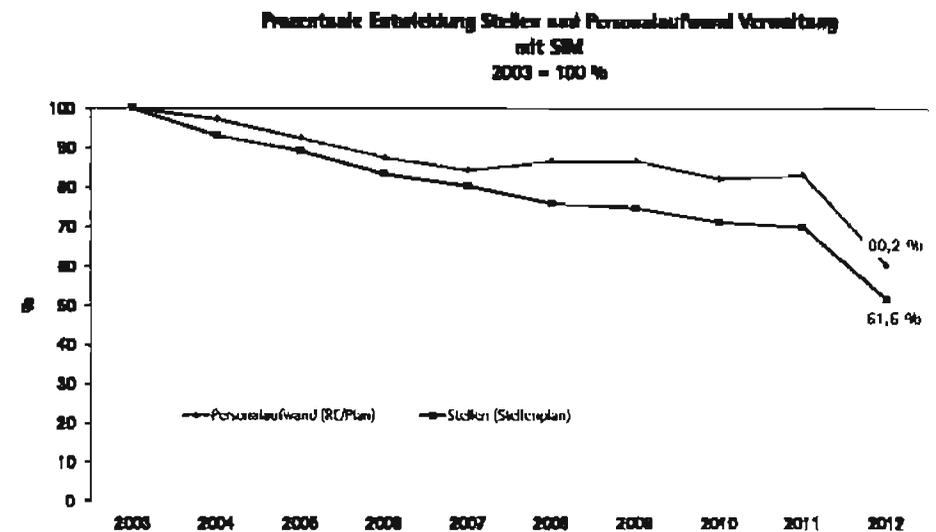
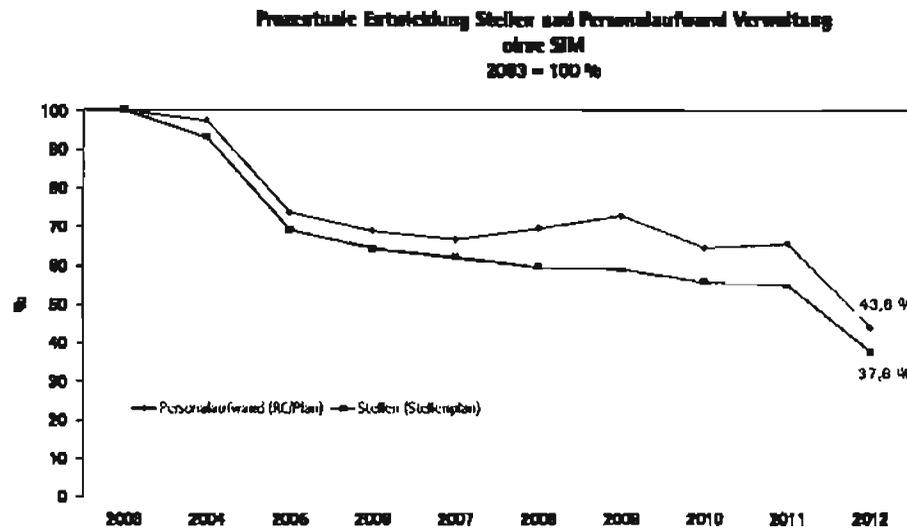
### Quellen

Einwohner: Statistisches Landesamt M-V, Statistische Berichte, amtliche Bevölkerung per 31.12. d. J.: 2011/12 per 30.06.2011

Personalaufwand (ohne Rückstellungen): 2003 - 2007 = Rechnungsergebnis (RE); 2008 - 2012 = Ergebnishaushalt, Kostengruppe 50

Anmerkung: 2010 wurde gegenüber dem Vorjahr die Zuführungen zu den Pensions- und Beihilferückstellungen bei der aktiven Beamten der Produktion zugeordnet (vorher zentral). Gleichzeitig werden die Beiträge zur Versorgungskasse Beamte (1,9 Mio Euro) nicht mehr bei den Produzenten, sondern zentral geplant (Kostengruppe 51). Damit verändert sich der Brutto Personalaufwand für die einzelnen Beamten im Planentwurf 2010. Im Saldo bleibt es haushaltsneutral.

Prozentuale Entwicklung Stellen und Personalaufwand



Anmerkungen:

- 2005 Ausgliederung der Bereiche Liegenschaften (alle kommunalen Liegenschaften), Hochbau, Vermessung, Straßen, Grünflächen in den Eigenbetrieb Städtisches Immobilienmanagement (Neugründung SIM).
- 2010 Gegenüber dem Vorjahr wurden die Zuführungen zu den Pensions- und Beihilferückstellungen der aktiven Beamten den Produkten zugeordnet (vorher zentral). Gleichzeitig wurden die Beiträge zur Versorgungskasse Beamte (1,9 Mio Euro) nicht mehr bei den Produkten, sondern zentral geplant (Kontengruppe 51). Damit verändert sich der Bruttopersonalaufwand für die einzelnen Beamten im Planentwurf 2010. Der Saldo ist haushaltsneutral.
- 04.09.2011 Aufgaben- und Personalübergang zum LK MSP

**VZÄ/Übergangene Bereiche**

- 3,000 Leitung/Assistenz Bereich Kreisaufgaben, Seniorenbeauftragte
- 6,575 Haushalt und Controlling
- 15,000 Ordnung, Ausländer, IRLS, Katastrophenschutz
- 15,950 Schule (Verwaltung, Schulsekretärinnen)
- 3,000 Jugendamt (Leitung/Assistenz)
- 11,575 Kinder- und Jugendförderung
- 25,000 Sozialpädagogische Dienste
- 4,000 Soziales (Leitung/Assistenz)

- 12,700 Sozialhilfe außerhalb von Einrichtungen
- 8,000 Sozialhilfe innerhalb von Einrichtungen
- 1,750 Betreuungsbehörde
- 41,000 Jobcenter (ARGE)
- 12,250 Umwelt, Naturschutz, Abfall, Gutachterausschuss
- 1,000 Gesundheitsamt (Leitung/Assistenz)
- 3,000 Medizinalverwaltung
- 7,000 Hygiene und Amtsärztlicher Dienst
- 7,000 Kinder- und Jugendärztlicher Dienst
- 3,000 Sozialpsychiatrischer Dienst

- 7,000 Veterinär- und Lebensmittelüberwachungsamt
- 5,000 Volkshochschule
- 192,800 Zwischensumme**
- 14,420 Schulhausmeister SIM
- 207,220 Summe (= 215 Stellen mit 205 Beschäftigten, dav. 9 befristet beschäftigt)**
- 9,3 ATZ Freistellungsphase (mit SIM) durch LK MSP nicht übernommen

- 01.01.2012 Ausgliederung des Eigenbetriebes „Städtisches Pflegeheim“ zur NEUWOGES (118 Stellen)

## 1.3 Personalbestand der Verwaltung

### 1.3.1 Personalbestand

Zum Personalbestand der Verwaltung gehören mit Stichtag 01.01.2012

Stellen	Personen	Beschreibung
402	(600)	auf Stellen Beschäftigte
59	(54)	Beschäftigte in ATZ-Freistellung
12	(3)	Nachwuchskräfte, dav. 6 Feuerwehr
25	(31)	Beschäftigte in Ausbildung
<b>499</b>	<b>(688)</b>	<b>Summe</b>

Von den **402 Beschäftigten** scheidet jeder Sechste bis zum 31.12.2016 altersbedingt aus:

Jahr	2012	2013	2014	2015	2016	Summe
Personen	21	16	8	12	12	69
Anteil						= 17,2 %

18 Stellen sind per 01.01.2012 nicht besetzt.

**Anlage 1.1:** Stellen, Besetzung und Altersabgänge, 1.2 freie (INN) und freierwerbende Stellen (Altersabgänge)

### 1.3.2 Altersstruktur

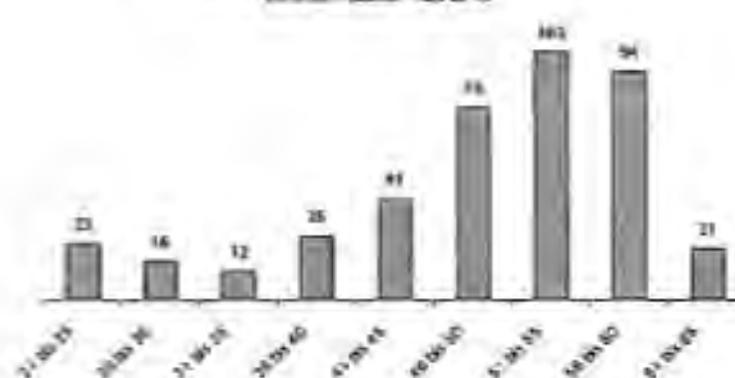
Das Durchschnittsalter ist von 49,8 auf 48,6 Jahre gesunken. Der Anteil der über 41 Jahre alten Beschäftigten liegt mit nunmehr 81,4 % (Vorjahr 85,4 %) immer noch zu hoch. Im Vergleich der kreisfreien Städte (Kommunaler Kennzahlenvergleich StGT M-V z. V. 2007) liegt Neubrandenburg beim Altersdurchschnitt über dem Mittelwert von 48 Jahren. Bedingt durch Einstellungsstopps, die Nichtbesetzung frei werdender Stellen und die Verringerung von Ausbildungskapazitäten erhöhte sich das Durchschnittsalter der Belegschaften in den letzten Jahren auch in Neubrandenburg erheblich.

Das Durchschnittsalter der Beschäftigten der Mitgliedsstädte des DST ist 2010 mit 46,22 (45,37) Jahren (West: 46,17 (44,86) Jahren / Ost: 46,34 (46,32) Jahren) erneut angestiegen und bereits fünf Jahre höher als in der Privatwirtschaft. Hier könnte eine Ursache für den erneuten Anstieg der Krankenquote liegen.

Alter in Jahre	Beschäftigte	Prozent
61 bis 65	21	5,07
56 bis 60	94	22,71
51 bis 55	102	24,64
46 bis 50	79	19,08
41 bis 45	41	9,90
36 bis 40	26	6,28
31 bis 35	12	2,90
26 bis 30	16	3,86
21 bis 25	23	5,56
<b>auf Stellen Beschäftigte und Nachwuchskräfte</b>	<b>414</b>	
Durchschnittsalter:	48,6 Jahre	
Vorjahr:	49,8 Jahre	

Altersstruktur der Beschäftigten 01.01.2012

Durchschnittsalter: 48,6 Jahre

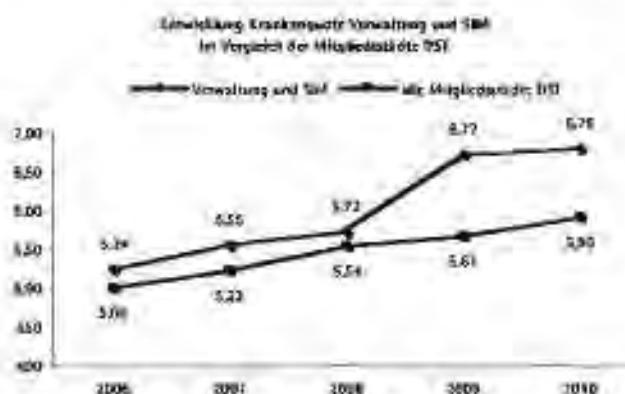


### 1.3.3 Krankenstand

Quelle: Umfrage Deutscher Städtetag (DST) bei den unmittelbaren Mitgliedsstädten – Krankenstandsstatistik Ergebnisse 2010

Der Krankenstand der Tarif-Beschäftigten und Beamten der Stadt Neubrandenburg und SIM entwickelte sich seit 2006 wie folgt:

Kategorie/Jahr	Anzahl Krankheitstage					Krankenquote				
	2006	2007	2008	2009	2010	2006	2007	2008	2009	2010
Beschäftigte am 31.12.d. J.	975	930	909	873	866	975	930	909	873	866
bis 3 Tage	1.152	1.173	1.315	1.264	1.383	0,32	0,35	0,40	0,40	0,43
4 bis 42 Tage	11.708	11.465	12.355	13.194	11.705	3,29	3,38	3,72	4,14	3,67
43 und mehr Tage	5.778	6.198	5.295	6.922	8.566	1,62	1,83	1,60	2,18	2,68
<b>Summe</b>	<b>18.638</b>	<b>18.836</b>	<b>18.966</b>	<b>21.380</b>	<b>21.654</b>	<b>5,24</b>	<b>5,55</b>	<b>5,72</b>	<b>6,72</b>	<b>6,79</b>
<i>im Vergleich der 47 Städte bei der Umfrage des DST Größenklasse 50.000 – 100.000 Einw.</i>						4,39	5,19	5,06	5,52	5,52
<i>alle 147 beteiligten Städte DST</i>						5,00	5,23	5,54	5,67	5,90



#### Krankenquote:

Der prozentuale Anteil der Kranken an der Summe aller Beschäftigten ist zum vierten Mal in Folge gestiegen und liegt im Vergleich der Mitgliedsstädte (147 Städte) des DST mit 6,79 % über dem Durchschnitt von 5,90 %. Bei den Städten der gleichen Größenklasse (47 Städte) liegt die Krankenquote bei 5,52 %.

Die Erhebungen der Krankenkassen zeigen nach der Analyse des DST seit längerem, dass mit zunehmendem Alter der Beschäftigten (siehe auch Punkt 1.3.4 Alterstruktur der Verwaltung) die Zahl der Krankentage steigt.

Die Beschäftigten sind die wichtigste Ressource für eine zukunftsorientierte Verwaltung. Körperliches, geistiges und soziales Wohlbefinden der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter ist eine wesentliche Voraussetzung für effektives und effizientes Verwaltungshandeln.

### 1.3.4 Ausbildung

Die Stadt Neubrandenburg bildet seit 1990 regelmäßig aus. Mit der Ausbildung von Nachwuchskräften soll die zukünftige Beschäftigtenstruktur nachhaltig beeinflusst werden. Die Übernahme der Auszubildenden stellt derzeit in der Regel die einzige Möglichkeit dar, Personal einzustellen. Der Anteil der Auszubildenden an den Beschäftigten der Verwaltung (mit SIM, einschließlich Berufsfeuerwehr) beträgt 4,6 % (Bundesdurchschnitt = 3,5 %). Der Schwerpunkt der Ausbildung liegt dabei auf den verwaltungsspezifischen Berufen. Die Anzahl der jährlich bereitzustellenden Ausbildungsplätze richtet sich nach dem Bedarf, dem vorhandenen Bewerberpotential und wird begrenzt durch die quantitativen Ausbildungsmöglichkeiten in der Verwaltung. Nach erfolgreicher Ausbildung werden die Auszubildenden zunächst für ein Jahr befristet übernommen und im Stellenpool geführt. Danach erfolgt entsprechend dem Bedarf der unbefristete Einsatz.

Ausbildungsberuf	IST	geplanter Ausbildungsbeginn				voraussichtliches Ausbildungsende						
	Jahr	01.01.2012	2012	2013	2014	2015	2012	2013	2014	2015	2016	2017
Verwaltungsfachangestellte/r (Kommunalverwaltung)	7	3	2	2	2	2	4	2	1	3	2	2
Kaufmann/-frau für Bürokommunikation	2*	2	0	0	0	0	1	0	1*	2	0	0
Beamte/r gehobener Dienst (Kommunalverwaltung)	8	1	1	1	1	1	3	3	2	1	1	1
Gärtner/in Friedhofsgärtnerei	1	0	0	0	0	0	0	0	1	0	0	0
Vermessungstechniker	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Immobilienkaufmann/-frau	3	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1
Fachangestellte/r Medien u. Informationsdienste	1	0	1	0	0	0	0	1	0	0	1	0
Brandmeisteranwärter/in	3	0	3	6	4	3	0	3	6	3	6	
<b>Summe</b>	<b>25</b>	<b>7</b>	<b>8</b>	<b>10</b>	<b>8</b>	<b>12</b>	<b>7</b>	<b>9</b>	<b>13</b>	<b>8</b>	<b>10</b>	

\* eine Auszubildende zzt. im Mutterschutz (Unterbrechung der Ausbildung)

01.01.2012    01.01.2013    01.01.2014    01.01.2015    01.01.2016    01.01.2017    01.01.2018

Nachwuchskräfte**	12	12	7	9	13	8	10
-------------------	----	----	---	---	----	---	----

\*\*Unter der Annahme, dass die Auszubildenden zum geplanten Ausbildungsende entsprechend zur Verfügung stehen und übernommen werden können.

## 1.4 Personalaufwand der Verwaltung

### 1.4.1 Personalaufwand nach Fachbereichen 2012 im Vergleich zum Vorjahr

Der Personalaufwand der Verwaltung (Kontengruppe 50 Personalaufwendungen des landeseinheitlichen Kontenrahmenplans) schlüsselt sich wie folgt auf:

Fachbereich	Stellen 2012	Personal- aufwand ohne Nebenkosten 2012	Personalnebenkosten		Personal- aufwand gesamt 2012	Inanspruch- nahme Rück- stellungen 2012	Rück- stellungen 2012	Personal- aufwand Kontengruppe 50 2012	Personal- aufwand ohne Rückstellungen 2012	Personal- aufwand ohne Rückstellungen Vorjahr	+/- Vorjahr
			Beihilfen Beamte 2012	andere Nebenkosten 2012							
	VZA	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12
OB-Bereich	29,250	1.457.500	19.000	85.000	1.561.500	-37.500	134.400	1.658.400	1.524.000	1.505.500	18.500
FB 1	78,575	4.251.200	53.000	53.700	4.357.900	-149.300	264.200	4.472.800	4.208.600	4.122.100	86.500
FB 2	68,375	3.653.700	33.900	0,00	3.687.600	-730.700	274.000	3.230.900	2.956.900	3.092.000	-135.100
FB 3	189,650	7.154.100	261.100	292.200	7.707.400	-284.400	1.101.400	8.524.400	7.423.000	7.461.000	-38.000
FB 4	8,300	453.200	8.500	0	461.700	-453.200	105.100	113.600	8.500	9.555.100	-9.546.600
FB 8	65,163	3.324.800	4.200	9.000	3.338.000	-178.500	33.300	3.192.800	3.159.500	3.085.100	74.400
<b>Summe</b>	<b>439,313</b>	<b>20.294.500</b>	<b>379.700</b>	<b>439.900</b>	<b>21.114.100</b>	<b>-1.833.600</b>	<b>1.912.400</b>	<b>21.192.900</b>	<b>19.280.500</b>	<b>28.820.800</b>	<b>-9.540.300</b>
Versorgungsaufwendungen (Kontengruppe 51)								2.389.400			
<b>Personal- und Versorgungsaufwendungen Gesamthaushalt</b>								<b>23.582.300</b>			

Die **Personalaufwendungen** (ohne Rückstellungen) des Gesamthaushalts sinken in 2012 gegenüber dem Vorjahr um 9.540.300 EUR auf 19.280.500 EUR. Dies ist hauptsächlich begründet durch Übergang von Personal im Rahmen des Landkreisneuordnungsgesetzes vom 12.07.2010.

Nachfolgende Steigerungen wurden bei der Berechnung des Personalaufwandes nach Stellen berücksichtigt:

- Beschäftigte ab 01.01.2012: 1,5 % voraussichtliche Tarifsteigerung ab 01.01.2012
- Beamte ab 01.01.2012: Anhebung um 17,00 EUR sowie eine Steigerung von 1,9 % der Besoldung
- Erhöhung des Leistungsentgeltes von 1,25 % auf 1,5 %

- Erhöhung des Umlagesatzes zur Beihilfe an den Kommunalen Versorgungsverband M-V von 1.900,00 EUR auf 2.050,00 EUR für jeden aktiven Beamten
- Anhebung des Umlagehebesatzes von 20 % auf 23 % für die Versorgung aktiver Beamter an den Kommunalen Versorgungsverband M-V

Freie und freiwerdende Stellen wurden personalkostenmäßig nicht untersetzt, da von internen Nachbesetzungen ausgegangen wird. Die Planung des Personalaufwandes erfolgt personenkonkret unter Beachtung aller bekannten Umstände.

#### 1.4.2 Interkommunaler Vergleich der Personalausgaben

Quelle: | Bertelsmann Stiftung, Wegweiser Kommune, Statistische Ämter der Länder, Deenst GmbH, Institut für Entwicklungsplanung und Strukturforschung GmbH

Die Stadt Neubrandenburg hatte im Jahr 2009 (2010/11 liegen noch keine Veröffentlichungen vor) je Einwohner Personalausgaben in Höhe von 484,1 EUR getätigt. Gegenüber dem Vorjahr haben sich die Personalausgaben um 22,7 EUR je Einwohner erhöht. Im nachstehenden Vergleich der kreisfreie Städte M-V und der Vergleichsstädte bei der überörtlichen Prüfung des LRH liegt Neubrandenburg weit unter dem Mittelwert von 596,4 EUR. Nur Schwerin und Görlitz weisen im direkten Vergleich einen geringeren Wert aus. Zu beachten ist, dass Görlitz im Jahr 2008 die Kreisfreiheit verloren und im Rahmen der Strukturreform Aufgaben und Personal abgegeben hat und somit in dieser Kategorie ab 2009, wie auch die eingekreisten Städte M-V ab 2011 nicht mehr vergleichbar sind.

Der Anteil der Personalausgaben an den Ausgaben der laufenden Verwaltung liegt in Neubrandenburg mit 20,8 % (Vorjahr 19,7 %) im Vergleich ebenfalls unter dem Ø von 24,6 % (Vorjahr 24,0 %). Auch hier weist nur Schwerin einen geringeren Wert auf.

Die Personalausgaben stellen eine zentrale kommunale Ausgabenkategorie dar. Ohne Berücksichtigung der Auslagerungen (Eigenbetriebe, Unternehmen etc.) sind die Personalausgaben jedoch interkommunal nicht sinnvoll zu vergleichen.

## Vergleich der Personalausgaben je Einwohner und Anteil an den Ausgaben der laufenden Verwaltung

Kommune	K	Personalausgaben je Einwohner (Euro/Einwohner)				Anteil an den Ausgaben dL Verwaltung	
		2006	2007	2008	2009	2008	2009
<b>Neubrandenburg</b>	<b>4</b>	<b>445,6</b>	<b>434,9</b>	<b>461,4</b>	<b>484,1</b>	<b>19,7 %</b>	<b>20,8 %</b>
Stralsund	4	544,6	539,8	567,2	589,6	22,6 %	24,2 %
Greifswald	1	694,4	658,6	727,2	833,0	29,7 %	29,1 %
Schwerin	4	413,4	415,5	416,0	446,5	17,0 %	16,6 %
Wismar	4	551,0	554,1	560,2	589,0	25,7 %	25,0 %
Rostock	6	584,7	580,4	573,6	586,0	24,8 %	25,6 %
Emden	1	612,6	593,6	630,1	645,6	28,9 %	26,7 %
Flensburg	1	613,1	547,2	523,1	523,4	22,7 %	21,7 %
Frankfurt (Oder)	4	701,9	697,0	740,2	797,9	23,2 %	24,4 %
Görlitz	4	k.A.	538,6	574,7	468,4	25,9 %	31,6 %
<b>Mittelwert</b>		<b>573,5</b>	<b>556,1</b>	<b>577,4</b>	<b>596,4</b>	<b>24,0 %</b>	<b>24,8 %</b>
<b>Ø kreisfreie Städte der Bundesrepublik</b>				<b>667,4</b>	<b>703,7</b>	<b>26,8 %</b>	<b>27,2 %</b>

## Anmerkungen:

→ 0% ab 2008 Doppel, Görlitz ab 2008 Vorlast Status Erreichung

→ \*Démografietyt

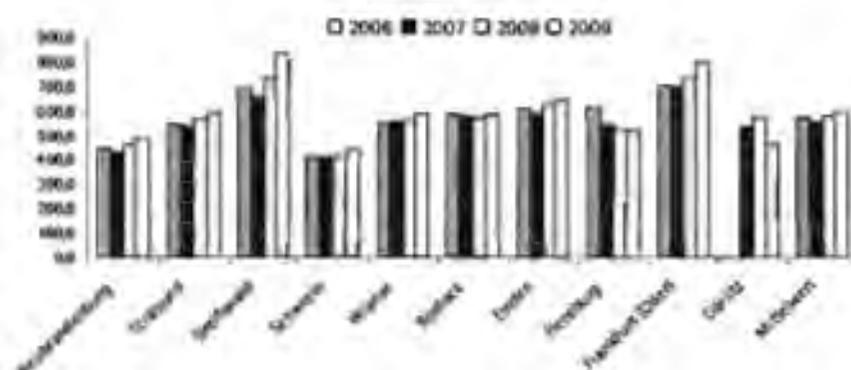
Typ 1 = Stabile Mittelstädte und regionale Zentren mit gutem Familienanteil

Typ 4 = Schwungstädte und alternde Städte und Gemeinden mit hoher Abwanderung

Typ 6 = Aufstrebende ostdeutsche Großstädte mit Wachstumspotenzial

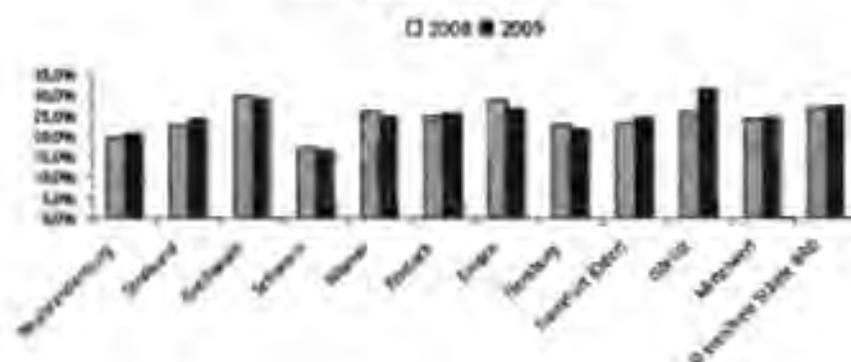
Personalausgaben je Einwohner (EUR/EW)

Quelle: Statistische Ämter der Länder, eigene Berechnungen  
| Bertelsmann Stiftung



Anteil Personalausgaben an den Ausgaben der laufenden Verwaltung

Quelle: Statistische Ämter der Länder, eigene Berechnungen  
| Bertelsmann Stiftung



## 2 Abrechnung der Maßnahmen aus dem Personalkonzept 2011 – 2016

Die Personalaufwendungen konnten durch Umsetzung der HSK-Maßnahmen im Personalkonzept 2011 – 2016 wie folgt gemindert werden und sind in der Anlage 2 „Abrechnung der HSK-Maßnahmen aus dem Personalkonzept 2011 – 2016“ stellenkonkret dargestellt.

### 1. Einsparpotenzial 2011 aus Stellenstreichungen (Vollzug der kw-Vermerke, Umsetzung SOLL-Stellenausstattung)

- 4,300 Stellenstreichungen ohne kw-Vermerk
- 12,000 Stellenstreichungen mit kw-Vermerk
- 192,800 Stellenstreichungen nach Aufgaben- und Personalübergang LK MSP

HSK-Maßnahme	Abbau	Personalaufwand <small>(Basis Personalkostenplanung 2011)</small>			Sachaufwand <small>(kalkulatorischer Wert)</small>			Summe				
		Nr.	Bereich	VZA	SOLL HSK 2011	Realisierung	Saldo	SOLL HSK 2011	Realisierung	Saldo	SOLL HSK 2011	Realisierung
2006/0/1	OB-Bereich	3,000		4,282	51.251	46.969	0	10.000	10.000	4.282	61.251	56.969
2006/1/1	FB 1	4,375		123.685	158.816	35.131	11.875	16.875	5.000	135.560	175.691	40.131
2006/2/1	FB 2	2,500		56.096	86.890	30.794	15.000	15.000	0	71.096	101.890	30.794
2006/4/1	FB 3	1,000		241.987	94.465	-147.522	15.000	5.000	-10.000	256.987	99.465	-157.522
2010/8/4	FB 8	1,050		60.565	81.837	21.273	4.875	4.875	0	65.440	86.712	21.273
<b>Zwischensumme</b>		<b>11,925</b>		<b>486.615</b>	<b>473.259</b>	<b>-13.356</b>	<b>46.750</b>	<b>51.750</b>	<b>5.000</b>	<b>533.365</b>	<b>525.009</b>	<b>-8.356</b>
FB 4 kw ATZ-Freistellung		4,375										
<b>Zwischensumme</b>		<b>16,300</b>										
FB 4 Übergang LK MSP		192,800										
<b>Summe</b>		<b>209,100</b>										

### Minderung Einsparpotenzial Stellen

- 2,200 Stundenveränderungen (Anhebung von Stellenanteilen der Schulsekretärinnen auf 0,8 VZÄ je Schule auf Grund des Wegfalls von Synergien durch Einsatz der Schulsekretärinnen an zwei (kreislichen/ kommunalen) Schulen, FB 2 und 3)
  - 5,500 Einrichtung neuer Stellen (11 Ersatzstellen ATZ-Freistellung)
  - 1,000 Verlagerungen von SIM in Stellenpool
- Summe 200,400 Saldo Stelleneinsparung**

## II. Sonstige Maßnahmen der Fachbereiche

Bereich/Maßnahme	Realisierungsstand
<p><b>OB-Bereich und FB 1</b> Prüfung der Stellenreduzierung auf Grund der Aufgabenentwicklung nach Personal- und Aufgabenübergang zum LK MSP</p>	<p>Vorlage Kooperationsstab vom 08.06.2011 „Überleitung von Personal zum Landkreis Mecklenburgische Seenplatte (LK MSP) für die mittelbare Erledigung übergehender Aufgaben des übertragenen Wirkungskreises“ wurde abgelehnt.</p> <p>Summarischer Überhang der Overheadbereiche:            OB-Bereich: 2,53 VZÄ            FB 1: 10,75 VZÄ</p> <p>Die entsprechenden Stellenanteile wurden in der Fortschreibung der SOLL-Stellenausstattung im HSK/Personalkonzept 2012 berücksichtigt. Auf Grund der Aufgaben- und Personalentwicklung (Dienstleistungen für LK MSP; Vermögensauseinandersetzung; Arbeitsrückstände, insbes. Jahresabschlüsse im Finanzservice; altersbedingtes Ausscheiden) erfolgt der Abbau des Überhangs schrittweise über Altersabgänge und Umsetzungen. Die entsprechenden Maßnahmen zur Umsetzung des Stellenabbaus werden in die Fortschreibung der Stellen- und Personalkonzepte des OB-Bereiches und des FB 1 aufgenommen.</p>
<p><b>FB 1</b> Optimierung der Aufbau- und Ablauforganisation des zentralen und dezentralen Rechnungswesens mit dem Ziel der weiteren Reduzierung des Personalaufwandes (Organisationsuntersuchung HH/C)</p>	<p>Die Organisationsuntersuchung ist noch nicht abgeschlossen. Die Maßnahme wird fortgesetzt.</p>
<p><b>FB 2</b> Prüfung der Stellenausstattung im Bereich dezentrale Steuerung unter Berücksichtigung der Neuordnung der im Rahmen des Aufgaben- und Personalübergangs verbleibenden städtischen Aufgaben aus dem Jugend- und Sozialbereich</p>	<p>Die Prüfung ist Bestandteil der Organisationsuntersuchung HH/C im FB 1.</p>
<p><b>FB 8</b> Optimierung der Aufbau- und Ablauforganisation im gesamten FB sowie Prüfung nachfolgender Optimierungsmöglichkeiten mit dem Ziel der weiteren Reduzierung des Personalaufwandes</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>– Realisierung eines Netzwerkes "Bibliotheksoftware Mecklenburgische Seenplatte"</li> </ul>	<p>Siehe Abrechnung Einzelmaßnahmen HSK – FB 8.</p>

Bereich/Maßnahme	Realisierungsstand
<ul style="list-style-type: none"> <li>– Kreis- und Verbundlösung zur Unterhaltung und Nutzung der "digitalen Bibliothek" (Onleihe)</li> <li>– Bereitstellung von Online-Datenbanken (Lexixnexus) zur Information und Recherche für Verwaltungen durch den Kreis und als Verbundlösung für alle Städte und Gemeinden im Kreis</li> <li>– Verhandlung mit dem neuen LK MSP über anteilige finanzielle Beteiligungen/Förderungen an den Kultureinrichtungen und Veranstaltungen mit überregionalem Charakter</li> </ul>	

### 3 Maßnahmen der Verwaltung 2012 - 2017

#### 3.1 Maßnahmen und Einsparpotenzial der Verwaltung

Oberstes Ziel ist die finanzielle Leistungsfähigkeit der Stadt wieder herzustellen. Dazu sind die Ausgaben- und Aufgabenstrukturen der Finanzausstattung und Finanzentwicklung anzupassen. Der Standard der pflichtigen Leistungen ist auf das Notwendigste zu reduzieren und die freiwilligen Leistungen hinsichtlich der Menge und der Qualität auf ein Niveau zu beschränken, dass dauerhaft geleistet werden kann.

Die Stadt Neubrandenburg hält an der Zielstellung fest, den Konsolidierungsbeitrag im Rahmen des Personalaufwandes aus dem sehr hohen Einsparpotenzial freier und freierwerdender Stellen zu erzielen.

Die Soll-Stellenausstattung wurde gegenüber dem HSK 2011 – 2016 fortgeschrieben. Insgesamt wird beabsichtigt, 62,2 VZÄ abzubauen. Das sind 14 % des Stellenbestandes vom 01.01.2012. Bis zum 31.12.2016 sollen 54,1 VZÄ abgebaut werden. 8,1 kw-Vermerke liegen nach diesem Zeitraum.

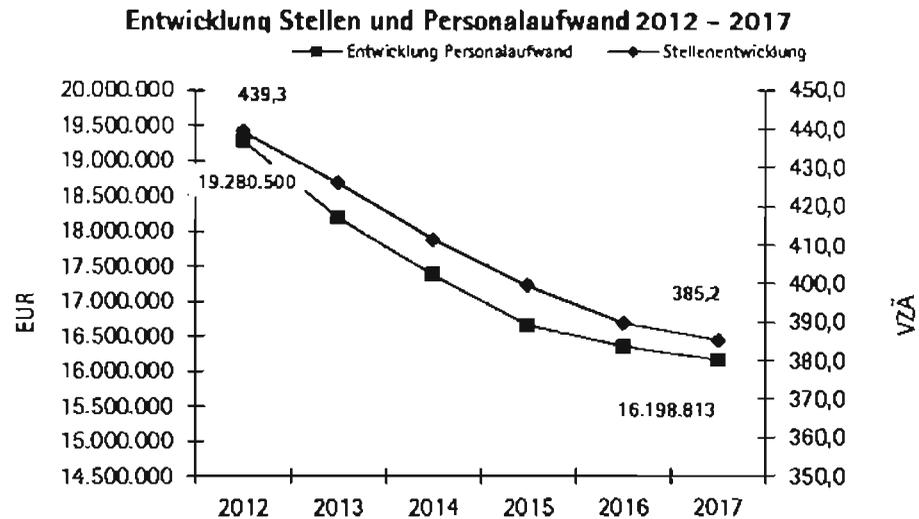
Das Einsparpotenzial aus der Umsetzung der kw-Vermerke und der noch zu untersetzenden abzubauenen Stellen (offen) beträgt im HSK-Zeitraum insgesamt 3.081.687 EUR und ist im Einzelnen aus der Anlage 3 „Einsparpotenzial aus Stellenabbau 2012 – 2017“ dargestellt. Das Einsparpotenzial aus den kw-Vermerken wurde in der mittelfristigen Planung 2013 – 2015 des Haushaltsplanes berücksichtigt und wird im HSK nur nachrichtlich dargestellt.

In der nachfolgenden Übersicht ist auf der Basis der IST Stellenausstattung 2012 die im HSK-Zeitraum zu erreichende SOLL Stellenausstattung und die geplante Realisierung differenziert nach Fachbereichen zusammengefasst. Die Fortschreibung der SOLL Stellenausstattung in den einzelnen Fachbereichen ist im Punkt 3.2 beschrieben und in der Anlage 4 zahlenmäßig dargestellt.

## Fortschreibung SOLL-Stellenausstattung der FB

Bereich	Stellenplan			Fortschreibung SOLL-Stellenausstattung			geplante Realisierung im HSK-Zeitraum				
	IST 2011	IST 2012	+/-	SOLL 2011-19	SOLL 2012-17	+/-	Abbau	kw*	offen	HN 01.01.12	Abgänge 31.12.16
OBB	30,0	28,8	-1,2	26,2	25,50	-0,70	3,3	0,8	2,5	1,0	0,8
ATZ-Freistellungen	1,5	0,5	-1,0	0,0	0,00	0,00	0,5	0,5	0,0	0,0	0,5
Summe OB-Bereich	31,5	29,3	-2,2	26,2	25,50	-0,70	3,8	1,3	2,5	1,0	1,3
FB 1	71,1	70,8	-0,3	67,6	62,29	-5,29	8,5	3,0	5,5	2,0	8,0
ATZ-Freistellungen	2,0	3,0	1,0	0,0	0,00	0,00	3,0	3,0	0,0	1,0	2,0
Summe FB 1	73,1	73,8	0,7	67,6	62,29	-5,29	11,5	6,0	5,5	3,0	10,0
FB 1 Stellenpool	5,7	4,8	-0,9	0,0	0,00	0,00	4,9	4,8	0,0	0,0	2,0
ATZ-Freistellungen	1,0	0,0	-1,0	0,0	0,00	0,00	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Summe Stellenpool	6,7	4,8	-1,9	0,0	0,00	0,00	4,9	4,8	0,0	0,0	2,0
FB 2	65,0	57,4	-7,6	59,0	54,88	-4,13	2,5	2,5	0,0	3,0	13,0
ATZ-Freistellungen	8,0	11,0	3,0	0,0	0,00	0,00	11,0	11,0	0,0	1,0	10,5
Summe FB 2	73,0	68,4	-4,6	59,0	54,88	-4,13	13,5	13,5	0,0	4,0	23,5
FB 3	86,2	84,7	-1,5	83,2	81,50	-1,65	3,2	2,2	1,0	4,0	14,0
Feuerwehr	96,0	97,0	1,0	96,0	96,00	0,00	1,0	1,0	0,0	4,0	17,0
ATZ-Freistellungen	5,0	8,0	3,0	0,0	0,00	0,00	8,0	8,0	0,0	3,0	5,0
Summe FB 3	187,2	189,7	2,5	179,2	177,50	-1,65	12,2	11,2	1,0	11,0	36,0
FB 4	193,8	0,0	-193,8	186,5	0,00	-186,50	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
ATZ-Freistellungen	12,7	8,3	-4,4	0,0	0,00	0,00	8,3	8,3	0,0	0,0	8,3
Summe FB 4	206,5	8,3	-198,2	186,5	0,00	-186,50	8,3	8,3	0,0	0,0	8,3
FB 8	60,1	62,3	2,1	54,4	56,95	2,60	5,3	2,6	2,7	3,8	6,5
ATZ-Freistellungen	2,7	2,9	0,2	0,0	0,00	0,00	2,9	2,9	0,0	0,0	2,9
Summe FB 8	62,8	65,2	2,4	54,4	56,95	2,60	8,2	5,5	2,7	3,8	9,4
Verwaltung	607,8	405,6	-202,2	572,8	377,11	-195,67	28,5	16,8	11,7	17,8	51,2
ATZ-Freistellungen	32,9	33,7	0,9	0,0	0,00	0,00	33,7	33,7	0,0	5,0	29,2
Summe Verwaltung	640,8	439,3	-201,5	572,8	377,11	-195,67	62,2	50,5	11,7	22,8	80,4
		100%			66%		14%	11%	3%	5%	21%
SIM	168,9	149,0	-19,9	153,9	135,02	-18,86	14,0	8,0	8,0	2,5	24,0
ATZ-Freistellungen	10,5	13,4	2,9	0,0	0,00	0,00	13,4	13,4	0,0	4,0	9,4
Summe SIM	179,4	162,5	-16,9	153,9	135,02	-18,86	27,4	19,4	8,0	6,5	33,4
Verwaltung und SIM	776,7	554,6	-222,0	726,7	512,13	-214,53	42,5	22,8	19,7	20,3	85,2
ATZ-Freistellungen	43,4	47,2	3,8	0,0	0,00	0,00	47,2	47,2	0,0	9,0	38,7
Summe Verwaltung und SIM	820,0	601,8	-218,2	726,7	512,13	-214,53	89,6	70,0	19,7	29,3	123,9
		100%			65%		15%	12%	3%	5%	21%

Die Stellen und der Personalaufwand Plan 2012 – 2017 entwickeln sich danach wie folgt:



- Abbau von **54,1 VZÄ** bis zum 31.12.2016  
 42,4 VZÄ aus kw (8, 1 VZA aus kw nach 31.12.2017)  
 11,7 VZÄ aus abzubauenen Stellen ohne kw (offen)
- ohne Berücksichtigung von Rückstellungen und Steigerungen

Die organisatorischen und personalwirtschaftlichen Maßnahmen zur Einsparung von Stellen, Personal und Personalaufwand im Rahmen der Haushaltskonsolidierung werden weiter fortgeführt. Das sind insbesondere:

- Konsequenter Abbau von konsolidierungserforderlichen Stellenüberhängen durch natürliche Personalfluktuation sowie einzelvertraglicher Arbeitszeitverkürzungen.
- Fortschreibung der Stellen- und Personalentwicklungskonzepte der Fachbereiche mit den Schwerpunkten:
  - Neuordnung der Verwaltung nach Aufgaben- und Personalübergang zum LK MSP sowie Positionierung als kreisangehörige Stadt,
  - Optimierung der Aufgaben- und Verwaltungsstruktur, insbesondere Prüfung einer Vergrößerung der Leitungsspanne und Verdichtung von höherwertigen Tätigkeiten (Auftrag Stadtvertretung),
  - Anpassung des Aufgabenbestandes an die finanzielle Leistungsfähigkeit der Stadt bei Sicherung der Arbeitsfähigkeit und Erfüllung der öffentlichen Aufgaben in dauerhaft hoher Qualität,
  - gezielte Personalentwicklung und Ausbildung von qualifiziertem Nachwuchs unter besonderer Beachtung der Entwicklung von Beamtenstellen,
  - angesichts der aufgezeigten Entwicklung des Krankenstandes Fortsetzung und Verstärkung des Auf- und Ausbaus des betrieblichen Gesundheitsmanagements.
- Stellenbedarfsanalysen unter Berücksichtigung von Aufgabenkritik, Aufgabenverzicht und Standardabbau als Voraussetzung für strategische Stellen- und Personalentwicklungsplanung.

- Notwendige Nachbesetzungen freier und freiwerdender Stellen weiterhin erst nach eingehender organisatorischer Bedarfsprüfung (Stellenbedarf, Prüfung der Entgeltgruppe/Besoldungsgruppe, Vollzeit/Teilzeit, Anforderungsprofile etc.) und aus dem eigenen Personalbestand mit Ausnahme: Übernahme seitens der Stadt ausgebildeter Nachwuchskräfte und Nachbesetzung von Stellen besonderer Berufsgruppen, die aus dem vorhandenen Personalbestand nicht möglich sind.
- Fortführung von Teilzeitangeboten: Freiwillige Teilzeitverträge, Unbezahlte Freistellung, Freistellung statt Jahressonderzahlung, soweit im Ergebnis der Tarifverhandlungen 2012 die Regelungen zur Jahressonderzahlung so beibehalten bleiben.
- Prüfung von kommunalen Partnerschaften der Zusammenarbeit (z. B. zur Reduktion von Overhead-Strukturen: Personalbewirtschaftung, Organisation/IT, Statistik, interne Servicedienstleistungen, aber auch in anderen Bereichen, wie z. B. Kfz.-Zulassung und Führerscheinstelle, Kultur...).

### 3.2 Maßnahmen der Fachbereiche

#### 3.2.1 OB-Bereich

1. Fortschreibung des Stellen- und Personalentwicklungskonzeptes des Bereiches in Umsetzung der fortgeschriebenen SOLL-Stellenausstattung entsprechend der Anlage 4.
2. Prüfung des zeitnahen Abbaus von Stellen im OB-Bereich auf Grund des Aufgaben- und Personalübergangs zum LK MSP (siehe auch Maßnahme Nr. 2 im FB 1).
3. Prüfung der Reduzierung des Aufwandes (Personal- und Sachaufwand) durch Einführung einer "elektronischen Vergabe" in der Vergabestelle.

#### 3.2.2 FB 1 Innere Verwaltung

1. Fortschreibung des Stellen- und Personalentwicklungskonzeptes des Bereiches in Umsetzung der fortgeschriebenen SOLL-Stellenausstattung entsprechend der Anlage 4.
2. Erarbeitung des zentralen Stellen- und Personalentwicklungskonzeptes der Verwaltung.
3. Prüfung des zeitnahen Abbaus von Stellen im zentralen und dezentralen Overheadbereich sowie in Bereichen mit Aufgabenübergang ohne Personal auf Grund des Aufgaben- und Personalübergangs zum LK MSP.

summarischer Überhang entsprechend Vorlage Kooperationsstab MSP 08.06.2011 zur Übernahme von Overheadpersonal

	VZÄ	
A. Zentraler Overhead Verwaltung	12,1	OB-Bereich und Fachbereich 1 in der SOLL-Stellenausstattung berücksichtigt
B. Zentraler Overhead SIM	4,8	Bestanteil Ksfl SIM
C. Dezentraler Overhead Fachbereiche	k. A.	
D. Bereiche mit Aufgabenübergang ohne Personal	1,2	

4. Organisationsuntersuchung "Optimierung zentraler und dezentraler Bereich Haushalt und Controlling" (OU HH/C – FB 1).

5. Optimierung der IT-Organisationsstruktur.
6. Zeitnahe Abbau der Stellen im Stellenpool.

### **3.2.3 FB 2 Stadtplanung, Wirtschaft und Bauordnung**

1. Fortschreibung des Stellen- und Personalentwicklungskonzeptes des Bereiches in Umsetzung der fortgeschriebenen SOLL-Stellenausstattung entsprechend der Anlage 4.
2. Prüfung der Stellenausstattung im Bereich dezentrale Steuerung unter Berücksichtigung der Neuordnung der im Rahmen des Aufgaben- und Personalübergangs verbleibenden städtischen Aufgaben (Bestandteil OU HH/C).

### **3.2.4 FB 3 Sicherheit und Ordnung**

1. Fortschreibung des Stellen- und Personalentwicklungskonzeptes des Bereiches in Umsetzung der fortgeschriebenen SOLL-Stellenausstattung entsprechend der Anlage 4.
2. Umsetzung der nicht mit "kw" unteretzten Zielstellenplanung (SOLL HSK 2012) im Bereich Straßenverkehr.
3. Zusammenlegung Bürgerbüro und Pass- und Meldebereich (siehe Einzelmaßnahme HSK Nr. 2012/3/1).
4. Prüfung von Kooperationsmöglichkeiten Kfz.- und Führerscheinstelle mit dem LK MSP (siehe Einzelmaßnahme HSK Nr. 2008/3/3).

### **3.2.5 FB 8 Schule, Kultur, Sport**

1. Fortschreibung des Stellen- und Personalentwicklungskonzeptes des Bereiches in Umsetzung der fortgeschriebenen SOLL-Stellenausstattung entsprechend der Anlage 4.
2. Umsetzung der nicht mit "kw" unteretzten Zielstellenplanung (SOLL HSK 2012) im Bereich Sammlungen, Stadtarchiv und Sport.
3. Optimierung der Aufbau- und Ablauforganisation des FB und des Haushaltsbereiches (OU HH/C) unter Berücksichtigung der Neuordnung der im Rahmen des Aufgaben- und Personalübergangs verbleibenden städtischen Aufgaben (siehe auch Einzelmaßnahmen HSK Nr. 2010/8/1, 2011/8/9, 2011/8/10).

**Stellen, Besetzung und Altersabgänge nach Fachbereichen**

Anlage 1.1

Personalkonzept 2012 - 2017

Bereich	Stellen				Besetzung 01.01.2012		Altersabgänge 01.01.2012 - 31.12.2016						Abgänge in %
	VzÄ	Stellen	Beamten- stellen	kw-stellen	Personen	freie Stellen	2012	2013	2014	2015	2016	Summe	
<b>OB-Bereich</b>	<b>29,3</b>	<b>30</b>	<b>11</b>	<b>2</b>	<b>28</b>	<b>2</b>	<b>1</b>	<b>0</b>	<b>0</b>	<b>1</b>	<b>0</b>	<b>2</b>	<b>7,1</b>
ohne ATZ	28,8	29	10	1	27	2	0	0	0	1	0	1	3,7
ATZ-Freistellung	0,5	1	1	1	1	0	1	0	0	0	0	1	100,0
<b>FB 1</b>	<b>73,8</b>	<b>78</b>	<b>22</b>	<b>10</b>	<b>74</b>	<b>4</b>	<b>4</b>	<b>4</b>	<b>3</b>	<b>1</b>	<b>1</b>	<b>13</b>	<b>17,6</b>
ohne ATZ	70,8	72	21	4	70	2	3	3	2	1	0	9	12,9
ATZ-Freistellung	3,0	6	1	6	4	2	1	1	1	0	1	4	100,0
<b>Stellenpool</b>	<b>4,8</b>	<b>7</b>	<b>1</b>	<b>7</b>	<b>7</b>	<b>0</b>	<b>1</b>	<b>0</b>	<b>1</b>	<b>1</b>	<b>0</b>	<b>3</b>	<b>42,9</b>
ohne ATZ	4,8	7	1	7	7	0	1	0	1	1	0	3	42,9
ATZ-Freistellung					0	0						0	
<b>FB 2</b>	<b>68,4</b>	<b>82</b>	<b>16</b>	<b>27</b>	<b>79</b>	<b>3</b>	<b>8</b>	<b>9</b>	<b>11</b>	<b>5</b>	<b>3</b>	<b>36</b>	<b>45,6</b>
ohne ATZ	57,4	60	14	5	58	2	2	4	3	3	3	15	25,9
ATZ-Freistellung	11,0	22	2	22	21	1	6	5	8	2	0	21	100,0
<b>FB 3 ohne Feuerwehr</b>	<b>92,7</b>	<b>103</b>	<b>42</b>	<b>20</b>	<b>93</b>	<b>10</b>	<b>10</b>	<b>5</b>	<b>5</b>	<b>2</b>	<b>3</b>	<b>25</b>	<b>26,9</b>
ohne ATZ	84,7	87	35	4	83	4	7	3	0	2	3	15	18,1
ATZ-Freistellung	8,0	16	7	16	10	6	3	2	5	0	0	10	100,0
<b>Feuerwehr</b>	<b>97,0</b>	<b>97</b>	<b>88</b>	<b>1</b>	<b>93</b>	<b>4</b>	<b>4</b>	<b>1</b>	<b>2</b>	<b>4</b>	<b>6</b>	<b>17</b>	<b>18,3</b>
ohne ATZ	97,0	97	88	1	93	4	4	1	2	4	6	17	18,3
ATZ-Freistellung					0	0						0	
<b>FB 8</b>	<b>65,2</b>	<b>74</b>	<b>2</b>	<b>12</b>	<b>70</b>	<b>4</b>	<b>6</b>	<b>7</b>	<b>0</b>	<b>2</b>	<b>0</b>	<b>15</b>	<b>21,4</b>
ohne ATZ	62,3	58	2	6	64	4	4	5	0	0	0	9	14,1
ATZ-Freistellung	2,9	6	0	6	6	0	2	2	0	2	0	6	100,0
<b>FB 4 ATZKreis</b>	<b>8,3</b>	<b>17</b>	<b>5</b>	<b>17</b>	<b>17</b>	<b>0</b>	<b>7</b>	<b>10</b>	<b>0</b>	<b>0</b>	<b>0</b>	<b>17</b>	<b>100,0</b>
<b>Summe FB</b>	<b>439,3</b>	<b>488</b>	<b>187</b>	<b>96</b>	<b>461</b>	<b>27</b>	<b>41</b>	<b>36</b>	<b>22</b>	<b>16</b>	<b>13</b>	<b>128</b>	<b>27,8</b>
<b>ohne ATZ</b>	<b>405,6</b>	<b>420</b>	<b>171</b>	<b>28</b>	<b>402</b>	<b>15</b>	<b>21</b>	<b>16</b>	<b>8</b>	<b>12</b>	<b>12</b>	<b>69</b>	<b>17,2</b>
<b>ATZ-Freistellung</b>	<b>33,7</b>	<b>68</b>	<b>16</b>	<b>68</b>	<b>59</b>	<b>9</b>	<b>20</b>	<b>20</b>	<b>14</b>	<b>4</b>	<b>1</b>	<b>59</b>	<b>100,0</b>

# Freie (NN) freierwerbende Stellen (Altersabgänge)

ohne ATZ-Freistellung

Anlage 1.2  
Personalhaushalt 2017 - 2017

Jahr	Nr.	Stellenpl.-Nr.	Fkt.-Bezeichnung	Verg./Bes.	A/B	VsA	kw	HB	mi	ext	HO	gD	mD	
NN	1	00.10.00.012	Beteiligungsmanager/in	13	A	1,0		1						
NN	2	00.40.00.007	Verwaltungsprüfer/in	A10	B	1,0		1	1			1		
NN	3	01.30.20.106	SB Organisation	10	A	1,0		1	1			1		
NN	4	01.40.20.017	StVOI SB Vollstreckung	A10	B	1,0		1	1			1		
NN	5	02.20.20.101	SB Planungsberatung	10	A	1,0		1						
NN	6	02.40.00.101	Sekretär/in	5	A	1,0		1	1				1	
NN	7	02.40.10.001	SB Stadtentwicklung und Koordinierung	9	A	1,0		1	1			1		
NN	8	03.10.00.022	StVS, SB Registratur	A5	A	1,0		1	1				1	
NN	9	03.10.00.041	StVOI, SB Sicherheit und Ordnung	A10	B	1,0		1	1			1		
NN	10	03.30.10.002	SB Haushalt	8	A	1,0		1	1				1	
NN	11	03.30.30.426	Brandmeister/in	A7	B	1,0		1	1				1	
NN	12	03.30.30.625	Brandmeister/in	A7	B	1,0		1	1				1	
NN	13	03.30.30.626	Brandmeister/in	A7	B	1,0		1	1				1	
NN	14	03.50.00.002	Sekretär/in mit SB-Aufgaben	5	A	1,0		1	1				1	
NN	15	03.60.20.006	SB Melde- und Passangelegenheiten	5 / 6	A	1,0		1	1				1	
NN	16	08.00.10.006	SB Haushalt	5	A	1,0		1	1				1	
NN	17	08.10.00.101	SB Kulturförderung	9	A	1,0		1	1			1		
NN	18	08.90.00.108	Verwaltungsangestellte RS Nord	5	A	0,8		1	1				1	
								2012 externe Besetzungsperiode						
2012	19	01.00.00.004	SB Haushalt	5 / 6	A	1,0		1	1				1	
2012	20	01.20.00.206	SB Personalaufwendungen	9	A	1,0		1	1			1		
2012	21	01.30.20.102	StVA, SB Organisation	A11	B	0,5	1					1		
2012	22	02.10.10.107	Technische/r Sachbearbeiter/in	10	A	1,0		1			1	1		
2012	23	02.30.20.109	SB Baufreiplanung	10	A	1,0	1							
2012	24	03.00.00.003	SB Haushalt	8	A	1,0		1	1				1	
2012	25	03.10.00.018	StVHS, SB Straßenverkehrsordnungswidrigkeiten	A8	B	0,5	1							
2012	26	03.30.10.004	SB Registratur, Gebührenabrechnung	5	A	1,0		1	1				1	
2012	27	03.30.30.421	Brandmeister/in	A7	B	1,0		1	1				1	
2012	28	03.30.30.529	Hauptbrandmeister/in	A8m0	B	1,0		1	1				1	
2012	29	03.30.50.002	OBM, SB Atem- und Strahlenschutz	A8	B	1,0		1	1				1	
2012	30	03.60.10.002	SB Infothek	5	A	1,0		1	1				1	
2012	31	03.60.10.016	Telefonist/in	3 / 5	A	1,0		1	1				1	
2012	32	03.60.20.002	StVHS, SB Melde- und Passangelegenheiten	A8	B	1,0		1	1				1	
2012	33	03.60.20.005	StVS, SB Melde- und Passangelegenheiten	A6	B	1,0		1	1				1	
2012	34	03.60.30.005	SB Urkundenstelle	6	A	1,0		1	1				1	

# Freie (NN) freiwerdende Stellen (Altersabgänge)

ohne ATZ-Freistellung

Anlage 1.2

Personalhaushalt 2012 - 2017

Jahr	Nr.	Stellenpl.-Nr.	Fkt.-Bezeichnung	Verg./Bes.	A/B	VaÄ	kw	NB	int	ext	h0	g0	m0
2012	35	06.99.20.223	Sachbearbeiter/in	5	A	0,5	1						
2012	36	08.00.10.005	SB Verwaltung	10	A	0,5	1						
2012	37	08.10.40.406	Diplombibliothekar/in Kunst- und Musik	9	A	0,5	1						
2012	38	08.10.40.509	Bibliotheksassistent/in	5	A	0,5	1						
2012	39	08.10.60.005	Museumspädagoge/in	8	A	0,5	1						
2013	40	01.10.00.108	SB Controlling	9	A	1,0	1						
2013	41	01.10.00.110	SB Statistik	9	A	1,0		1	1			1	
2013	42	01.30.30.010	DV-Organisator/in	11	A	0,5	1						
2013	43	02.10.10.109	Technische/r Sachbearbeiter/in	10	A	1,0		1		1		1	
2013	44	02.10.20.008	SB Abwasser	10	A	0,5	1						
2013	45	02.40.10.011	SB Stadtentwicklung	10	A	1,0		1		1		1	
2013	46	02.40.20.002	SB Planung Gewerbe- und Industriegebiete	10	A	1,0		1	1			1	
2013	47	03.10.00.032	MA Außendienst	8	A	1,0		1	1				1
2013	48	03.10.00.034	MA Außendienst	8	A	1,0		1	1				1
2013	49	03.30.30.606	Hauptbrandmeister/in	A9	B	1,0		1	1				1
2013		03.60.30.004	Standesbeamter/in Urkundensteile	9	A	1,0		1	1			1	
2013	50	08.00.10.002	SB Haushalt	10	A	1,0		1	1			1	
2013	51	08.00.30.001	StVOAR, SG Sport	A13	B	1,0		1	1		1		
2013	52	08.10.40.001	Leiter/in Regionalbibliothek	13 / 14	A	1,0		1		1	1		
2013	53	08.10.40.405	Diplombibliothekar/in Bestandsmanagement	10	A	0,5	1						
2013	54	08.10.40.506	Bibliotheksassistent/in	5	A	1,0		1	1				1
2014	55	01.20.00.203	StVDI, SB Personal	A10	B	1,0	1						
2014	56	01.40.10.003	SB Haushaltsplanung u.-abrechnung	9	A	1,0		1	1			1	
2014	57	02.10.10.106	Technische/r Sachbearbeiter/in	10	A	1,0		1		1		1	
2014	58	02.20.20.103	ATZ-B, Technische/r Zeichner/in 02.20.20.102	6	A	0,5	1						
2014	59	02.40.10.010	SB Dokumentation Städtebauförderung	5	A	0,5	1						
2014	60	03.30.30.414	Oberbrandmeister/in	A8	B	1,0		1	1				1
2014	61	03.30.30.504	Hauptbrandmeister/in	A9	B	1,0		1	1				1
2014	62	06.99.20.200	Sachbearbeiter/in	8 / 9	A	0,5	1						
2015	63	00.40.00.007	Sekretär/in	5	A	0,8	1						
2015	64	01.40.20.024	StVHS, Vollstrecker/in im Außendienst	A8	B	1,0		1	1				1
2015	65	02.00.10.006	SB Haushalt	8 / 9	A	1,0		1	1				1
2015	66	02.20.10.101	StBauR, SB Stadtgestaltung	A13	B	1,0		1		1	1		

# Freie (NN) freiwerdende Stellen (Altersabgänge)

ohne ATZ-Freistellung

Anlage 1.2  
Personalkonzept 2012 - 2017

Jahr	Nr.	Stellenpl.-Nr.	Fkt.-Bezeichnung	Verg./Bcs.	A/B	VzÄ	kw	NB	int	ext	hD	gD	mD
2015	67	02.20.20.104	Technische/r Zeichner/in	6	A	0,5	1						
2015	68	03.10.00.033	MA Außendienst	8	A	0,5		1	1				1
2015	69	03.30.30.503	Hauptbrandmeister/in	A9	B	1,0		1	1				1
2015	70	03.30.30.525	Brandmeister/in	A7	B	1,0		1	1				1
2015	71	03.30.30.604	Hauptbrandmeister/in	A9	B	1,0		1	1				1
2015	72	03.30.30.611	Oberbrandmeister/in	A8	B	1,0		1	1				1
2015	73	03.50.00.016	StVS, SB Kfz-Zulassung	A6	B	1,0		1	1				1
2015	74	06.99.20.221	Sachbearbeiter/in	5	A	1,0	1						
2016	75	02.10.10.100	SGL Bauaufsicht	12	A	1,0		1		1		1	
2016	76	02.20.20.110	Stadtplaner/in Verbindliche Bauleitpl.	10	A	1,0		1		1		1	
2016	77	02.40.10.005	StVA, Ltr. Städtebauförderung	A11	B	1,0		1	1			1	
2016	78	03.30.30.418	Brandmeister/in	A7	B	1,0		1	1				1
2016	79	03.30.30.420	Brandmeister/in	A7	B	1,0		1	1				1
2016	80	03.30.30.510	Oberbrandmeister/in	A8	B	1,0		1	1				1
2016	81	03.30.30.519	Brandmeister/in	A7	B	1,0		1	1				1
2016	82	03.30.30.602	HBM, Stellv. Zugführer/in	A9	B	1,0		1	1			1	
2016	83	03.30.40.001	StBAR, SGL Vorbeugender Brandschutz	A12	B	1,0		1	1			1	
2016	84	03.60.10.008	Kundenberater/in	8	A	1,0		1	1				1
2016	85	03.60.10.018	StVHS, Kundenberater/in	A8	B	1,0		1	1				1
2016	86	03.60.20.001	StVOI, SGL Pass- und Meldewesen	A10	B	1,0		1	1			1	
2017	87	01.40.20.025	StVS, SB Registratur	A6	B	1,0		1	1				1
2017	88	03.30.00.005	StBAR, SGL IRLS	A12	B	1,0	1						
2017	89	03.30.30.002	StBOI, Stellv. Wachführer	A10	B	1,0		1	1			1	
2017	90	03.30.30.502	HBM, Stellv. Zugführer/in	A9	B	1,0		1	1				1
2017	91	03.30.30.513	Oberbrandmeister/in	A8	B	1,0		1	1				1
2017	92	03.30.30.522	Brandmeister/in	A7	B	1,0		1	1				1
2017	93	03.30.30.601	StBOI, Zugführer/in III	A10	B	1,0		1	1			1	
2017	94	03.30.30.502	HBM, Stellv. Zugführer/in	A9	B	1,0		1	1				1
2017	95	03.60.30.007	Standesbeamte/r	9	A	1,0	1						
2017	96	08.00.00.101	Sekretär/in	5	A	1,0		1	1				1
2017	97	08.10.40.501	Leiter/in Ausleih- und Benutzungsdienste	9	A	1,0		1	1			1	
2018	98	03.10.20.108	SB Registratur	3	A	0,5	1						
2019	99	06.99.20.222	StVOI, Sachbearbeiter/in	A10	B	1,0	1						
2019	100	06.99.20.225	SGL Verwaltungsdienste 09.20.40.001	10	A	1,0	1						

## Freie (NN) freiwerdende Stellen (Altersabgänge)

ohne ATZ-Freistellung

Anlage 1.2  
Personalkonzept 2012 – 2017

Jahr	Nr.	Stellenpl.-Nr.	Fkt.-Bezeichnung	Verg./Bes.	A/B	VzÄ	kw	NB	int	ext	hD	gD	mD
2019	101	06.99.20.206	Sachbearbeiter/in	3	A	0,2	1						
2027	102	03.10.20.107	Zuarbeiter/in	5	A	0,2	1						
2023	103	06.99.20.211	Sachbearbeiter/in	3	A	0,6	1						
2028	104	08.10.50.013	SB Archivgut, Fundbetreuer	5	A	0,2	1						
<b>Summe</b>				<b>18</b>	<b>17,8</b>	<b>0</b>	<b>4</b>	<b>13</b>	<b>12</b>	<b>3</b>	<b>0</b>	<b>2</b>	<b>11</b>

### Abkürzungen:

Verg./Bes.	Vergütungsgruppe/Besoldungsgruppe	
A/B	Angestellter/Beamter	
kw	kürzfristig wegfallend	
NN	zum 01.01.2012 nicht besetzte Stellen	
NB	Nachbesetzungen	
int	interne Nachbesetzungen, einschließlich durch die Stadt Ausgebildete	
ext	externe Nachbesetzungen Berufsgruppen, die nicht von der Stadt ausgebildet werden	
hD	höherer Dienst	(Laufbahngruppe 2, zweites Einstiegsamt)
gD	gehobener Dienst	(Laufbahngruppe 2, erstes Einstiegsamt)
mD	mittlerer Dienst	(Laufbahngruppe 1, zweites Einstiegsamt)

### Zusammenfassung freie (NN) und freiwerdende (Altersabgänge) Stellen

Jahr	Anzahl	VZÄ	kw	durch FB geplante Nachbesetzungen					
				NB	int	ex	hD	gD	mD
<b>Altersabgänge</b>									
2012	21	17,5	8	13	12	1	0	2	11
2013	16	14,5	4	12	9	3	2	6	4
2014	8	6,5	4	4	3	1	0	2	2
2015	12	10,8	3	9	8	1	1	0	8
2016	12	12,0	0	12	10	2	0	6	6
<b>ZS</b>	<b>69</b>	<b>61,2</b>	<b>19</b>	<b>50</b>	<b>42</b>	<b>8</b>	<b>3</b>	<b>16</b>	<b>31</b>
später	18	14,6	9	9	9	0	0	3	6
<b>Altersabgänge</b>	<b>87</b>	<b>75,8</b>	<b>28</b>	<b>59</b>	<b>51</b>	<b>8</b>	<b>3</b>	<b>19</b>	<b>37</b>

**Summe NN und Altersabgänge** 105 93,6 28 77 67 10 4 26 47

## Stellenveränderungen (VZÄ) in der Verwaltung gesamt

Stellenplan 2011	Stellenplan 2012	Veränderungen
640,638	440,238 davon per 01.01.2012 nicht besetzt	-200,400 davon:
	17,800 Fachbereiche	-16,300 Stellenstreichungen
	5,000 ATZ-Freistellung	-4,300 ohne kw-Vermerk
		-12,000 mit kw-Vermerk
		-192,800 Stellenstreichung Übergang UN03
		-209,100 Zwischensumme Stellenstreichungen
		2,200 Stundenveränderungen (Anpassung Schulsekretärinnen auf 0,8 VZÄ je Schule)
		5,500 Einrichtung neuer Stellen (11 Ersatzstellen ATZ-Freistellung)
		1,000 Verlagerungen von SIM in Stellenpool

## Veränderungen in den Fachbereichen

## Realisierung Einsparpotenzial Stellenstreichungen

VZÄ Stelle	Veränderung	Personalarwand	Sacharwand	Summe
31,450 Stellenplan 2011 - DB-Bereich	SOLL HSK 2011	4,282	0	4,282
-1,000 00.40.00.008 StVO, Verwaltungsprüfer/in	Streichung ohne kw	0	5,000	-5,000
-1,000 00.50.00.005 Justiciar/in	Streichung ohne kw	39,166	5,000	44,166
-0,500 00.99.00.025 Est. ATZ, Justiciar/in 00.50.00.005	Streichung kw10/14 vorgezogen	7,803	0	7,803
-0,500 00.99.00.111 Est. ATZ, Beauftragte Beteiligungs. 01.10.00.103	Streichung kw01/11	4,282	0	4,282
-0,200 Verlagerung nach FB 1 (Kette 1.30/0.10)	Verlagerung nach 1.30	0	0	0
-3,200 Summe Veränderungen	Summe Realisierung	51,251	10,000	61,251
28,250 Stellenplan 2012	Saldo	46,969	10,000	56,969
73,075 Stellenplan 2011 - FB 1 (ohne Stellenpool)	SOLL HSK 2011 FB 1 ges.	123,685	11,875	135,560
01.30.30.014 SB Zentrales Datenmanagement	ATZ-Freistellung 11/11, kw 07/16		2,500	2,500
-1,000 01.40.30.003 SB Steuern	Streichung ohne kw	0	0	0
-0,500 01.99.00.113 Est. ATZ, SB Haushaltspl.-abrechnung 01.40.10.004	Streichung kw12/11	35,707	0	35,707
0,500 01.99.00.119 Est. ATZ, SB Haushalt 01.00.00.004	neue Stelle	0	0	0
0,500 01.99.00.120 Est. ATZ, SB Personalaufwendungen 01.20.00.206	neue Stelle	0	0	0
1,000 02.00.10.012 SB Wohnortgemeinde Kita	Verlagerung von FB 2	0	0	0
0,200 Verlagerung vom DB-Bereich (Kette 1.30/0.10)	Verlagerung von 0.10	0	0	0
01.99.00.117 ATZ-B, SB Beihilfe, Heilfürsorge, Dienstreisen, 01.20.00.211	kw04/12	17,771	0	17,771
0,700 Summe Veränderungen	Zwischensumme FB 1	53,478	2,500	55,978
73,775 Stellenplan 2012				

Veränderungen in den Fachbereichen VZSt-Stelle			Veränderung	Realisierung Einsparpotenzial Stellenstreichungen		
				Personalaufwand	Sachaufwand	Summe
6,875 Stellenplan 2011 - FB 1 Stellenpool						
-0,875	06.99.20.220	Sachbearbeiter/in	Streichung kw06/11	17.085	4.375	21.461
	06.99.20.223	Sachbearbeiter/in	ATZ Freistellung 02/12, kw 01/15		5.000	5.000
+1,000	06.99.20.224	Sachbearbeiter/in	Streichung kw06/32 vorgezogen	35.131	5.000	40.131
+1,000	06.99.20.225	09.20.40.001 SSt Verwaltungsdienste	Verlagerung von SIM in Stellenpool	0	0	0
-0,500	06.99.30.112	Est. ATZ, Drucker/in 01.30.40.009	Streichung kw12/11	23.250	0	23.250
-0,500	06.99.30.425	ATZ-B, Sachbearbeiter/in 06.99.20.208	Streichung kw11/11	29.871	0	29.871
-1,875	Summe Veränderungen		Zwischensumme FB 1 Stellenpool	105.338	14.375	119.713
4,800	Stellenplan 2012		Summe Realisierung	158.816	16.875	175.691
			Saldo FB 1 ges.	35.731	5.000	40.731
73.000 Stellenplan 2011 - FB 2			SOLL HSK 2011	56.096	15.000	71.096
-1,000	02.10.10.101	SSt Registratur	Streichung kw05/11	17.256	0	17.256
	02.20.10.103	SSt Stadtgestaltung	kw10/12	2.233	0	2.233
+0,500	02.40.20.002	SSt Planung Gewerbe u. Industriegebiete	Stundenveränderungen, Streichung kw	0	0	0
-1,000	02.40.20.003	SSt Unternehmensförderung	Streichung ohne kw	8.723	0	8.723
	02.99.00.218	Est.ATZ, SSt Wohnungsf. 02.50.30.005	kw01/12	25.450	0	25.450
	02.99.00.224	Est.ATZ, StBauD, ABL Stadtplanung 02.20.00.100	kw11/12	6.743	0	6.743
-0,500	02.99.00.229	Est. ATZ, Stadtbildpfleger/in 02.20.10.103	Streichung kw10/12	26.485	0	26.485
0,500	02.99.00.235	Est. ATZ, Technischer SSt 02.10.10.107	neue Stelle	0	0	0
0,500	02.99.00.236	Est. ATZ, SSt Planungsberatung 02.20.20.101	neue Stelle	0	0	0
0,500	02.99.00.237	Est. ATZ, SSt Stadtplanung 02.20.20.109	neue Stelle	0	0	0
-1,000	02.00.10.012	SSt Wohnsitzgemeinde Kita	Verlagerung nach FB 1	0	0	0
-1,000	02.00.10.013	StVHS, SSt Wohlfahrtspflege	Verlagerung nach FB 8	0	0	0
			Realisierung Senkung Sachaufwand durch Abgänge mit kw ohne ATZ-Freistellung	0	15.000	15.000
-2,500	Summe Veränderungen		Summe Realisierung	86.890	15.000	101.890
70,500	Stellenplan 2012		Saldo	30.794	0	30.794
187,150 Stellenplan 2011 - FB 3			SOLL HSK 2011	241.987	15.000	256.987
-0,500	03.10.00.013	03.99.00.336 ATZ-B, StVHS, Allg. Dwi 03.10.00.013	Stundenveränderungen	0	5.000	5.000
-0,500	03.99.00.312	Est. ATZ, DBM, Rettungsassistent, Truppf. 03.30.30.088	Streichung kw06/11	14.046	0	14.046
-0,500	03.99.00.316	Est. ATZ, DBM, Rettungsassistent, 03.30.30.606	Streichung kw06/11	27.970	0	27.970
	03.99.00.317	Est. ATZ, SSt Melde/Pass 03.60.20.010	kw05/12	17.792	0	17.792
	03.99.00.320	Est.ATZ, StVHS, SSt Melde/Pass 03.60.20.008	kw 09/12	10.106	0	10.106

Veränderungen in den Fachbereichen				Realisierung Einsparpotenzial Stellenfreiehungen		
VZÄ Stelle		Veränderung		Personalaufwand	Sachaufwand	Summe
	03.99.00.323	Est.ATZ, BM, Rettungsanitäter... 03.30.30.424	kw 04/12	24.551		
0,500	03.99.00.328	EST. ATZ, SB Haushalt 03.00.00.003	neue Stelle	0	0	0
0,500	03.99.00.330	EST. ATZ, SB Registratur, Gebührenabr. 03.30.10.004	neue Stelle	0	0	0
0,500	03.99.00.331	EST. ATZ, SB Infothek 03.00.10.002	neue Stelle	0	0	0
0,500	03.99.00.332	EST. ATZ, StVHS, SB Melde- u. Passang. 03.60.20.002	neue Stelle	0	0	0
0,500	03.99.00.334	EST. ATZ, StVS, SB Melde- u. Passang. 03.60.20.005	neue Stelle	0	0	0
0,500	03.99.00.335	EST. ATZ, SB Urkundenstelle 03.00.30.005	neue Stelle	0	0	0
1,000	03.30.00.005	04.10.00.030 StBAR, SGL IRLS, kw 08/17	Verlagerung von FB 4	0	0	0
<b>2,600</b>	<b>Summe Veränderungen</b>		<b>Summe Realisierung</b>	<b>94.465</b>	<b>5.000</b>	<b>99.465</b>
<b>189,650</b>	<b>Stellenplan 2012</b>		<b>Saldo</b>	<b>-147.527</b>	<b>-10.000</b>	<b>-157.527</b>
	<b>Begründung Differenz:</b>					
	Eine befristete Stelle Außendienst (Verlagerung von Gesundheitsamt) wurde bereits mit Stellenplan 2011 (ÄB) gestrichen.					
	Eine weitere befristete Stelle Außendienst (Verlagerung von Gesundheitsamt) wurde dauerhaft eingerichtet (Veränderung SOLL)					
	Eine Stelle von 3,50 wurde nach 3,10 verlagert und 0,5 VZÄ in ATZ-Freistellung (Personalkosteneinsparung erst 12/14)					
	Das SOLL HSK wurde entsprechend angepasst.					
<b>206,476</b>	<b>Stellenplan 2011 - FB 4</b>		<b>SOLL HSK 2011</b>	<b>9.555.100</b>	<b>969.000</b>	<b>10.524.100</b>
-0,500	04.99.00.207	EST. ATZ, StVA SB U.Naturschutzbehörde 02.30.10.101	kw09/11			
-0,375	04.99.00.208	ATZ-B, SB Betreuungsbehörde 02.50.40.002	kw12/11			
-0,500	04.99.00.313	EST. ATZ, SB Haushalt 03.70.10.002	kw11/11			
-0,500	04.99.00.314	EST. ATZ, Sekretär/in 03.00.00.109	kw04/11			
-0,500	04.99.00.315	EST. ATZ, ÖBM, SB Leitstelle 03.30.20.008	kw01/11			
-0,500	04.99.00.318	ATZ-B, SB Staatsangehörigk. 03.60.40.007	kw09/11			
-0,500	04.99.00.414	EST. ATZ, ABL Schule 04.20.00.001	kw12/11			
-0,500	04.99.00.416	EST. ATZ, StSozOl, Adoptionsv. Pflegek. 04.30.20.010	kw12/11			
-0,500	04.99.00.419	ATZ-B, Verwaltungsangestellte/r 04.20.00.117	kw12/11			
-192,800	FB 4 Stellen Kreisübergang		Übergang LNDG			
-1,000	04.10.00.030	03.30.00.005 StBAR, SGL IRLS, kw 08/17	Verlagerung nach FB 3			
<b>-198,175</b>	<b>Summe Veränderungen</b>		<b>Summe Realisierung</b>	<b>3.546.600</b>	<b>964.000</b>	<b>10.510.600</b>
<b>6,300</b>	<b>Stellenplan 2012 (Verbleib ATZ-Freistellungen Kreis)</b>		<b>Saldo</b>	<b>-8.500</b>	<b>-5.000</b>	<b>-13.500</b>
	<b>Begründung Differenz:</b>					
	Stellen ATZ-Freistellungsphase wurden durch den LX MSP nicht übernommen, belasten weiterhin den Haushalt der Stadt, Klage wird geprüft.					

Veränderungen in den Fachbereichen VZÄ Stelle			Veränderung	Realisierung Einsparpotenzial Stellenstreichungen		
				Personalaufwand	Sachaufwand	Summe
62,813 Stellenplan 2011 - FB 8			SOLL HSK 2011	60.565	4.875	65.440
	08.50.00.012	Museumpädagoge/in	ATZ-Freistellung 10/11, kw 03/15	0	2.500	2.500
0,300	08.90.00.100	Verwaltungsangestellte/r GS West	Stundenveränderungen	0	0	0
0,300	08.90.00.102	Verwaltungsangestellte/r GS Nord	Stundenveränderungen	0	0	0
0,300	08.90.00.103	Verwaltungsangestellte/r GS Süd	Stundenveränderungen	0	0	0
0,300	08.90.00.104	Verwaltungsangestellte/r GS Mitte	Stundenveränderungen	0	0	0
0,300	08.90.00.105	Verwaltungsangestellte/r GS Datzberg	Stundenveränderungen	0	0	0
0,100	08.90.00.107	Verwaltungsangestellte/r RS Mitte	Stundenveränderungen	0	0	0
0,600	08.90.00.108	Verwaltungsangestellte/r RS Nord	Stundenveränderungen	0	0	0
-0,300	08.90.00.109	Verwaltungsangestellte/r RS Nord	Streichung ohne kw	0	0	0
	08.40.00.406	Diplombibliothekar/in Sachliteratur	ATZ-Freistellung 11/11-10/15, kw 10/15	0	2.375	2.375
-0,375	08.99.00.412	ATZ-B, Bibliotheksassistent/in 04.10.40.309	kw09/11	14.334	0	14.334
	08.99.00.413	Est. ATZ, Museumpädagoge/in 04.10.50.024	kw 01/12	30.968	0	30.968
-0,375	08.99.00.421	ATZ-B; SB Haushalt 04.10.40.005	kw12/12 vorgezogen	21.273	0	21.273
	08.99.00.803	Erst. ATZ, Sammlungsbetreuer/in 08.50.00.009	kw 06/12	15.263	0	15.263
1,000	02.00.10.013	SIVHS, SB Wohlfahrtspflege	Verlagerung von FB 2	0	0	0
2,150 Summe Veränderungen			Summe Realisierung	81.832	4.875	86.712
64,963 Stellenplan 2012			Saldo	21.273	0	21.273
SOLL HSK Verwaltung gesamt				10.041.715	1.015.750	11.057.465
Realisierung gesamt				10.019.859	1.015.750	11.035.609
Saldo gesamt				-21.856	0	-21.856

Angaben Stellenpläneentwurf 2011		Planentwurf 2012 (Basis)		Einsparung zum Plan						
Stell.-Nr.	Stellenbeschreibung	VZL Stpl.	Personalschlüssel (TEUR)	2012 Personalschlüssel (TEUR)	2013 Personalschlüssel (TEUR)	2014 Personalschlüssel (TEUR)	2015 Personalschlüssel (TEUR)	2016 Personalschlüssel (TEUR)	2017 Personalschlüssel (TEUR)	
00.40.00.007	Sekretär/in	07/15	0,8	1	28.407	0	0	11.826	28.407	28.407
00.99.00.024	Est. ATZ, StVOR, Leiterin RPA 00.40.00.001	12/12	0,5	1	66.123	66.123	66.123	66.123	66.123	66.123
	<b>kw gesamt</b>	<b>2</b>	<b>1,3</b>	<b>2</b>	<b>94.529</b>	<b>66.123</b>	<b>66.123</b>	<b>77.959</b>	<b>94.529</b>	<b>94.529</b>
	<b>abzubauende Stellen ohne kw</b>	<b>44.015</b>			<b>110.038</b>	<b>22.008</b>	<b>68.023</b>	<b>66.023</b>	<b>66.023</b>	<b>110.038</b>
01.10.00.108	SB Controlling	11/13	1,0	1	55.940	4.662	55.940	55.940	55.940	55.940
01.20.00.203	StVOR, SB Personal	04/14	1,0	1	63.778	0	42.519	63.778	63.778	63.778
01.30.20.102	StVA, SB Organisation	06/15	0,5	1	52.579	0	0	26.290	52.579	52.579
01.89.00.115	Est. ATZ, StVA, SB Vollstreckung 01.40.20.017	01/13	0,5	1	54.977	50.396	54.977	54.977	54.977	54.977
01.89.00.117	ATZ-B, SB Beihilfe, Heilfürs. Dienst. 01.20.00.211	04/12	0,5	1	8.952	8.952	8.952	8.952	8.952	8.952
01.99.00.118	Est. ATZ, SB Büro- u. Abschlussbuchh. 01.40.20.006	12/14	0,5	1	28.004	0	0	28.004	28.004	28.004
01.99.00.119	Est. ATZ, SB Haushalt 01.00.00.004	03/15	0,5	1	13.328	0	0	9.996	13.328	13.328
01.99.00.120	Est. ATZ, SB Personalaufwendungen 01.20.00.206	11/15	0,5	1	3.036	0	0	253	3.036	3.036
01.99.00.121	ATZ-B, SB Nachrichtentechnik 01.30.30.01E	07/16	0,5	1	28.094	0	0	0	11.706	28.094
	<b>kw gesamt</b>	<b>9</b>	<b>5,5</b>	<b>9</b>	<b>308.688</b>	<b>64.009</b>	<b>162.387</b>	<b>248.190</b>	<b>292.300</b>	<b>308.688</b>
	<b>abzubauende Stellen ohne kw</b>	<b>44.015</b>			<b>241.642</b>	<b>88.030</b>	<b>176.060</b>	<b>241.642</b>	<b>241.642</b>	<b>241.642</b>
06.99.20.200	Sachbearbeiter/in	08/14	0,5	1	26.189	0	8.730	26.189	26.189	26.189
06.99.20.221	Sachbearbeiter/in	04/15	1,0	1	39.635	0	0	26.423	39.635	39.635
06.99.20.223	Sachbearbeiter/in	01/15	0,5	1	24.974	0	0	22.893	24.974	24.974
	<b>kw gesamt</b>	<b>3</b>	<b>2,0</b>	<b>3</b>	<b>90.797</b>	<b>0</b>	<b>8.730</b>	<b>75.505</b>	<b>90.797</b>	<b>90.797</b>
	<b>abzubauende Stellen ohne kw</b>	<b>44.015</b>			<b>0</b>	<b>0</b>	<b>0</b>	<b>0</b>	<b>0</b>	<b>0</b>
02.10.20.008	SB Abwasser	03/16	0,5	1	41.655	0	0	0	31.241	41.655
02.99.00.210	ATZ-B, SB Recht und Verträge 02.10.20.002	12/12	0,5	1	49.988	49.988	49.988	49.988	49.988	49.988
02.99.00.211	Est. ATZ, StBauR, Ltd. SB Verkehrspl. 02.20.10.104	03/13	0,5	1	70.821	53.116	70.821	70.821	70.821	70.821
02.99.00.216	Est. ATZ, SB Wohnungsgeld 02.50.30.003	10/13	0,5	1	31.086	31.086	31.086	31.086	31.086	31.086
02.99.00.217	Est. ATZ, SB Wohnungsgeld 02.50.30.004	04/13	0,5	1	27.921	18.614	27.921	27.921	27.921	27.921
02.99.00.218	Est. ATZ, SB Wohnungsgeld 02.50.30.005	01/12	0,5	1	2.301	2.301	2.301	2.301	2.301	2.301
02.99.00.220	Est. ATZ, SB Haushalt 02.00.10.005	09/14	0,5	1	33.966	0	8.491	33.966	33.966	33.966
02.99.00.221	Est. ATZ, Sachbearbeiter/in 02.10.10.102	05/14	0,5	1	35.714	0	20.833	35.714	35.714	35.714

Angaben Stellenplankonzept 2011			Platzbedarf 2012		Umsparung zum 11ten						
Vgl.-Nr.	Stellenbezeichnung	Stellenart	Platzbedarf		2012 Personal- aufwand (TUM)	2013 Personal- aufwand (TUM)	Umsparung zum 11ten				
			VZA	Stellen			2014 Personal- aufwand (TUM)	2015 Personal- aufwand (TUM)	2016 Personal- aufwand (TUM)	2017 Personal- aufwand (TUM)	
02.99.00.222	Est. ATZ, Unt. techn. SB 02.10.10.103		02/14	0,5	1	42.734	0	35.672	42.734	42.734	42.734
02.99.00.223	Est. ATZ Bauaufseher Bauaufsicht 02.10.10.110		09/13	0,5	1	36.243	9.061	36.243	36.243	36.243	36.243
02.99.00.224	Est. ATZ StBauD. ABl. Stadtplanung 02.20.00.100		11/12	0,5	1	73.187	73.187	73.187	73.187	73.187	73.187
02.99.00.225	Est. ATZ Sekretär/in 02.20.00.101		04/14	0,5	1	12.999	0	8.666	12.999	12.999	12.999
02.99.00.225	Est. ATZ Sekretär/in 02.20.00.101			0,0	0	13.000	0	8.666	13.000	13.000	13.000
02.99.00.226	Est. ATZ SB Wohnraumerfassung 02.40.10.007		05/14	0,5	1	30.386	0	17.725	30.386	30.386	30.386
02.99.00.230	Est. ATZ, SB Unternehmensförderung 02.40.20.003		03/12	0,5	1	8.557	8.557	8.557	8.557	8.557	8.557
02.99.00.231	ATZ-B, Sekretär/in 02.10.00.011		12/13	0,5	1	12.957	0	12.957	12.957	12.957	12.957
02.99.00.231	ATZ-B, Sekretär/in 02.10.00.011			0,0	0	12.957	0	12.957	12.957	12.957	12.957
02.99.00.234	ATZ-B, Beauftr. Wirtschaft u. Arbeit 02.40.20.007		12/12	0,5	1	36.054	36.054	36.054	36.054	36.054	36.054
02.99.00.235	Est. ATZ, Technischer SB 02.10.10.107		11/15	0,5	1	3.471	0	0	3.471	3.471	3.471
02.99.00.236	Est. ATZ, SB Planungsberatung 02.20.20.101		12/14	0,5	1	39.765	0	0	39.765	39.765	39.765
02.99.00.237	Est. ATZ, SB Stadtplanung 02.20.20.109		12/14	0,5	1	23.692	0	0	23.692	23.692	23.692
02.99.00.238	ATZ-B, SGL Diet. Steuerung u. Soziales 02.00.10.010		05/14	0,5	1	53.255	0	31.068	53.255	53.255	53.255
02.99.00.239	ATZ-B, SB Stadtgestaltung 02.20.10.103		10/12	0,5	1	33.451	33.451	33.451	33.451	33.451	33.451
02.99.00.240	ATZ-B, Planungsing. Projektierung 02.20.10.105		01/15	0,5	1	41.265	0	0	41.265	41.265	41.265
02.99.00.241	ATZ-B, Planungsing. Projektierung 02.20.10.106		07/15	0,5	1	39.982	0	0	39.982	39.982	39.982
02.99.00.242	ATZ-B, Technische/r Zeichner/in 02.20.20.102		11/14	0,5	1	28.094	0	2.341	28.094	28.094	28.094
	<b>kw gesamt</b>		<b>24</b>	<b>12,0</b>	<b>24</b>	<b>835.502</b>	<b>315.414</b>	<b>528.924</b>	<b>763.903</b>	<b>825.088</b>	<b>835.502</b>
	<b>abzulebende Stellen ohne kw</b>	<b>44.015</b>		<b>0,0</b>		<b>0</b>	<b>0</b>	<b>0</b>	<b>0</b>	<b>0</b>	<b>0</b>
<b>Personalkonzept 2012 - 2017</b>											
03.10.20.104	StVHS, SB Straßenverkehrsordnungswidrigkeiten		11/15	0,5	1	38.640	0	0	38.640	38.640	38.640
03.30.00.005	StBAR, SGL IRLS		08/17	1,0	1	69.594	0	0	0	23.233	23.233
03.99.00.317	Est. ATZ, SB Melde-Passangelegenheiten 03.60.20.010		05/12	0,5	1	12.792	12.792	12.792	12.792	12.792	12.792
03.99.00.319	Est. ATZ, Zugführer II 03.30.30.501		01/13	0,5	1	39.348	39.348	39.348	39.348	39.348	39.348
03.99.00.320	Est. ATZ, StVS, SB Melde- u. Pass.. 03.60.20.008		09/12	0,5	1	36.352	36.352	36.352	36.352	36.352	36.352
03.99.00.323	Est. ATZ, BM Rettungssanitäter 03.30.30.424		04/12	0,5	1	22.470	22.470	22.470	22.470	22.470	22.470
03.99.00.324	Est. ATZ StVS, SB Registratur 03.10.00.022		10/14	0,5	1	39.277	0	6.546	39.277	39.277	39.277
03.99.00.325	Est. ATZ, SB Haushalt 03.30.10.002		11/14	0,5	1	32.666	0	2.722	32.666	32.666	32.666
03.99.00.326	Est. ATZ, Sekretär/in 03.50.00.002		09/13	0,5	1	28.895	7.224	28.895	28.895	28.895	28.895
03.99.00.327	Est. ATZ, Kundenberater/in 03.60.10.007		12/14	0,5	1	29.190	0	0	29.190	29.190	29.190
03.99.00.329	Est. ATZ, SB Haushalt 03.00.00.003		11/15	0,5	1	2.723	0	0	227	2.723	2.723
03.99.00.330	Est. ATZ, SB Registratur, Gebührenabr. 03.30.10.004		11/15	0,5	1	2.165	0	0	180	2.165	2.165

Angaben Stellenplanentwurf 2011			Planentwurf 2012		Einsparung zum Plan					
SGL-Nr.	Stellenbeschreibung	Stellenvermerk	(Werte)		2012 Personalschwarz (TEUR)	2013 Personalschwarz (TEUR)	2014 Personalschwarz (TEUR)	2015 Personalschwarz (TEUR)	2016 Personalschwarz (TEUR)	2017 Personalschwarz (TEUR)
			VZL SGL	Personen						
03.99.00.331	Est. ATZ, SB Infothek 03.60.10.002	07/15	0,5	1	10.407	0	0	4.338	10.407	10.407
03.99.00.332	Est. ATZ, StVHS, SB Melde- u. Passang. 03.60.20.002	11/14	0,5	1	15.291	0	1.274	15.291	15.291	15.291
03.99.00.333	ATZ-B, StVHS, SB Melde- und Pass. 03.60.20.004	04/14	0,5	1	39.850	0	28.567	39.850	39.850	39.850
03.99.00.334	Est. ATZ, StVHS, SB Melde- u. Passang. 03.60.20.005	04/14	0,5	1	5.821	0	3.880	5.821	5.821	5.821
03.99.00.335	Est. ATZ, SB Urkundenstelle 03.60.30.005	07/15	0,5	1	7.018	0	0	2.924	7.018	7.018
03.99.00.336	ATZ-B, StVHS, SB Allg. DWi 03.10.00.013	12/14	0,5	1	40.169	0	0	40.169	40.169	40.169
	<b>kw gesamt</b>	<b>19</b>	<b>9,6</b>	<b>18</b>	<b>472.969</b>	<b>114.908</b>	<b>180.648</b>	<b>353.027</b>	<b>403.275</b>	<b>426.506</b>
	<b>abzubauenende Stellen ohne kw</b>	<b>44.015</b>	<b>1,0</b>		<b>44.015</b>	<b>44.015</b>	<b>44.015</b>	<b>44.015</b>	<b>44.015</b>	<b>44.015</b>
<b>II.1 Kreisratgeber</b>										
04.99.00.209	Est. ATZ, StVA, SGL Abfallwirtschaft 02.30.20.100	04/12	0,5	1	34.968	34.968	34.968	34.968	34.968	34.968
04.99.00.215	Est. ATZ, StVA, SGL Bes. soz. Leistung 02.50.20.001	10/13	0,5	1	53.439	53.439	53.439	53.439	53.439	53.439
04.99.00.232	ATZ-B, StVHS, SB SH GSi. a.v.E. 02.50.10.007	01/12	0,4	1	6.532	6.532	6.532	6.532	6.532	6.532
04.99.00.232	ATZ-B, StVHS, SB SH GSi. a.v.E. 02.50.10.007		0,0	0	14.153	14.153	14.153	14.153	14.153	14.153
04.99.00.232	ATZ-B, StVHS, SB SH GSi. a.v.E. 02.50.10.007		0,0	0	1.089	1.089	1.089	1.089	1.089	1.089
04.99.00.233	ATZ-B, StVDR, ABL 02.30.00.100	06/13	0,5	1	68.770	34.385	68.770	68.770	68.770	68.770
04.99.00.321	Est. ATZ, SB Gebühren-Statistik 03.70.10.003	08/13	0,5	1	31.469	10.490	31.469	31.469	31.469	31.469
04.99.00.322	Est. ATZ, Gesundheitsfürsorgerin 03.70.30.003	01/13	0,5	1	39.160	35.897	39.160	39.160	39.160	39.160
04.99.00.417	Est. ATZ, StVA, SB Unterhalt 04.30.20.101	10/12	0,5	1	47.114	47.114	47.114	47.114	47.114	47.114
04.99.00.418	Est. ATZ, Sozialpäd. Familiengerichtsh 04.30.20.201	05/12	0,5	1	17.729	17.729	17.729	17.729	17.729	17.729
04.99.00.420	Est. ATZ, SB Schulen 04.20.00.002	12/13	0,5	1	36.287	0	36.287	36.287	36.287	36.287
04.99.00.422	ATZ-B, Verwaltungsangestellte/r 04.20.00.120	12/12	0,5	1	25.915	25.915	25.915	25.915	25.915	25.915
04.99.00.423	ATZ-B, Päd. SB Tagespflege 04.30.10.010	11/12	0,5	1	33.729	33.729	33.729	33.729	33.729	33.729
04.99.00.426	Est. ATZ, Sozialpäd. Fam. gerichtshilfe 04.30.20.202	07/13	0,5	1	36.808	15.337	36.808	36.808	36.808	36.808
04.99.00.427	ATZ-B, SGL Kita-Betreuung 04.30.10.001	03/12	0,5	1	10.353	10.353	10.353	10.353	10.353	10.353
04.99.00.428	ATZ-B, SB Ausbildungsförderung 04.30.20.022	12/13	0,5	1	30.300	0	30.300	30.300	30.300	30.300
04.99.00.429	Est. ATZ, Verwaltungsang. IGS 04.20.00.108	12/13	0,4	1	21.966	0	21.966	21.966	21.966	21.966
04.99.00.430	Est. ATZ, SB Kinder- u. Jugendf. 04.30.10.103	12/13	0,5	1	28.636	0	28.636	28.636	28.636	28.636
04.99.00.431	Est. ATZ, SB Betreuungsentgelte 04.30.10.009	12/13	0,5	1	27.921	0	27.921	27.921	27.921	27.921
	<b>kw gesamt</b>	<b>44.015</b>	<b>17</b>	<b>8,3</b>	<b>566.336</b>	<b>341.127</b>	<b>566.336</b>	<b>566.336</b>	<b>566.336</b>	<b>566.336</b>
<b>II.11 Kreisratgeber (IGS/SSG)</b>										
08.00.10.005	SB Verwaltung	12/14	0,5	1	39.038	0	0	39.038	39.038	39.038
08.10.40.405	Diplombibliothekarin/ Bestandsmanagement	09/17	0,5	1	36.451	0	0	0	0	9.113

Angaben Stellenplanentwurf 2011		Planentwurf 2012 (Real)		Einsparung zum Plan						
Stpl.-Nr.	Stellenbezeichnung	0 Personalstand	VZA Stpl.	2012 Personal- stand (TEUR)	2013 Personal- stand (TEUR)	2014 Personal- stand (TEUR)	2015 Personal- stand (TEUR)	2016 Personal- stand (TEUR)	2017 Personal- stand (TEUR)	
08.10.40.406	Diplombibliothekar/in Kunst und Musik	10/15	0,5	1	34.724	0	0	5.787	34.724	34.724
08.10.40.509	Bibliotheksassistent/in	03/16	0,5	1	25.976	0	0	0	19.482	25.976
08.10.60.005	Museumspädagoge/in	08/15	0,5	1	34.001	0	0	11.334	34.001	34.001
08.99.00.413	Est. ATZ, Museumspädagoge/in 04.10.50.024	01/12	0,5	1	2.841	2.841	2.841	2.841	2.841	2.841
08.99.00.801	ATZ-B, Bibliotheksassistent/in 08.40.00.510	03/13	0,4	1	22.064	16.548	22.064	22.064	22.064	22.064
08.99.00.803	Est. ATZ, Sammlungsbetreuer 08.50.00.009	06/12	0,5	1	15.315	15.315	15.315	15.315	15.315	15.315
08.99.00.804	Est. ATZ, SB Kunstsammlung 08.10.60.002	07/13	0,5	1	25.915	10.798	25.915	25.915	25.915	25.915
08.99.00.805	ATZ-B, Diplombibliothekar, Sachlit. 08.10.40.408	10/15	0,5	1	34.730	0	0	5.788	34.730	34.730
08.99.00.806	ATZ-B, Museumspädagoge/in 08.10.50.012	03/15	0,5	1	34.019	0	0	25.514	34.019	34.019
	<b>kw gesamt</b>	<b>11</b>	<b>5,4</b>	<b>11</b>	<b>305.074</b>	<b>46.502</b>	<b>66.135</b>	<b>153.597</b>	<b>262.129</b>	<b>277.735</b>
	<b>abzubauenende Stellen ohne kw</b>	<b>44.015</b>			<b>118.941</b>	<b>0</b>	<b>44.016</b>	<b>44.016</b>	<b>44.016</b>	<b>129.845</b>

## Einsparpotenzial gesamt

VZA	08-Bereich	2	3,8	2	1.524.000	88.130	132.145	143.981	160.552	204.567
61,2	geplanter Abbau ges.				100,0%	5,8%	8,7%	9,4%	10,5%	13,4%
50,5	davon kw	FB 1	12	13,0	4.208.600	152.039	347.177	565.337	624.740	641.128
10,7	abzubauenende Stellen ohne kw				100,0%	3,8%	6,2%	13,4%	14,8%	15,2%
53,1	Realisierung im HSK-Zeitraum	FB 2	24	12,0	2.956.900	315.414	528.924	763.903	825.088	835.502
8,1	kw werden erst danach realisiert				100,0%	10,7%	17,3%	25,6%	27,9%	26,3%
		FB 3	19	9,5	7.423.000	158.923	224.863	397.042	447.290	470.521
					100,0%	2,1%	3,0%	5,3%	6,0%	6,3%
		FB 4	17	8,3	8.500	341.127	566.336	566.336	566.336	566.336
					100,0%	4013,3%	6662,8%	6662,8%	6662,8%	6662,8%
		FB 8	11	7,6	3.159.500	45.502	110.151	197.612	306.144	407.580
					100,0%	1,4%	3,5%	6,2%	9,7%	12,9%
	<b>Summe</b>	<b>85</b>	<b>61,1</b>	<b>11</b>	<b>19.280.500</b>	<b>1.011.506</b>	<b>1.400.500</b>	<b>1.663.111</b>	<b>2.210.132</b>	<b>2.120.111</b>
					100,0%	5,3%	7,3%	8,7%	11,5%	11,0%
	<b>Realisierung Personalstand</b>				<b>19.280.500</b>	<b>10.129.304</b>	<b>17.709.000</b>	<b>16.640.700</b>	<b>16.370.132</b>	<b>16.120.111</b>
	<b>abzubauenende Stellen</b>				<b>4.084</b>	<b>425,0</b>	<b>1.100</b>	<b>1.000</b>	<b>380,0</b>	<b>1.000</b>

Das Einsparpotenzial aus kw-Vermerken wurde in der mittelfristigen Planung 2013 - 2015 des Haushaltsplanes berücksichtigt und wird im HSK nur nachrichtlich dargestellt.

# Fortschreibung der SOLL-Stellenausstattung der Fachbereiche

Bereich	Stellenplan			Fortschreibung SOLL-Stellenausstattung HSK 2011				geplante Realisierung im HSK-Zeitraum					
	IST 2011	IST 2012	+/-	SOLL 2011	SOLL 2012	+/-	Bemerkungen	Abbau	kw*	offen	NN	Abgänge	
				16	-17						01.01.12	31.12.16	
<b>OB-Bereich</b>													
0.00	Oberbürgermeister	1,0	1,0	0,00	1,0	1,00	0,00		0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
0.10	Beteiligungsmanagement	4,0	4,0	0,00	4,0	4,00	0,00	zD* Kreis: 0,240 VZÄ (0,2 VZÄ Einsatz BüroOB)	0,0	0,0	0,0	1,0	0,0
0.20	Büro OB	10,2	10,0	-0,20	10,2	9,50	-0,70	zD Kreis: 0,600 VZÄ	0,5	0,0	0,5	0,0	0,0
0.40	Rechnungsprüfungsamt	6,8	6,8	0,00	5,0	5,00	0,00	zD Kreis: 0,750 VZÄ (in 2011 bereits enthalten)	1,8	0,8	1,0	0,0	0,8
0.50	Recht und Vergaben	8,0	7,0	-1,00	6,0	6,00	0,00	zD Kreis: 0,940 VZÄ	1,0	0,0	1,0	0,0	0,0
	<b>Zwischensumme</b>	<b>30,0</b>	<b>28,8</b>	<b>-1,20</b>	<b>26,2</b>	<b>25,50</b>	<b>-0,70</b>		<b>3,3</b>	<b>0,8</b>	<b>2,5</b>	<b>1,0</b>	<b>0,8</b>
0.99	ATZ-Freistellungen	1,5	0,5	-1,00	0,0	0,00	0,00		0,5	0,5	0,0	0,0	0,5
	<b>Summe OB-Bereich</b>	<b>31,5</b>	<b>29,3</b>	<b>-2,20</b>	<b>26,2</b>	<b>25,50</b>	<b>-0,70</b>		<b>3,3</b>	<b>1,3</b>	<b>2,5</b>	<b>1,0</b>	<b>1,3</b>
			<b>100,0%</b>			<b>87,2%</b>			<b>12,8%</b>	<b>4,3%</b>	<b>8,5%</b>	<b>3,4%</b>	<b>4,3%</b>

\*zentraler Overhead

0,0 \* davon außerhalb HSK-Zeitraum

Fortschreibung der SOLL-Stellenausstattung der Fachbereiche

Bereich	Stellenplan			Fortschreibung SOLL-Stellenausstattung HSK 2011				geplante Realisierung im HSK-Zeitraum					
	IST 2011	IST 2012	+/-	SOLL 2011	SOLL 2012	+/-	Bemerkungen	Abbau	kw*	offen	NN	Abgänge	
				16	-17						01.01.12	31.12.16	
<b>FB 1 Innere Verwaltung</b>													
1.00	Leitung & Assistenz	4,0	4,0	0,00	4,0	4,00	0,00 zO* Kreis: 0,1 VZÄ (Übernahme WSG**)	0,0	0,0	0,0	0,0	1,0	
1.10	Zentrale Steuerung	6,0	7,0	1,00	5,0	5,00	0,00 zO Kreis: 0,7 VZÄ (Übernahme WSG)	2,0	1,0	1,0	0,0	2,0	
1.20	Personalservice	13,8	13,8	0,00	12,8	12,29	-0,49 zO Kreis: 1,99 VZÄ (1,0 in 2011 enthalten)	1,5	1,0	0,5	0,0	2,0	
1.30	Org und IT	1,0	1,0	0,00	1,0	1,00	0,00	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	
1.30.20	Organisation	3,3	3,5	0,20	2,8	3,00	0,20 zO Kreis: 1,0 VZÄ (in 2011 enthalten), Aufbau***	0,5	0,5	0,0	1,0	0,5	
1.30.30	Informationstechnologie (IT)	12,0	11,5	-0,50	11,0	11,00	0,00 zO Kreis: 2,0 VZÄ (in 2011 enthalten)	0,5	0,5	0,0	0,0	0,5	
1.40	Finanzservice	3,0	3,0	0,00	3,0	2,00	-1,00	1,0	0,0	1,0	0,0	0,0	
1.40.10	Kämmerei	5,0	5,0	0,00	5,0	4,00	-1,00 zO Kreis: 1,46 VZÄ	1,0	0,0	1,0	0,0	1,0	
1.40.20	Stadtkasse	17,0	17,0	0,00	17,0	15,00	-2,00 zO Kreis: 3,0 VZÄ	2,0	0,0	2,0	1,0	1,0	
1.40.30	Steuern	6,0	5,0	-1,00	6,0	5,00	-1,00 zO Kreis: 0,5 VZÄ	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	
	<b>Zwischensumme</b>	<b>71,1</b>	<b>70,8</b>	<b>-0,30</b>	<b>67,6</b>	<b>62,29</b>	<b>-5,29</b>	<b>8,5</b>	<b>3,0</b>	<b>5,5</b>	<b>2,0</b>	<b>8,0</b>	
1.99	ATZ-Freistellungen	2,0	3,0	1,00	0,0	0,00	0,00	3,0	3,0	0,0	1,0	2,0	
	<b>Summe FB 1 ohne Stellenpool</b>	<b>73,1</b>	<b>73,8</b>	<b>0,70</b>	<b>67,6</b>	<b>62,29</b>	<b>-5,29</b>	<b>11,5</b>	<b>6,0</b>	<b>5,5</b>	<b>3,0</b>	<b>10,0</b>	
			100,0%			0,84		15,6%	8,1%	7,4%	4,1%	13,6%	
<b>Stellenpool</b>													
6.99.20	Stellenpool	5,7	4,8	-0,88	0,0	0,00	0,00	4,8	4,8	0,0	0,0	2,0	
6.99.30	ATZ-Freistellungen	1,0	0,0	-1,00	0,0	0,00	0,00	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	
	<b>Summe Stellenpool</b>	<b>6,7</b>	<b>4,8</b>	<b>-1,88</b>	<b>0,0</b>	<b>0,00</b>	<b>0,00</b>	<b>4,8</b>	<b>4,8</b>	<b>0,0</b>	<b>0,0</b>	<b>2,0</b>	
			100,0%			0,00		100,0%	100,0%	0,0%	0,0%	41,7%	
	<b>Zwischensumme FB 1 und Stellenpool</b>	<b>76,8</b>	<b>75,6</b>	<b>-1,18</b>	<b>67,6</b>	<b>62,29</b>	<b>-5,29</b>	<b>0,0</b>	<b>13,3</b>	<b>7,8</b>	<b>5,5</b>	<b>2,0</b>	<b>10,0</b>
	<b>Summe ATZ-Freistellungen</b>	<b>3,0</b>	<b>3,0</b>	<b>0,00</b>	<b>0,0</b>	<b>0,00</b>	<b>0,00</b>	<b>0,0</b>	<b>3,0</b>	<b>3,0</b>	<b>0,0</b>	<b>1,0</b>	<b>2,0</b>
	<b>Summe FB 1 gesamt</b>	<b>79,8</b>	<b>78,6</b>	<b>-1,18</b>	<b>67,6</b>	<b>62,29</b>	<b>-5,29</b>	<b>0,0</b>	<b>10,3</b>	<b>10,8</b>	<b>5,5</b>	<b>3,0</b>	<b>12,0</b>
			100,0%			79,3%		20,7%	13,7%	7,0%	3,8%	15,3%	

\* zentraler Overhead

\*\* Aufgabe Wohnsitzgemeinde KITA/Tagespflege

\*\*\* Aufbau 0.2 durch Stellenverlagerung 0.10/1.30

3,3 \* davon außerhalb HSK-Zeitraum

# Fortschreibung der SOLL-Stellenausstattung der Fachbereiche

Anlage 4  
Personalkonzept 2012 - 2017

Bereich	Stellenplan		+/-	Fortschreibung SOLL-Stellenausstattung HSK 2011			geplante Realisierung im HSK-Zeitraum						
	IST 2011	IST 2012		SOLL 2011	SOLL 2012	+/-	Bemerkungen	Abbau	neu*	offen	100 01.01.12	Abgänge 31.12.16	
				19	-17								
<b>FB 2 Stadtplanung, Wirtschaft und Bauordnung</b>													
2.00	Leitung lt. Assistenz	3,0	2,0	-1,00	3,0	2,00	-1,00	Verlagerung Bildung FB 8	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
2.00.10	Dezentrale Steuerung	6,5	4,0	-2,50	6,0	4,00	-2,00	Verlagerung WSD* lt. Wohnortplanung FB 1 / FB 8	0,0	0,0	0,0	0,0	1,0
2.10	Bauordnung, Abwasseremissionsschutz	3,0	3,0	0,00	3,0	3,00	0,00		0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
2.10.10	Bauerbüch	9,0	8,0	-1,00	8,0	8,00	0,00		0,0	0,0	0,0	0,0	4,0
2.10.20	Bauverwaltung	3,5	3,5	0,00	3,0	3,00	0,00		0,5	0,5	0,0	0,0	0,5
2.20	Stadtplanung	4,0	4,0	0,00	4,0	4,00	0,00		0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
2.20.10	Fachplanung	7,5	6,0	-1,50	6,0	6,00	0,00		0,0	0,0	0,0	0,0	1,0
2.20.20	Bauleitplanung	7,5	5,5	-1,00	6,0	5,00	-1,00	zusätzlicher Abbau	1,5	1,5	0,0	1,0	3,0
2.40	Wirtschaft, Stadtentw. & Wohnen	2,0	2,0	0,00	2,0	2,00	0,00		0,0	0,0	0,0	1,0	0,0
2.40.10	Stadtentwicklung lt. Städtebau	7,5	7,4	-0,13	7,0	6,88	-0,13	Stellentausch FB 8 (ca. 0,1) -> FB 2 (ca. 0,1)	0,5	0,5	0,0	1,0	2,5
2.40.20	Wirtschaft und Arbeit	4,5	4,0	-0,50	4,0	4,00	0,00		0,0	0,0	0,0	0,0	1,0
2.40.30	Wohnfeld	7,0	7,0	0,00	7,0	7,00	0,00		0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
	<b>Zwischensumme</b>	<b>65,0</b>	<b>57,4</b>	<b>-7,63</b>	<b>59,0</b>	<b>54,88</b>	<b>-4,13</b>		<b>2,5</b>	<b>2,5</b>	<b>0,0</b>	<b>3,0</b>	<b>13,0</b>
2.99	ATZ-Freistellungen	8,0	11,0	3,00	0,0	0,00	0,00		11,0	11,0	0,0	1,0	10,5
	<b>Summe FB 2</b>	<b>73,0</b>	<b>68,4</b>	<b>-4,61</b>	<b>69,0</b>	<b>64,88</b>	<b>-4,13</b>		<b>11,5</b>	<b>11,5</b>	<b>0,0</b>	<b>4,0</b>	<b>23,5</b>
			<b>100,0%</b>			<b>89,3%</b>			<b>15,7%</b>	<b>16,7%</b>	<b>0,0%</b>	<b>5,9%</b>	<b>34,4%</b>

\* Aufgabe Wohnortplanung KIM/Agrespflege

2,5 \* davon zusätzlich HSK-Zeitraum

Fortschreibung der SOLL-Stellenausstattung der Fachbereiche

Anlage 4  
Personalbericht 2012 - 2017

Bereich	Stellenplan		+/-	Fortschreibung SOLL-Stellenausstattung HSK 2011				geplante Realisierung im HSK-Zeitraum				
	St 2011	St 2012		SOLL 2011	SOLL 2012	+/-	Bemerkungen	Abbau	ke*	offen	HR	Ausgabe
				16	17						01.01.12	31.12.16
<b>FB 3 Sicherheit und Ordnung</b>												
3.00 Leitung & Assistenz	5,0	5,0	0,00	5,0	5,00	0,00		0,0	0,0	0,0	0,0	1,0
3.10 Ordnung & Gewerbe	29,7	6,0	0,00	28,2	5,00	0,15	Anpassung Aufgabebeschwäche	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
3.10.10 Gewerbe		5,0			5,00			0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
3.10.20 Ordnungswidrigkeiten		7,2			6,00			1,2	1,2	0,0	1,0	0,5
3.10.30 Außerdienst		12,5			12,50			0,0	0,0	0,0	1,0	2,5
3.50 Straßenverkehr	17,0	16,0	-1,00	16,0	15,00	1,00	Festlegung DB HH-Pflegegespräche	1,0	0,0	1,0	1,0	1,0
3.60 Einwohnerservice	2,0	2,0	0,00	2,0	2,00	0,00		0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
3.60.10 Bürgerbüro	17,0	17,0	0,00	17,0	17,00	0,00	Zusammenlegung Bürgerbüro - Pass/Mekte	0,0	0,0	0,0	0,0	4,0
3.60.20 Pass- und Meldewesen	9,5	9,0	-0,50	9,0	9,00	0,00		0,0	0,0	0,0	1,0	3,0
3.60.30 Ständesamt	6,0	6,0	0,00	6,0	5,00	1,00	1 zusätzliche Stelle befristet bis 2017	1,0	1,0	0,0	0,0	2,0
<b>Zwischensumme 1</b>	<b>86,2</b>	<b>84,7</b>	<b>-1,50</b>	<b>83,2</b>	<b>81,50</b>	<b>-1,65</b>		<b>3,2</b>	<b>2,2</b>	<b>1,0</b>	<b>4,0</b>	<b>14,0</b>
3.30 Brandschutz & Rettungsdienst	3,0	4,0	1,00	3,0	3,00	0,00	Verlagerung Stelle IRLS vom FB 4	1,0	1,0	0,0	0,0	0,0
3.30.10 Verwaltung	4,0	4,0	0,00	4,0	4,00	0,00		0,0	0,0	0,0	1,0	1,0
3.30.30 Einsatzdienst	84,0	83,0	-1,00	84,0	82,00	2,00	Verlagerung Stelle nach 3.30.40	0,0	0,0	0,0	3,0	14,0
3.30.40 Vorbegehender Brandschutz	2,0	3,0	1,00	2,0	3,00	1,00	Verlagerung Stelle von 3.30.30	0,0	0,0	0,0	0,0	1,0
3.30.50 Technik	3,0	3,0	0,00	3,0	3,00	0,00		0,0	0,0	0,0	0,0	1,0
<b>Zwischensumme 2</b>	<b>96,0</b>	<b>97,0</b>	<b>1,00</b>	<b>96,0</b>	<b>96,00</b>	<b>0,00</b>		<b>1,0</b>	<b>1,0</b>	<b>0,0</b>	<b>4,0</b>	<b>17,0</b>
<b>Zwischensumme 1 + 2</b>	<b>182,2</b>	<b>181,7</b>	<b>-0,50</b>	<b>179,2</b>	<b>177,50</b>	<b>-1,65</b>		<b>4,2</b>	<b>3,2</b>	<b>1,0</b>	<b>8,0</b>	<b>31,0</b>
ATZ-Freistellungen	5,0	6,0	1,00	0,0	0,00	0,00		0,0	0,0	0,0	3,0	6,0
<b>Summe FB 3</b>	<b>187,2</b>	<b>189,7</b>	<b>2,50</b>					<b>12,2</b>	<b>11,2</b>	<b>1,0</b>	<b>12,0</b>	<b>47,0</b>
		100,0%			<b>93,0%</b>			<b>6,4%</b>	<b>5,9%</b>	<b>0,5%</b>	<b>5,8%</b>	<b>19,0%</b>

2,7 \* davon außerhalb HSK-Zeitraum

# Fortschreibung der SOLL-Stellenausstattung der Fachbereiche

Anlage 4  
Personalbudget 2012 - 2017

Bereich	Stellenplan		+/-	Fortschreibung SOLL-Stellenausstattung HSK 2011			Bemerkungen	geplante Realisierung im HSK-Zeitraum				
	IST 2011	IST 2012		SOLL 2011	SOLL 2012	+/-		Abbau	kw*	offen	MM	Abgänge
				16	-17						01.01.12	31.12.16
<b>FB 8 Kultur, Schule, Sport</b>												
8.00 Leitung & Assistenz	2,0	2,0	0,00	2,0	2,00	0,00	Streichung FBL, Verlagerung ABL SKB	0,0	0,0	0,0	1,0	0,0
8.00.10 Dezentrale Steuerung	5,5	5,5	0,00	5,0	4,95	0,00		0,5	0,5	0,0	1,0	1,5
8.00.20 Stadtmarketing	3,9	3,9	0,00	3,9	3,88	0,00		0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
8.90.30 Sport	2,0	2,0	0,00	2,0	1,50	-0,50	Festlegung OB HH-Pflegesprache	0,5	0,0	0,5	0,0	1,0
8.00.40 Förderungen und Bildung	0,0	2,0	2,00	0,0	2,00	2,00	Verlagerung Bildung, Soziales vom FB 7	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
8.10 Städtischer Kulturbetrieb	5,0	4,0	-1,00	3,0	2,00	-1,00	Stellentausch FB 8 (vorw.) - FB 2 (zuvor)	2,0	0,0	2,0	1,0	0,0
8.10.40 Regionalbibliothek	10,8	18,1	-0,47	16,7	16,65	0,00		1,5	1,5	0,0	0,0	3,5
8.10.50 Regionalmuseum	6,7	6,2	-0,50	6,0	6,00	0,00		0,2	0,2	0,0	0,0	0,0
8.10.60 Kunstsammlung	4,3	4,3	0,00	3,8	3,80	0,00		0,5	0,5	0,0	0,0	0,5
8.10.70 Stadtarchiv	4,0	4,0	0,00	3,8	3,75	0,00		0,2	0,0	0,2	0,0	0,0
8.90 Schule	8,3	10,4	-2,10	8,3	10,40	2,10	Anhebung Schulsekretärin auf Ü.B. pro Schule	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
8.99 ATZ-Fremstellungen	2,7	2,9	0,23	0,0	0,00	0,00		2,9	2,9	0,0	0,0	2,9
<b>Summe (Ü.B.)</b>	<b>117</b>	<b>117</b>	<b>0,00</b>	<b>57</b>	<b>57,10</b>	<b>-0,10</b>		<b>12,0%</b>	<b>8,5%</b>	<b>4,7%</b>	<b>5,8%</b>	<b>14,4%</b>
		<b>100,0%</b>			<b>87,4%</b>				<b>0,6</b>	* davon zusätzlich mit Zinsen		



Konzept zur Sicherung der finanziellen Leistungsfähigkeit (KSfL)

2012 bis 2017

Eigenbetrieb Immobilienmanagement der Stadt Neubrandenburg

## Konzept zur Sicherung der finanziellen Leistungsfähigkeit (KSfL) des Eigenbetriebes Immobilienmanagement der Stadt Neubrandenburg 2012 – 2017

### 1. Grundlage:

Gemäß §§ 64, 43 Abs. 3 der Kommunalverfassung für das Land Mecklenburg-Vorpommern (KV M-V) besteht auch für den Eigenbetrieb Immobilienmanagement der Stadt Neubrandenburg bei einem nicht ausgeglichenen Erfolgsplan die Verpflichtung ein Haushaltssicherungskonzept zu beschließen.

Das Innenministerium Mecklenburg-Vorpommern hat mit den rechtsaufsichtlichen Entscheidungen zur Haushaltssatzung 2010 und Haushaltssicherungskonzept 2010-2015 der Stadt Neubrandenburg vom 12. November 2010 die Anordnung getroffen, das Konzept zur Sicherung der finanziellen Leistungsfähigkeit (KSfL) für den Eigenbetrieb Immobilienmanagement fortzuschreiben. Gleichwohl der bisherigen positiven Bemühungen, wurde auf die besondere Bedeutung einer weiteren Stärkung der Wirtschaftlichkeit des SIM für eine erfolgreiche Haushaltskonsolidierung hingewiesen. Der Eigenbetrieb kommt diesem Erfordernis durch die Fortschreibung des KSfL für die Jahre 2012 - 2017 im Zusammenhang mit der angeordneten Überarbeitung des Haushaltssicherungskonzeptes (HSK) der Stadt Neubrandenburg nach.

#### *Wirtschaftsplanung 2012 - Rahmenbedingungen*

Wie in vorangegangenen Berichtsjahren wurden die Standards der Aufgabenerfüllung und der von der Stadtverwaltung in Anspruch genommene Leistungsumfang überprüft. Dabei wurde festgestellt, dass im Berichtsjahr wie auch in den Vorjahren, aufgrund der Haushaltslage keine laufende Instandhaltung der Hochbauten, Straßen und Grünanlagen durchgeführt werden konnte, sondern lediglich Maßnahmen zur Gewährleistung der Verkehrssicherheit und Reparaturen. Demzufolge erweist sich eine weitere Absenkung dieses Standards als schwierig.

Die Inanspruchnahme der Leistungen der Stadtverwaltung regelt sich nach der Dienstanweisung zur internen Leistungsverrechnung zwischen den Teilhaushalten der Verwaltung und zur Leistungsverrechnung mit den Eigenbetrieben der Stadt Neubrandenburg (DA ILV/LV EB 1.10.05) und dem Katalog der Querschnittsaufgaben. Im Leistungsgebiet Bewirtschaftung von Hochbauten ist entsprechend einer Weisung des Innenministeriums wegen des nicht ausgeglichenen Haushaltes der Stadt die Kalkulation der Kaltmieten und Nutzungsentschädigungen der öffentlich genutzten Immobilien weiterhin ohne Abschreibungen und Eigenkapitalverzinsung vorgenommen worden. Die Bewirtschaftung von Straßen und Grünflächen wurde weiterhin von den nicht zu erhebenden Entgelten in Form von Benutzungsgebühren für das Stadtgrün oder das Straßennetz geprägt. Damit ist dem Eigenbetrieb Immobilienmanagement auch im Jahr 2012 nicht die Möglichkeit eines ausgeglichenen Erfolgsplanes gegeben. Im Wirtschaftsplan 2012 wird ein Jahresverlust in Höhe von rund - 3,4 Mio. Euro prognostiziert. Dabei wurden die Auswirkungen der Kreisgebiets- und Funktionalreform berücksichtigt. In Umsetzung des Landkreisneuordnungsgesetzes (LNOG M-V) werden die Schulkomplexe und Sportstätten von 2 Gymnasien, 2 Beruflichen Schulen, 3 Förderschulen und einer integrierten Gesamtschule sowie die mit der Erfüllung der übertragenden Aufgabe im direkten Zusammenhang stehenden 15 Mitarbeiter (i. W. Schulhausmeister) zum Landkreis Mecklenburgische Seenplatte übergeben.

## *Landesvergleich*

Im Landesvergleich zeigt die Stadt Neubrandenburg jedoch ein durch den Eigenbetrieb sehr gut geführtes Gebäudemanagement. Dies wurde zuletzt in der vorgelegten Studie des Institutes für angewandte Informatik im Bauwesen e.V. Wismar in Zusammenarbeit mit der Hochschule Wismar (gefördert durch das Innenministerium des Landes Mecklenburg-Vorpommern) vom November 2008 und dem daraus resultierenden Leitfaden zum kommunalen Gebäudemanagement in Mecklenburg-Vorpommern vom 28. Oktober 2009 bestätigt. Die Studie wies den Zusammenhang zwischen den Kosten und der Organisation der Gebäudebewirtschaftung nach und beschäftigte sich eingehend mit den zugrundeliegenden Prozessen. Im Ergebnis wurde der Stadt Neubrandenburg der professionellste Organisationsstand aller Beteiligten bescheinigt. Durch das vorhandene gute Gebäudemanagement wurden vor allem Einsparungspotentiale bei den Kosten genutzt. Im Städtevergleich zeigte Neubrandenburg in den Bereichen Instandhaltung und Bauunterhaltung sowie Reinigungsbewirtschaftung sehr niedrige Kosten. Im Bereich des Energiemanagements konnte auf ein zentrales Energiemanagement und ein fortgeschrittenes Vertragsmanagement verwiesen werden.

Damit konnte der Nachweis erbracht werden, dass sich beginnend mit rein organisatorischen Maßnahmen das Immobilienmanagement nachhaltig verbessern lässt. Alle bisherigen Schwachstellen, bspw. die dezentralen Strukturen, unbekannte Geschäftsprozesse, nicht vorhandene geeignete Softwarelösungen, schlechte Konditionen bei externen Dienstleistern durch mangelndes Vertragsmanagement, Reinigungsbewirtschaftung, Energiemanagement und wirkliche Kostenkontrolle konnten mit der Eigenbetriebsbildung beseitigt werden. Es wurden transparente und verbesserte Abläufe und Strukturen geschaffen, Steuerungsmöglichkeiten entwickelt, Kostentransparenz geschaffen und bereits nachhaltige Kosteneinsparungen erzielt. Auf dieser Basis wird weiter gearbeitet und nach weiteren Möglichkeiten gesucht, das wirtschaftliche Ergebnis weiter nachhaltig zu verbessern. Insgesamt hat sich die Zentralisierung unter kaufmännischen Bedingungen bereits als ein erfolgreiches Modell für die Immobilienbewirtschaftung erwiesen.

## 2. Ausgangs- und Entwicklungslage:

### 2.1. Erfolgsplan

Erfolgsplan	2009	2010	2011	2012
	TEUR	TEUR	TEUR	TEUR
geplantes Jahresergebnis	-4.918	-3.908	-6.946	-3.472
Jahresergebnis IST	-3.522	-3.185		
Jahresergebnis voraussichtlich				
Umsatzerlöse	17.229	18.096	18.101	12.360
Bestandsveränderung	381	-114	-200	-200
Sonstige betriebliche Erträge	19.234	15.008	9.822	15.866
Erträge aus der Auflösung von Sonderposten	3.138	4.300	3.500	3.100
Zinserträge	143	30	35	12
Erträge aus Beteiligungen	584	580	363	0
Außerordentliche Erträge		166		
Summe Erträge/Einnahmen	40.689	38.066	31.821	31.138
Aufwendungen für bezogene Leistungen	11.728	12.780	12.249	9.893
Personalaufwand	7.899	7.764	8.397	7.486
Abschreibungen	8.548	9.444	8.719	7.801
Sonstige betriebliche Aufwendungen	11.886	8.793	5.222	6.700
Zinsaufwand	4.028	3.998	3.854	2.540
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	-2	-2	57	4
Sonstige Steuern	124	135	68	136
Außerordentliche Aufwendungen		359		
Summe Anwendungen/Ausgaben	44.211	43.251	38.567	34.590
Jahresgewinn/Jahresverlust	-3.522	-3.185	-6.946	-3.472

Das Jahresergebnis des Geschäftsjahres 2009 enthält Auflösungsbeträge für in Vorjahren gebildete Rückstellungsbeträge, deren Grundlage im Geschäftsjahr 2010 und den nachfolgenden Planjahren entfallen ist. Entgegen der Planung dieser Auflösungsbeträge im Jahr 2010 erfolgte die Auflösung bereits im Jahr 2009 und begründet die gegenläufigen Plan-Ist-Abweichungen dieser Jahre. Die außerordentlichen Erträge und Aufwendungen des Geschäftsjahres 2010 betreffen einmalige Anpassungen an das Bilanzrechtsmodernisierungsgesetz (BilMoG).

Das Planjahr 2012 zeigt den Rückgang von Mieten und Betriebskosten für im Rahmen der Kreisgebietsreform übergegangene Objekte. Dem gegenüber stehen Minderungen der Personalaufwendungen (Wegfall Personalkosten übergehendes Personal), der Materialaufwendungen (Wegfall der Betriebskosten und Instandhaltungsaufwendungen), der sonstigen betrieblichen Aufwendungen (Minderung sonstige Verwaltungskosten), der Abschreibungen und der Aufwendungen für langfristige Zinsen (Wegfall Kapitaldienste).

## 2.2. Personalentwicklung

Die Personalentwicklung der Planjahre 2012 und Nachfolgende zeigt einen stetigen Rückgang der Personalstellen. In Erfüllung der Vorgaben des Landesrechnungshofes (hier überörtliche Prüfung der Stadt Neubrandenburg, Prüfungsmittelteilung des Landesrechnungshofes vom November 2010) werden die geforderten Einsparungen im Vergleich zum Basisjahr 2009 in der mittelfristigen Personalplanung durch den Abbau aufgrund von Altersteilzeit und Altersrente erfüllt. Wir verweisen auf Anlage 1 zum KSfL 2012-2017.

## 2.3. Übersichten der Kw-Vermerke 2012 - 2017

Jahr	2012	2013	2014	2015	2016	2017	2018	2019
Anzahl in VzÄ ohne ATZ	3,0					0,5	1,0	1,5
Anzahl in VzÄ mit ATZ	6,0	3,0	1,44	3,0	1,5	2,0	1,0	1,5

## 3. Sicherung der finanziellen Leistungsfähigkeit aus dem KSfL für die Finanzplanungsjahre

Mit dem Wirtschaftsplan 2012 kann der Eigenbetrieb Immobilienmanagement der Stadt Neubrandenburg aufgrund der immer noch fehlenden vollständigen Einbeziehung von Abschreibungen in die Mietkalkulationen selbstgenutzter Hochbauten und fehlender Nutzungsentgelte für die Bewirtschaftung von Straßen, Verkehrs- und Grünanlagen einen ausgeglichenen Erfolgsplan nicht erreichen. Das KSfL trägt dazu bei, das Defizit zu verringern und weitere Optimierungsmaßnahmen zur allgemeinen

Sicherung der Haushaltslage beizusteuern. Ein wesentlicher Beitrag des Eigenbetriebes besteht darin, die kontinuierlich steigenden Aufwendungen für bezogene Leistungen von Dritten für die Immobilienbewirtschaftung so weit wie möglich durch eigene Rationalisierungsmaßnahmen zu kompensieren.

#### 4. Maßnahmen zur Sicherung der finanziellen Leistungsfähigkeit

In den folgenden Anlagen werden die Sachstandsberichte aus den Maßnahmen des KSfL 2012 – 2017 und der Konsolidierungsbedarf für den Wirtschaftsplan 2012 – 2017 dargestellt.

**Ergebnisjahr 2011 (vorbehaltlich dem Jahresabschluss)**

Maßnahme - Nr.	Bezeichnung der Maßnahme	Erlöse in EUR	Kosten- einsparungen in EUR
2007/3	Senkung der Personalkosten durch altersbedingten Personalabbau	0	0
2007/16	Überprüfung der Entgelteingruppierungen gemäß gültigem Tarifvertrag für den öffentlichen Dienst (TVöD)	0	0
2007/19	Zinsmanagement - Zinssicherung	0	3.300
2010/2	Prüfung der Wirtschaftlichkeit der Verwaltungsdienste Druckerei und Beschaffung	0	47.900
2010/3	Prüfung der Optimierung der Auslastung von Sportstätten	0	134.000
2010/4	Prüfung von Förderungen nach SchwAV	0	29.200
2010/5	Reduzierung des Bewirtschaftungsaufwandes für 2 Anschlussgleise	0	0
2011/1	Senkung von Qualitätsstandards im Bereich Straße/Grün	0	0
2011/2	Ergebnisverbesserungen aus Parkraumbewirtschaftung	37.800	0
<b>Gesamt</b>		37.800 <u>252.200</u>	214.400

SIM - Zusammenstellung der Maßnahmen und deren wirtschaftlichen Auswirkungen									
		Ausgangsjahr		Wirtschaftliche Auswirkungen					
		2012		2012	2013	2014	2015	2016	2017
Maßnahme - Nr.	Maßnahme Bezeichnung	Erlöse	Kosten	voraussichtliche Auswirkungen					
		EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR
2007/3	Senkung der Personalkosten durch altersbedingten Personalabbau Prüfauftrag								
2007/16	Überprüfung der Entgeltengruppierungen gemäß gültigem Tarifvertrag für den öffentlichen Dienst (TVöD) Personalaufwand <i>davon Liquiditätsverbesserung KV / Bereich Hochbau</i> <i>davon Liquiditätsverbesserung KV / Bereich Straße, Grün</i> <i>davon Ergebnisverbesserung SIM</i>	0	7.486.000	0	0	0	0	0	0
2010/3	Prüfung der Optimierung der Auslastung von Sportstätten Materialaufwand <i>davon Liquiditätsverbesserung KV / Bereich Hochbau</i> <i>davon Liquiditätsverbesserung KV / Bereich Straße, Grün</i> <i>davon Ergebnisverbesserung SIM</i>	0	9.893.000	-50.000	-50.000	-50.000	-50.000	-50.000	-50.000
2010/4	Prüfung von Förderungen nach SchwAV Sonstige betriebliche Erträge <i>davon Liquiditätsverbesserung KV / Bereich Hochbau</i> <i>davon Liquiditätsverbesserung KV / Bereich Straße, Grün</i> <i>davon Ergebnisverbesserung SIM</i>	15.866.000	0	28.300	28.300	28.300	28.300	28.300	28.300
2011/1	Senkung von Qualitätsstandards im Bereich Straße/Grün Prüfauftrag								

		Ausgangsjahr		Wirtschaftliche Auswirkungen					
		2012		2012	2013	2014	2015	2016	2017
Maßnahme - Nr.	Maßnahme Bezeichnung	Erlöse	Kosten	voraussichtliche Auswirkungen					
2012/1	Vereinbarung zur Grundstücksnutzung durch Fernwärmanlagen Prüfauftrag								
2012/2	Prüfung der Wirtschaftlichkeit der Verwaltungsdienstleistungen durch die Veränderungen der Kreisgebietsreform Prüfauftrag								
2012/3	Reduzierung von Bewirtschaftungskosten Anschlussbahnen Prüfauftrag								
Insgesamt	Zusammenfassung aller Maßnahmen								
	Gesamtvolumen der Einsparungen aller Maßnahmen			-78.300	-78.300	-78.300	-78.300	-78.300	-78.300
	<i>davon Liquiditätsverbesserung KV / Bereich Hochbau</i>			-50.000	-50.000	-50.000	-50.000	-50.000	-50.000
	<i>davon Liquiditätsverbesserung KV / Bereich Straße,Grün</i>			0	0	0	0	0	0
	<i>davon Ergebnisverbesserung SIM</i>			-28.300	-28.300	-28.300	-28.300	-28.300	-28.300

Maßnahme Nr.:	2007/3
Maßnahme-bezeichnung:	Senkung der Personalkosten durch altersbedingten Personalabbau
Erläuterung:	Prüfung von weiteren Einsparungspotentialen im Personalbereich und damit erzielbaren Minderungen beim Personalaufwand
Umsetzungsstand:	Berichtsjahr 2011
	Durch bestätigte Altersteilzeitverträge und nicht erfolgte Wiederbesetzungen im Saldo von 5,3 VzÄ wurden im Berichtsjahr 2011 Einsparungen für Personalkosten erzielt, die im Erfolgsplan des Wirtschaftsjahres dargestellt sind.
	Die mittelfristige Erfolgsplanung des Eigenbetriebes berücksichtigt bis zum Jahr 2019 die Umsetzung von 6 VzÄ (ohne ATZ) mit kw-Vermerken. Unter Berücksichtigung der ATZ-Modelle sind 19,44 VzÄ ausgewiesen.
	Die Stellenausstattung bei einem IST-Stand zum 01.01.2012 von 149,02 VzÄ reduziert sich bis 2017 auf 135,02 VzÄ
	Die mittelfristigen Planung der Jahre 2013 bis 2015 weist eine Einsparung von 13 VzÄ und darüber hinaus 1 VzÄ im Folgejahr aus. Zusätzlich erfolgt der Abbau von auslaufenden ATZ-Stellen der Passivphase von insgesamt 13,44 VzÄ bis zum Jahr 2017.
	Für die weitere Einsparung von Personalaufwendungen sind:
	<ol style="list-style-type: none"> <li>1. die Umsetzung der nicht mit kw-Vermerken untersetzten Zielstellenplanung in allen Bereichen des Eigenbetriebes</li> <li>2. die zeitnahe Umsetzung der Zielstellenplanung bis zum Berichtsjahr 2017 zu prüfen.</li> </ol>
	Weitere Einsparpotentiale sollen durch die Prüfung der Stellenreduzierungen von Overheadpersonal aufgrund der Aufgabenentwicklung nach dem Aufgaben- und Personalübergang im Zuge der Kreisgebietsreform erschlossen werden.
	Auf das Personalentwicklungskonzept (Anlage 1) wird verwiesen.
	Die Maßnahme wird als Prüfauftrag fortgeführt.
Wirtschaftliche Auswirkungen:	2012-2017

Maßnahme Nr.: 2007/16  
 Maßnahme-bezeichnung: Überprüfung der Entgelteingruppierungen gemäß gültigem Tarifvertrag für den öffentlichen Dienst (TVöD)  
 Erläuterung: Nach den Strukturveränderungen im Eigenbetrieb sind neue Ansätze der Tätigkeitsmerkmale und Aufgaben zu prüfen und zu bewerten.

Umsetzungsstand: Berichtsjahr 2011

Im Rahmen von Umstrukturierungen und Neubesetzungen wurden in 2011 für 8 Mitarbeiter die Aufgaben neu bewertet und bei Neubesetzung angepasst. Die Veränderungen flossen in die berechneten Einsparungen zu Maßnahme 2007-3 ein.

Dabei bergen insbesondere betriebsbedingte Kündigungen bzw. Änderungskündigungen unkalkulierbare Risiken. Aufgrund der vorzunehmenden Sozialauswahl nach den Kriterien Betriebszugehörigkeit, Lebensalter, Unterhaltsverpflichtungen und Schwerbehinderung ist die Einflussnahme darauf, wem gekündigt wird, nur sehr begrenzt gegeben und birgt das Risiko, dass die leistungsfähigsten und besser qualifizierten Beschäftigten dazugehören.

Die Maßnahme wird vor dem Hintergrund des im Zuge der Kreisgebietsreform erfolgten Aufgaben- und Personalüberganges fortgesetzt und findet rechnerische Berücksichtigung in den Einsparungen zu 2007-3.

Wirtschaftliche Auswirkungen: 2012-2017

Wirtschaftsjahr	Basis Plan 2012	2012	2013	2014	2015	2016	2017
<i>(Angaben in EUR)</i>							
Position Erfolgsplan SIM zu 6) Personalaufwand	7.486.000						
Liquiditätsverbesserung KV							
<i>Reduzierung Mieten Sparte Hochbauten</i>							
<i>Reduzierung Zuschuss Sparte Straßen/Grün</i>							
Ergebnisverbesserung SIM		0	0	0	0	0	0

Maßnahme Nr.:	2007/19
Maßnahme-bezeichnung:	Zinsmanagement - Zinssicherung
Erläuterung:	Durch eine weitere Verbesserung des Zins- und Liquiditätsmanagements sollen insbesondere im Hinblick auf eine Sicherung der Zahlungsfähigkeit die Zinsaufwendungen für die Inanspruchnahme von Krediten gesenkt werden.
Umsetzungsstand:	Berichtsjahr 2011
	Im Berichtsjahr konnten durch Absenkungen der Zinssätze und Laufzeitanpassungen insgesamt Einsparungen bei der Bedienung langfristiger Darlehen in Höhe von
	<u>3.300</u> EUR
	erzielt werden.
	Im Jahr 2012 und im Folgejahr stehen keine weiteren Umschuldungen an. Die Maßnahme wird beendet.
	Wir verweisen auf die HSK Maßnahme 2006/1/4, in deren Erfüllung die Einführung eines Cashmanagements der Stadt Neubrandenburg mit den Eigengesellschaften und Eigenbetrieben der Stadt angestrebt wird.
Wirtschaftliche Auswirkungen:	2012-2017

Maßnahme Nr.: 2010/2

Maßnahme-bezeichnung: Prüfung der Wirtschaftlichkeit der Verwaltungsdienste Druckerei und Beschaffung

Erläuterung: Die Leistungen der Druckerei sowie der zentralen Beschaffung werden im Rahmen einer Wirtschaftlichkeitsuntersuchung hinsichtlich der Einsparungspotentiale bei Fremdvergabe der Aufträge untersucht.

Umsetzungsstand: Berichtsjahr 2011

Im Sachgebiet Verwaltungsdienste wurde die Beschaffung von Büromaterialien beginnend im 4. Quartal 2010 vollständig umorganisiert und nunmehr über eine Internetbestellplattform abgewickelt. Durch die volle Umsetzung der Maßnahme im Berichtsjahr konnten hohe Personalkosten und sonstige Sachkosten (kalkulatorische Mieten) eingespart werden.

Personalkosten	EUR	45.500
sonstige Sachkosten	EUR	2.400
<hr/>		
Einsparung insgesamt	EUR	<u>47.900</u>

Die Maßnahme wird beendet und geht über in die Maßnahme 2012/2

Maßnahme Nr.: 2010/3  
 Maßnahme-Bezeichnung: Prüfung der Optimierung der Ausstattung von Sportstätten  
 Erläuterung: Die Nutzungszeiten und Auslastungen von Sportstätten und Sportsportkomplexen werden hinsichtlich einer möglichen Optimierung und damit verbundenen Kostenersparnis untersucht.

Umsetzungsjahr: Berichtsjahr 2011  
 Mit den derzeit vorgehaltenen Sportstätten und Sportanlagen werden der Schulsport sowie umfangreiche Angebot im Vereins- und Leistungssport abgesichert. Mittels einer Wirtschaftlichkeitsuntersuchung wurde vor dem Hintergrund steigender Energie- und Bewirtschaftungskosten und unter Erhalt des derzeitigen Angebotsniveaus eine optimale Auslastung aller vorhandenen Kapazitäten erreicht.

Im Ergebnis konnten in Folge der Schließung von 2 Turnhallen (Ost II Leibnizstraße und TH Krämerstraße) zum Ende 2010 die Auslastung optimiert und Kosten der Bewirtschaftung für das Berichtsjahr 2011 wie folgt minimiert werden:

TH Ost II	EUR	47.700
TH Krämerstraße	EUR	86.300
<b>Einsparung insgesamt</b>	<b>EUR</b>	<b>134.000</b>

Die Maßnahme wird vor dem Hintergrund der Kreisgebietsreform für die verbleibenden Sporthallen fortgeführt.

Wirtschaftliche Auswirkungen: 2012-2017

Wirtschaftsjahr	Basis Plan 2012	2012	2013	2014	2015	2016	2017
<i>(Angaben in EUR)</i>							
Position Erfolgsplan SIM zu 5) Materialaufwand	9.893.000						
Liquiditätsverbesserung KV Reduzierung Mieten Sparte Hochbauten		-50.000	-50.000	-50.000	-50.000	-50.000	-50.000
Reduzierung Zuschuss Sparte Straßen/Grün							
Ergebnisverbesserung SIM							

Maßnahme Nr.: 2010/4  
 Maßnahme-bezeichnung: Prüfung von Förderungen nach SchwAV  
 Erläuterung: Nach SchwAV werden vom Integrationsamt Förderungen für Mitarbeiter mit Behinderungen bei Vorliegen bestimmter Anspruchsvoraussetzungen gewährt.

Umsetzungsstand: Berichtsjahr 2011

Im Bereich des Kulturparkes wurden in vorangegangenen Geschäftsjahren bereits Förderungen aus Förderprogrammen für die Eingliederung und Beschäftigung von Menschen mit Behinderungen gewährt. Die weitere Förderung durch entsprechende Anschlussprogramme und die mögliche Förderung weiterer Mitarbeiter durch ähnliche oder neu aufgelegte Förderprogramme ist unter Abprüfung der erforderlichen Anspruchsvoraussetzungen zu ermitteln.

Entsprechende Förderanträge wurden gestellt und in Teilen für das Berichtsjahr bewilligt. Die Bewilligung der Mittel hängt neben einer positiven Antragsprüfung und Bescheidversendung auch von der Höhe der von Land und Bund bereitgestellten Fördersumme und Förderquote ab.

Einsparung insgesamt EUR 29.200

Die Maßnahme wird weitergeführt.

Wirtschaftliche Auswirkungen: 2012-2017

Wirtschaftsjahr	Basis Plan 2012	2012	2013	2014	2015	2016	2017
<i>(Angaben in EUR)</i>							
Position Erfolgsplan SIM zu 4) sonstige betriebliche Erträge	15.866.000						
Liquiditätsverbesserung KV <i>Reduzierung Mieten Sparte Hochbauten</i> <i>Reduzierung Zuschuss Sparte Straßen/Grün</i>		28.300	28.300	28.300	28.300	28.300	28.300
Ergebnisverbesserung SIM		28.300	28.300	28.300	28.300	28.300	28.300

Maßnahme Nr.:	2010/5
Maßnahme-bezeichnung:	Reduzierung des Bewirtschaftungsaufwandes für 2 Anschlussgleise
Erläuterung:	Durch Fremdvergabe der Bewirtschaftung für zwei weitere Anschlussgleise an einen Betreiber werden Bewirtschaftungskosten gemindert.
Umsetzungsstand:	Berichtsjahr 2011
	<p>Im Geschäftsjahr 2009 wurde das Anschlussgleis Weitin an einen Betreiber unter Abschluss entsprechender Entgeltverträge übergeben. Für zwei weitere Anschlussgleise ist daher ebenfalls eine Fremdvergabe unter der Zielvorgabe einer Reduzierung von Bewirtschaftungsaufwendungen zu prüfen.</p> <p>Eine entsprechende Anfrage des bereits bestehenden Vertragspartners wurde geprüft. Hierzu werden Wirtschaftlichkeitsberechnungen durchgeführt und entsprechende Gespräche geführt.</p> <p>Im Ergebnis ist ein Betreiberwechsel aufgrund der Förderschädlichkeit für ausgereichte Fördermittel und die damit verbundenen Rückzahlungspflicht nicht anzustreben.</p> <p>Die Maßnahme wird beendet und geht über in die Maßnahme 2012/3.</p>
Wirtschaftliche Auswirkungen:	2012-2017

Maßnahme Nr.: 2011/1

Maßnahme-bezeichnung: Senkung von Qualitätsstandards im Bereich Straße/Grün

Erläuterung: Prüfung von Qualitätsstandards im Bereich Straße/Grün und möglicher Einsparungen durch Absenkungen bisheriger Standards und Leistungsumfänge

Umsetzungsstand: Berichtsjahr 2011

Im Bereich Straße/Grün ist das bisherige Leistungs- und Pflegeniveau zur Aufrechterhaltung der Verkehrssicherheit und der Wohnqualität der Stadt geboten. Weitere Einsparungen sind nur durch die Absenkung der bisherigen Standard möglich. Hierzu werden Prüfungen und die Abstimmung mit allen Interessenspartnern u.a. zu den nachfolgenden Sachverhalten durchgeführt.

Prüfung von Reinigungsklassen Straßenreinigung/Winterdienst

Mit Wirkung vom 01.05.2011 trat in Überprüfung der Reinigungsklassen eine geänderte Straßenreinigungssatzung in Kraft. Der geplante Leistungsumfang deckt lediglich die Anforderungen an die Verkehrssicherheit, so dass Standardabsenkungen nicht möglich sind.

Bewirtschaftung von Grünflächen, Spielplätzen, Wanderwegen

Eine Bestandsanalyse der kommunalen Spielplätze wird erhoben und ein Standortentwicklungskonzept erarbeitet.

Bewirtschaftung von Strandbädern/ Schiffanlegern/ Stegen

Die Maßnahme wird als Prüfauftrag fortgeführt.

Wirtschaftliche  
Auswirkungen: 2012-2017

Maßnahme Nr.: 2011/2  
Maßnahme-bezeichnung: Ergebnisverbesserungen aus Parkraumbewirtschaftung

Erläuterung:  
Prüfung von Maßnahmen zur Verbesserung der Parkraumbewirtschaftung und daraus erzielter Mehrerlöse

Umsetzungsstand: Berichtsjahr 2011

Neben der Prüfung der Erschließung weiterer Flächen zur Parkraumbewirtschaftung erfolgte eine Prüfung bestehender Tarifstrukturen, Parkgebühren und weiterer Nutzungsbedingungen der Parkraumbewirtschaftung.

Am Parkplatz an der Schwimmhalle wurde Kurzzeitparken eingeführt und Gebühren für das Dauerparken erhoben. Durch die Änderung der Parkgebührenordnung konnten durch Verlagerung von Parkzeiten und Gebührenhöhen die Einnahmen aus Parkscheinautomaten erhöht werden.

Umschilderung PP Schwimmhalle	EUR	12.700
-------------------------------	-----	--------

Umstellung Parkscheinautomaten	EUR	25.100
--------------------------------	-----	--------

---

Einnahmen insgesamt	EUR	37.800
---------------------	-----	--------

Die Maßnahme wird beendet.

Wirtschaftliche  
Auswirkungen: 2012-2017

Maßnahme Nr.:	2012/1
Maßnahme-bezeichnung:	Vereinbarung zur Grundstücksnutzung durch Fernwärmeanlagen
Erläuterung:	Die Gestattung der Fernwärmeversorgung der Neubrandenburger Stadtwerke GmbH auf öffentlichen Verkehrsflächen der Stadt Neubrandenburg soll durch eine vertragliche Vereinbarung geregelt werden, die die Grundlage für die Erhebung von Nutzungsentgelten darstellt.
Umsetzungsstand:	<p>Den Neubrandenburger Stadtwerke wurde der erarbeitete Entwurf eines Gestattungsvertrages für die Fernwärmeversorgung auf öffentlichen Verkehrsflächen der Stadt Neubrandenburg übersandt.</p> <p>Die Erarbeitung und der Abschluss einer vertraglichen Grundlage ermöglicht in Folge die Vereinnahmung von Nutzungsentgelten.</p> <p>Die Maßnahme besteht als Prüfauftrag.</p>
Wirtschaftliche Auswirkungen:	2012-2017

Maßnahme Nr.:	2012/2
Maßnahme-bezeichnung:	Prüfung der Wirtschaftlichkeit der Verwaltungsdienstleistungen durch die Veränderungen der Kreisgebietsreform
Erläuterung:	Die Leistungen der Druckerei sowie die Auslastung des Fuhrparks werden im Rahmen einer Wirtschaftlichkeitsuntersuchung hinsichtlich des notwendigen Leistungsumfanges geprüft.
Umsetzungsstand:	<p>Durch den Personen- und Aufgabenübergang im Zuge der Kreisgebietsreform sind die Vorhaltung des Fuhrparkes und der Leistungen der Druckerei zu prüfen und an die Verringerung des Leistungsumfanges anzupassen</p> <p>Dabei sind Einsparpotentiale durch Verringerung der Fahrzeuge des Fahrzeugpools im Rahmenvertrag und der Druckmaschinen unter Sicherstellung des Leistungsumfanges für die verbleibenden Mitarbeiter der Stadtverwaltung und des Eigenbetriebes zu prüfen.</p> <p><b>Prüfauftrag</b></p>
Wirtschaftliche Auswirkungen:	2012-2017

Maßnahme Nr.:	2012/3
Maßnahme-bezeichnung:	Reduzierung von Bewirtschaftungskosten Anschlussbahnen
Erläuterung:	Durch bauliche Veränderungen an den Gleisanlagen sollen Bewirtschaftungskosten gesenkt werden. Für die investiven Kosten sind finanzielle Mithilfen von Beteiligten einzuholen.
Umsetzungsstand:	<p>Mit dem Bau eines Gleisbogens (voraussichtlich ab 2013) können etwa 2,5 km bestehende Gleisinfrastruktur und 2 Brücken über die Datze zurückgebaut werden. Dadurch verringert sich nach Fertigstellung des Gleisumschlusses der Bewirtschaftungsaufwand für die verbleibende Infrastruktur.</p> <p>Hierzu wird ein Investitionssicherungsvertrag für den Bau des Gleisbogens mit dem Landreis Mecklenburgische Seenplatte abgeschlossen und Fördermittelanträge an das Land Mecklenburg-Vorpommern gestellt.</p> <p>Eine Entwurfsplanung für die Verkehrsanlage wird beauftragt.</p> <p>Die Maßnahme besteht als Prüfauftrag.</p>
Wirtschaftliche Auswirkungen:	2012-2017

## PERSONALENTWICKLUNGSKONZEPT 2012 und folgende Jahre

Eigenbetrieb Städtisches Immobilienmanagement

Ermittlung Stellenplanausstattung (alle Angaben in V2Ä)

Mittelfristige Planung über altersbedingte Ausscheiden von MA (Lebenserwartung) sind gegeben im Gesamtschlagplan nach § 110a SGB und unter der Annahme der Bewirtschaftung der Übergangsjahren Objekte für den Landkreis MSP für 2012

	Information		KStG 2012 - 2017						
	V2Ä 2010	V2Ä 2011	V2Ä 2012	V2Ä 2013	V2Ä 2014	V2Ä 2015	V2Ä 2016	V2Ä 2017	
1.00	Betriebsleitung	2,00	2,00	2,00	2,00	2,00	2,00	2,00	2,00
1.00.01	Bereich Sekretariat	1,00	1,00	1,00	1,00	1,00	1,00	1,00	1,00
1.00.02	Bereich Controlling	1,00	1,00	1,00	1,00	1,00	1,00	1,00	1,00
1.00.03	Bereich Rechtsangelegenheiten	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
1.00.04	Bereich Gesundheitsförderung	1,00	1,00	1,00	1,00	1,00	1,00	1,00	1,00
1.00	Gesamtwertung Betriebsleitung	20,00	20,00	19,50	19,50	19,50	19,50	19,50	19,50
1.10.01	Abteilung Gesundheitscenter	2,00	2,00	2,00	2,00	2,00	2,00	2,00	2,00
1.10.02	SG Vermögensbetreuung	1,00	1,00	1,00	1,00	1,00	1,00	1,00	1,00
1.10.03	SG Gesundheitscenter	1,00	1,00	1,00	1,00	1,00	1,00	1,00	1,00
1.10	Gesamtwertung Abteilung Gesundheitscenter	14,00	14,00	13,80	13,80	13,80	13,80	13,80	13,80
1.20.01	Abteilung Betriebsleitung	2,00	2,00	2,00	2,00	2,00	2,00	2,00	2,00
1.20.02	SG Betriebsleitung Werkstätte	1,00	1,00	1,00	1,00	1,00	1,00	1,00	1,00
1.20.03	SG Sanitär- und Klimainstallation	10,00	10,00	10,00	10,00	10,00	10,00	10,00	10,00
1.20.04	SG Unterhaltung/Betrieb Craftkitchen	10,00	10,00	10,00	10,00	10,00	10,00	10,00	10,00
1.20.05	SG Verwaltungsdienst Betrieb	1,00	1,00	1,00	1,00	1,00	1,00	1,00	1,00
1.20	Gesamtwertung Abteilung Betriebsleitung	24,00	24,00	23,80	23,80	23,80	23,80	23,80	23,80
1.30	Gesamtwertung Abteilung Projektmanagement/Projekt	14,00	14,00	14,00	14,00	14,00	14,00	14,00	14,00
1.40.01	Abteilung Service	11,00	11,00	11,00	11,00	11,00	11,00	11,00	11,00
1.40.02	SG Beschäft. Grün-/Freizeitbereich	10,00	10,00	10,00	10,00	10,00	10,00	10,00	10,00
1.40.03	SG Support-Service	11,00	11,00	11,00	11,00	11,00	11,00	11,00	11,00
1.40.04	SG Hauswirtschaftliches	11,00	11,00	11,00	11,00	11,00	11,00	11,00	11,00
1.40	Gesamtwertung Abteilung Service	43,00	43,00	42,80	42,80	42,80	42,80	42,80	42,80
	Gesamtwertung SIM (ohne ATZ)	110,00	109,00	108,20	108,00	108,00	108,00	108,00	108,00
	Veränderung zum Vorjahr			-0,80	-0,80	-0,80	-0,80	-0,80	-0,80
	Veränderung zum Budget 2012 - 0,00			-0,50	-1,30	-1,30	-1,30	-1,30	-1,30
2.	ATZ - Freistellung SIM lang	0,00	18,00	11,00					
	Gesamtwertung SIM (mit ATZ)	110,00	127,00	119,20					
	Veränderung zum Vorjahr		-0,70	-10,80					

Herausgeber:

**Stadt Neubrandenburg**  
**Der Oberbürgermeister**

Friedrich-Engels-Ring 53  
17033 Neubrandenburg

[www.neubrandenburg.de](http://www.neubrandenburg.de)  
[stadt@neubrandenburg.de](mailto:stadt@neubrandenburg.de)